

#prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 2/2017



Erziehungseinrichtungen

4–36

Plattform der Begegnung
37

Restaurative Justiz
52



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ



Folco Galli,
Redaktor #prison-info

Tausende von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz sind in ihrer Entwicklung erheblich gefährdet und benötigen eine intensive pädagogisch-therapeutische Betreuung in einem stationären Setting. Immer wieder erregen spektakuläre Einzelfälle straffälliger Jugendlicher und teure Sondersettings Aufsehen. Unser Fokus will deshalb die Aufmerksamkeit auf das unspektakuläre «Tagesgeschäft» lenken. Rund 180 vom Bundesamt für Justiz (BJ) anerkannte **Erziehungseinrichtungen** nehmen Kinder und Jugendliche aus schwierigsten familiären Verhältnissen auf, um sie in der Schule und Ausbildung zu unterstützen, um familiäre Spannungen abbauen zu helfen und um sie davor zu bewahren, auf die schiefe Bahn zu geraten.

Einen umfassenden Überblick, **wo ein Kind fremdplatziert werden kann**, wird die im Aufbau befindliche Plattform Casadata geben können. Erweist sich eine Fremdplatzierung als unumgänglich, ist es nicht nur wichtig, die zur Auswahl stehenden Möglichkeiten zu kennen, sondern auch die **optimale Auswahl für das Kind** zu treffen. Da Fremdplatzierungen von unterschiedlichen Stellen angeordnet und unterschiedlich organisiert werden, droht das vorhandene Wissen verloren zu gehen. Um den Austausch dieses Know-hows zu ermöglichen, ist das Projekt «Wissenslandschaft Fremdplatzierung» lanciert worden. Diese Plattform fördert im Interesse einer erhöhten Qualität der Fremdplatzierungen auch den Dialog zwischen der Praxis und Forschung. Verbesserungspotenzial wird auch bei der **Anhörung der Kinder** während des Verfahrens der Fremdplatzierung ausgemacht. Eine neue Studie empfiehlt namentlich, das Kind nicht nur einmal formell anzuhören, sondern während des ganzen Verfahrens einzubeziehen und es systematisch über alle Entscheide zu informieren.

Die vielfältigen Erziehungseinrichtungen unterscheiden sich insbesondere durch ihren Auftrag, ihre pädagogisch-therapeutische Ausrichtung, ihr Bildungsangebot, ihre Grösse oder den Grad an Offenheit. Die **Porträts von Erziehungseinrichtungen** aus den drei Sprachregionen verdeutlichen, dass bei aller Vielfalt ein Gedanke für alle wegleitend ist: Der Erfolg ihrer Arbeit hängt wesentlich davon ab, dass die Eltern in die Verantwortung für die Entwicklung ihres Kindes eingebunden und zusammen mit dem Kind in die Entscheide einbezogen werden. Wie die pädagogischen Erfolge nach der Fremdplatzierung mit massgeschneiderten Angeboten nachhaltig gesichert werden können, zeigt beispielhaft ein innovatives Zürcher Projekt. Noch steckt in der Schweiz die **Nachbetreuung** der sog. Care Leaver in den Kinderschuhen.

Ein Blick in die Vergangenheit regt schliesslich zur Auseinandersetzung und Aufarbeitung der **Geschichte der Fremdplatzierungen** an. Dabei geht es nicht um eine selbstgerechte Kritik an den damaligen Erziehenden. Der geschichtliche Rückblick lädt vielmehr dazu ein, durchaus auch selbstkritisch über die blinden Flecken in der Fremderziehung von gestern und heute nachzudenken.

Online-Version:



Inhalt

Fokus: Erziehungseinrichtungen



Foto: Peter Schulthess

Rund 180 vom Bundesamt für Justiz (BJ) anerkannte Erziehungseinrichtungen nehmen Kinder und Jugendliche aus schwierigsten familiären Verhältnissen auf, um sie in der Schule und Ausbildung zu unterstützen, um familiäre Spannungen abbauen zu helfen und um sie davor zu bewahren, auf die schiefe Bahn zu geraten.

- 4 Erste Ergebnisse der Plattform Casadata liegen vor
- 8 Überprüfung der Erziehungseinrichtungen wird optimiert
- 10 Wenn es Zuhause nicht mehr geht
- 13 Das Kind während des ganzen Verfahrens einbeziehen
- 15 Die Eltern bleiben in die Erziehung involviert
- 18 Eine Einrichtung, die auf jedes Kind individuell abgestimmt ist
- 22 Beziehungskontinuität als Grundlage des Engagements
- 28 Care Leaver brauchen massgeschneiderte Angebote
- 31 Über blinde Flecken in der Fremderziehung nachdenken

- 37 Fünf Fragen an Patrick Cotti

Champ-Dollon

Seit vierzig Jahren erfüllt Champ-Dollon seine Rolle, zu strafen, die Gesellschaft vor Personen zu schützen, die ihre Regeln nicht einhalten, zugleich aber auch diesen Personen eine Zukunft zu bieten. Dieser Aspekt der Einrichtung wird immer noch verkannt.

- 38 Vierzig Jahre Champ-Dollon
- 41 Aus dem Parlament
- 42 Die Geldstrafe behält den Vorrang vor der Freiheitsstrafe
- 44 Lücken bei der stellvertretenden Strafvollstreckung schliessen

EPTA

Das Netzwerk der Europäischen Justizvollzugsschulen (European Penitentiary Training Network EPTA) will den Austausch über die Ausbildung des Justizvollzugspersonals fördern. Dieses Jahr hat das Treffen der Bildungsfachleute in der Schweiz stattgefunden.

- 45 Ausbildung von Führungskräften im Justizvollzug
- 47 «Unsere Arbeit ist eine Investition in die Gesellschaft»
- 49 Kurzinformationen
- 50 Veranstaltungen
- 51 Neuerscheinungen
- 52 Carte blanche: «Die Inhaftierten und Opfer sollen miteinander reden können»



Foto: Victor Fatio



Foto: Eliane Zimmermann

Erste Ergebnisse der Plattform Casadata liegen vor

Ein Bericht über eine «erfolgreiche Expedition»

Die seit Januar 2017 betriebene Plattform Casadata wird mittelfristig einen Überblick über die Erziehungseinrichtungen und die Pflegekinder in der Schweiz bieten. Diese Plattform wird zudem Grundlagen für Diskussionen über Heimerziehung und Familienpflege sowie strategische Entscheide zur Verfügung stellen. Ein «Expeditionsbericht» gibt einen Einblick über die Fortschritte und den Stand des Projekts.

Beatrice Kalbermatter

Rund 180 Erziehungseinrichtungen in der Schweiz werden vom Bund jährlich mit 75 Millionen Franken Betriebsbeiträgen und 10 Millionen Franken Baubeiträgen finanziell unterstützt. Eine Subventionierung ist nur möglich, wenn eine kantonale und regionale Planung vorhanden ist. Die Planung von Leistungen stellt in allen Bereichen eine grosse Herausforderung dar. Im Bereich der Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen existieren jedoch keine gesamtschweizerischen Zahlen. Im Jahr 1986 unternahm das Bundesamt für Justiz (BJ) erstmals den Versuch einer Bestandsaufnahme und beauftragte die damalige Fachstelle für Heimerziehung mit einem Bericht zur Frage: Wie können die Kantone den Bedarf von Einrichtungen des Jugendmassnahmenvollzugs im Rahmen ihrer Planungen nachweisen? Die darauf folgenden Umsetzungsversuche scheiterten jedoch an den föderalen sowie den inter- und innerkantonalen komplexen Zuständigkeiten.

Im Jahr 2012 nahm das BJ einen neuen Anlauf (siehe info bulletin 1/2012). Im Jahr 2014 lag das Konzept vor (siehe info bulletin 1/2014). Dank der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) konnte im Jahr 2015 die Programmierung des Systems beginnen und schliesslich die neue Plattform Casadata geschaffen werden (siehe info bulletin 1/2015). Seit dem Jahr 2016 werden Daten erhoben.

Zeit für eine Standortbestimmung

Im Bereich des Changemanagements haben Malte Foegen und Mareike Solbach in ihrem Buch *Der Weg zur professionellen IT – eine praktische Anleitung zum Management von Veränderungen mit*

CMMI, ITIL oder SPICE eine spannende Art gewählt, um einen Entwicklungsprozess zu illustrieren: die «Karte der Veränderungen». Auf dieser Karte gibt es zwei Kontinente: «Im Osten liegt der «Kontinent der Stabilität» und im Westen der «Kontinent der Veränderung». In der Mitte werden beide Kontinente durch den «Düsterwald» getrennt. (...) Neues muss die Hürde des Düsterwaldes überwinden, um zum Kontinent der Veränderung zu gelangen und dort adoptiert zu werden. Im Düsterwald lauern viele Gefahren. In ihm kann man leicht verloren gehen und keinen Ausgang mehr finden.» Casadata ist zwar kein Changemanagement-Projekt. Die Metapher der Karte eignet sich jedoch hervorragend, um in einem «Expeditionsbericht» über den Prozess von Casadata zu informieren und erste Ergebnisse dieser Expedition vorzulegen.

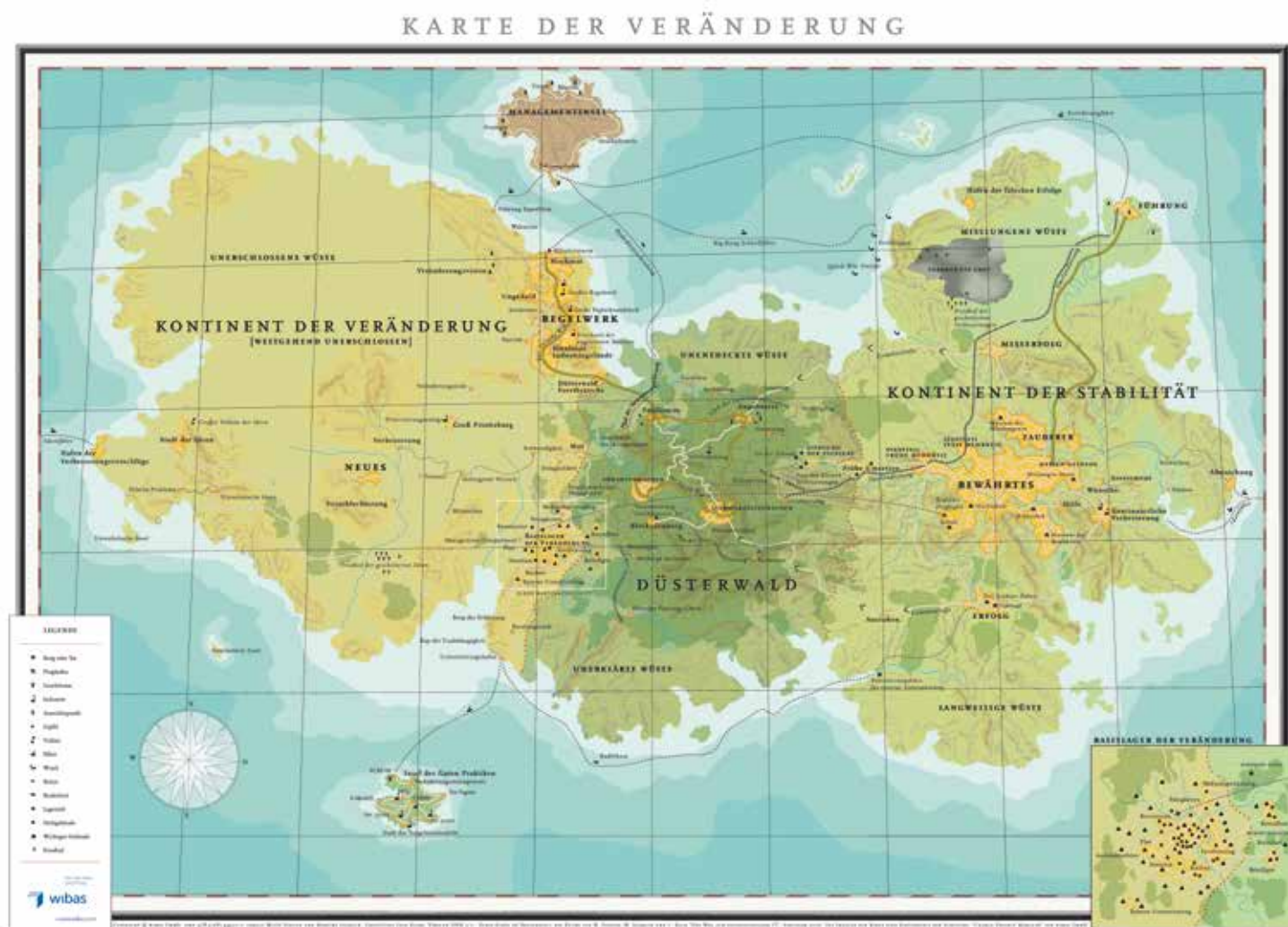
Der Expeditionsstart

Nördlich vom Kontinent der Veränderung liegt die Insel der Kinder, die nicht bei ihren Eltern leben können. Die Insel ist kaum erforscht – niemand weiss genau, wie viele Kinder dort leben. Man kennt zwei Lebensformen: die Pflegefamilien und die Heime. Lange schon machen sich alle auf dem Kontinent der Stabilität Vorwürfe, dass man nicht weiss, wie viele Kinder dort sind, von woher sie genau kommen und wohin sie gehen. Man lebt schliesslich im Zeitalter, in dem Drohnen fast alles erforschen!

Das BJ hat im Jahr 2012 eine neue Expedition gestartet. Es konnte die Kantone überzeugen, sich der Expedition anzuschliessen. Einige wenige konnten schon relativ viel über die Kinder auf ihrem Gebiet sagen. Aber da die Kinder auf dieser Insel wander-



Beatrice Kalbermatter ist Leiterin des Projekts Casadata im Bundesamt für Justiz



lustig sind, waren auch diese Kantone an einer nationalen Vernetzung interessiert. Man machte sich also gemeinsam zum Dürerwald auf. Nur stellte sich die Frage: Wer sollte Expeditionsleiter in diesem Wald werden? Das BJ, das jedoch nur einen Teil dieser Kinder finanziell unterstützt? Suprakantonale Vereinigungen, von welchen keine für alle diese Kinder zuständig ist? Die Expedition schien schon beim Betreten des Dürerwaldes zu scheitern.

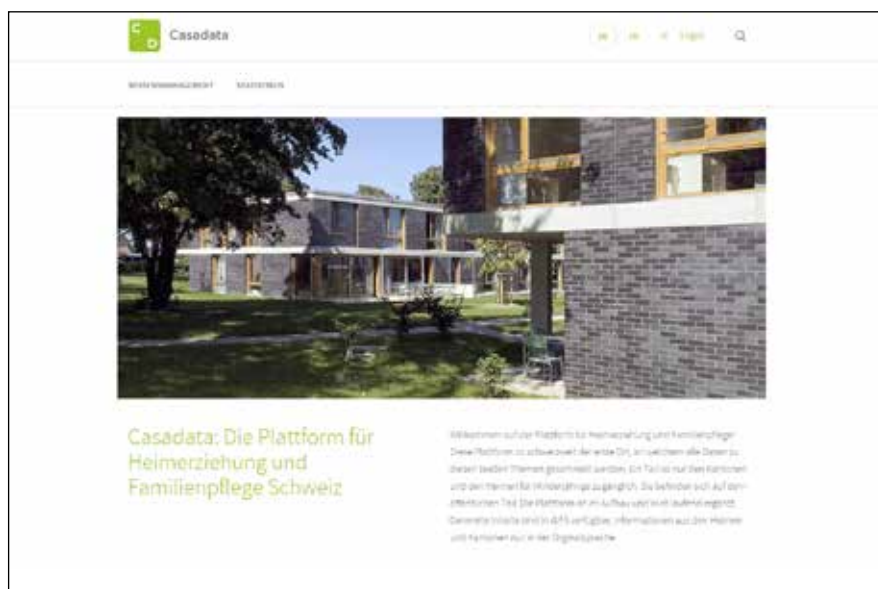
In diesem Moment geschah etwas, das im Dusterwald noch nie vorgekommen ist: Ein anderes Amt aus einem anderen Departement bot eine Mitfahrgelegenheit an. Das BSV musste ebenfalls Daten im Kontinent der Veränderung sammeln gehen, verfügte über eine gesetzliche Grundlage, hatte den Weg studiert und bereits ein gutes Expeditionsteam zusammengestellt. Ohne diese Mitfahrgelegenheit wäre der Dusterwald wohl auch dieses Mal zum unüberwindbaren Hindernis geworden. Man hätte sich verirrt und hätte den Ausgang nicht gefunden.

Jetzt konnte sich das BJ zur Übernahme der Leitung für die Erforschung der Kinderinsel bereit erklären.

Umgang mit Risiken und Chancen auf der Reise

In den langen Nächten auf der Expedition fingen das BJ und die Kantone an, Pläne zu schmieden. Endlich war man unterwegs! Der Expeditionswagen füllte sich mit Wünschen, Anliegen, Ideen und Vorstellungen, die sich leider nicht alle deckten. Der überladene Expeditionswagen drohte im Dusterwald stecken zu bleiben. Es stellte sich die Frage: Sollte man zurückfahren, einen grösseren Wagen holen, auf dem Kontinent der Stabilität nochmals debattieren oder Wünsche und Anliegen im Dusterwald zurücklassen? Das BJ entschied sich fürs Weiterfahren und sich auf das wirklich wichtige Gepäck zu beschränken. Eine Entscheidung, wofür die Kantone und Heime das BJ zwar lobten, jedoch mit dessen Einschätzung der Wichtigkeit des Gepäcks nicht immer einverstanden waren. Aber das

Anhand der von Malte Foegen und Mareike Solbach entwickelten «Karte der Veränderungen» lassen sich Entwicklungsprozesse anschaulich darstellen. Den Verantwortlichen des Projekts Casadata ist es gelungen, in einer herausfordernden Expedition durch den Dusterwald in den Kontinent der Veränderung zu gelangen. Karte: © WIBAS GmbH



Casadata, die Plattform für Heimerziehung und Familienpflege, ist seit Januar 2017 online und wird laufend ergänzt.

«Casadata ermöglicht einen direkten Nutzen, ohne dass man auf Berichte des BJ warten muss»

zurückgelassene Ideengepäck wurde an einem sicheren Ort verstaut – es kann in einem nächsten Transport mitkommen.

So schaffte es die Expedition mit Hilfe des BSV, der Kantone und suprakantonalen Unterstützung, den Dürstwald zu durchqueren. Die Erleichterung war gross. Man hatte entschieden, was man wissen wollte, und nahm mit grossem Elan Kurs auf die Kinderinsel. Auf dem Kontinent der Veränderung hatte man aber das Autofahren bzw. das Kartenlesen unterschätzt. Plötzlich gab es keine Wegweiser mehr. Der Weg musste teilweise intuitiv, mit viel Denkarbeit, in Diskussionen, aber auch über Irrwege und «Drehen im Kreis» gesucht werden. Schliesslich konnte man eine Karte zeichnen, wie man zur Insel der Kinder kommt. Jetzt musste dringend eine digitale Verarbeitungsmöglichkeit her. Auch hier war der Expedition das Glück hold. Nach einem aufwändigen WTO-Verfahren konnte aus all den IT-Anbietern auf dem Kontinent der Veränderung eine Firma gefunden werden, die nach dem Prinzip der vier Augen immer wieder auf Möglichkeiten oder Gefahren hinwies.

Nun beginnt die Herausforderung erst recht

Zurzeit steckt die Expedition oben am Verbindungshafen zur Insel der Kinder. Die Kantone fahren mit einem Schiff auf die Insel und holen bei den Heimen und Pflegefamilien Daten über diese Kinder ein. Auf dem Kontinent der Veränderung werden fleissig Daten verarbeitet. Manche Kantone konnten schnell ein Schiff bauen, andere sind noch daran. Aber auch für jene, die ein Schiff haben, ist es nicht immer einfach, die Daten zu holen. Auf der Insel der Kinder spricht man viele Sprachen, und selbst

in der gleichen Sprache versteht man sich nicht immer. Deshalb kommen die Daten teilweise noch nicht in der richtigen Form am Festland an, manche müssen zurückgeschifft, vieles nochmals präzisiert und verifiziert werden. Wichtig ist dabei, dass die persönlichen Daten der Kinder nicht ans Festland gelangen. Der Datenschutz bei der Auswertung von Verläufen stellte eine der grössten Herausforderungen dar, die aber mittlerweile erfolgreich gemeistert werden konnte.

Trotzdem: Das Hin- und Herfahren benötigt weiterhin viel Zeit, Energie und Geduld. Es braucht, wie bei jeder Expedition, einen eisernen Willen, um durchzuhalten und Rückschläge zu verdauen. Wer murren oder zweifelt, muss zudem wieder motiviert werden. Zum Glück sind vor allem auch die Expeditionsteilnehmenden aus den Kantonen bereit, mitzudenken, die Idee mitzutragen und den Glauben daran, dass es gut kommt, nicht zu verlieren. Und: erste Informationen über die Kinder auf der Insel sind da!

Um an dieser Stelle möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich leben die Kinder in den Heimen und Pflegefamilien nicht auf einer Insel – aber wenn man bisher nationale Zahlen und Informationen über sie suchte, dann erschien es so. Aber verlassen wir die Metapher der Karte und wenden uns den ersten Ergebnissen zu.

www.casadata.ch – ein Überblick

Casadata besteht einerseits aus einem öffentlichen Bereich, wo alle relevanten Informationen zum Thema Fremdplatzierung gesammelt werden, und zwar auf Ebene Bund, Kantone, Heime, Pflegefamilien, Ausbildungsstätten und Vereinigungen. Suchen Sie eine zuständige Person in einem Kanton? Suchen Sie ein Heim speziell für Mädchen oder mit einem guten Gewaltkonzept? Wollen Sie schnell Zugriff haben auf die Jugendstrafurteilsstatistik? Dann sind Sie auf Casadata am richtigen Ort. Haben Sie ein gutes Konzept, aufschlussreiche Forschungsergebnisse? Dann schicken Sie uns ihre Informationen, damit wir sie auf Casadata dem interessierten Publikum zugänglich machen können. Und falls Sie weitergehende Informationen in allen weiteren Bereichen der Kinder- und Jugendpolitik suchen, dann besuchen Sie die Schwesterplattform des BSV: www.kinderjugendpolitik.ch.

Auf dem Login-Bereich der Webseite haben nur das BJ, die Kantone und Heime Zugriff. Hier werden die anonymisierten und verschlüsselten Daten gesammelt und validiert. Jeder, der Daten eingibt, kann hier auch Daten auswerten. Casadata ermöglicht einen direkten Nutzen, ohne dass man auf Berichte des BJ warten muss. Die aktuellen Daten müssen jedoch noch sorgfältig validiert werden. Diese Arbeit

wird das BJ zusammen mit den Kantonen und einer Begleitgruppe in den nächsten Monaten leisten.

Erste Zahlen über Heime und Kinder

Im Jahr 2016 haben 14 Kantone Daten über 128 vom BJ anerkannte und 76 weitere Heime erhoben. Im folgenden Jahr beteiligten sich bereits 20 Kantone an der Erhebung von Daten über 189 vom BJ anerkannte und 76 weitere Heime. Die folgenden Auswertungen beziehen sich alle auf das Jahr 2016.

In den insgesamt 204 Heimen standen im Jahr 2016 rund 5200 Plätze zur Verfügung, also durchschnittlich 25 Plätze pro Heim. Die Erhebung der Pflegefamilien wird erst im Jahr 2018 richtig anlaufen. Trotzdem können wir für das Jahr 2016 auf die Daten von 500 Familien zurückgreifen.

Im Jahr 2016 wurden im Bereich der Heime insgesamt die Daten von 4800 Kindern erfasst. Jedes Kind hat eine verschlüsselte Nummer, der Verlauf eines einzelnen Kindes kann jedoch nicht verfolgt werden, da nur Gruppenauswertungen möglich sind. Der Datenschutz steht bei Casadata an erster Stelle. Jede Erst- und Umplatzierung eines Kindes wird jeweils als ein Fall erfasst, ebenso wie die Weiterplatzierung in eine Progressionsstufe. Ein Jugendlicher, der im Jahr 2016 in eine geschlossene Abteilung eingetreten war und anschliessend in ein offenes Heim übertrat, generierte zwei Fälle.

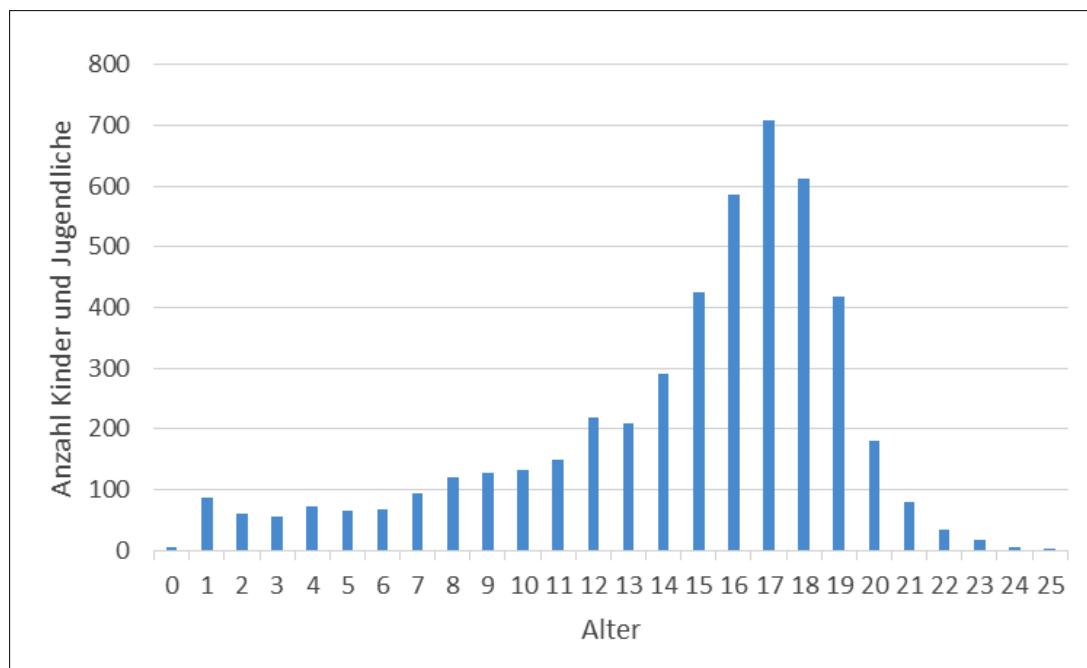
Die 4800 Kinder ergaben im Jahr 2016 insgesamt 7500 Fälle. In einem nächsten Schritt werden wir die Verläufe dieser Kinder analysieren. Anscheinend gibt es da viel Bewegung in einem Jahr! Die gleiche Auswertung lässt sich auch bezüglich der Dauer der Platzierungen machen. Diese dynamische Auswertung im Gegensatz zur bisher allgemein gängigen Stichtagsauswertung bietet einerseits eine riesige Vielfalt an Möglichkeiten, stellt aber gleichzeitig eine grosse Herausforderung an das Auswertungsdesign.

Verteilung der Altersklassen

Ein weiteres Anwendungsbeispiel ist die Auswertung nach Alterskategorien. Auch hier können wir nach Anzahl Kindern und Jugendlichen (K/J) oder nach Aufenthaltstagen auswerten. Spannend hierbei ist zu sehen, dass eine Häufung der Platzierungen auf die Altersklasse der 14 bis 17-Jährigen fällt. Erstaunlich ist, dass aber auch mit 18 und 19 Jahren noch relativ viele junge Erwachsene betroffen sind und dieser Übergang vom Heim in die Eigenständigkeit einer besonderen Beachtung bedarf.

Ein Bericht mit weiteren Auswertungen zur Geschlechterverteilung, den Platzierungsgründen, der ausser- und innerkantonalen Bewegungen sowie Auswertungen zur Belegung wird im Jahr 2018 über die beiden Jahre 2016 und 2017 erstellt.

«Der Datenschutz steht bei Casadata an erster Stelle»



Anzahl Kinder und Jugendliche in den erfassten Heimen nach Alter

Überprüfung der Erziehungseinrichtungen wird optimiert

Erkenntnisse aus den bisherigen Erfahrungen und zwei Evaluationen

Bei der Überprüfung der Anerkennungsvoraussetzungen von Erziehungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wird künftig insbesondere die Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen im Mittelpunkt stehen. Das neue Überprüfungsverfahren wird mehr Spielraum bieten, um auf die Bedürfnisse der einzelnen Kantone und Erziehungseinrichtungen einzugehen.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat den gesetzlichen Auftrag, einheitliche Mindestanforderungen an stationäre Erziehungseinrichtungen zu entwickeln und eine gesamtschweizerische Planung zu fördern. Indem es die Betriebsbeiträge an quantitative und qualitative Vorgaben koppelt, wirkt es Ungleichbehandlungen aufgrund föderaler Strukturen entgegen. Die vom BJ erarbeiteten Anerkennungsvoraussetzungen gründen auf der Annahme, dass sich bestimmte Rahmenbedingungen der institutionellen Erziehung positiv auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen auswirken. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die gesteckten Ziele – namentlich die gesellschaftliche Integration und ein straffreies Leben – erreicht werden können.

Die vom BJ anerkannten Einrichtungen nehmen Kinder und Jugendliche auf, die in ihrer Entwicklung erheblich gefährdet sind und eine intensive stationäre Behandlung benötigen. Sie können sich wegen psychosozialen Belastungen nicht in ihrem Herkunftsmilieu entwickeln. Ausserdem übersteigt die Komplexität ihrer Probleme die Möglichkeiten einer ambulanten oder teilstationären Behandlung. Sie werden deshalb mittels einer straf- oder zivilrechtlichen Massnahme oder im Einverständnis mit den Eltern platziert.

Zwischen 2005 und 2017 hat das BJ alle 175 anerkannten Einrichtungen drei Mal vor Ort überprüft. Die dabei gemachten Erfahrungen sowie zwei Evaluationen haben in drei Bereichen ein Verbesserungspotenzial aufgezeigt: bei der Klärung der Rollen von Bund und Kantonen, bei der Bedarfsplanung und Bedarfsanalyse sowie beim Informationsaustausch und Wissensmanagement.

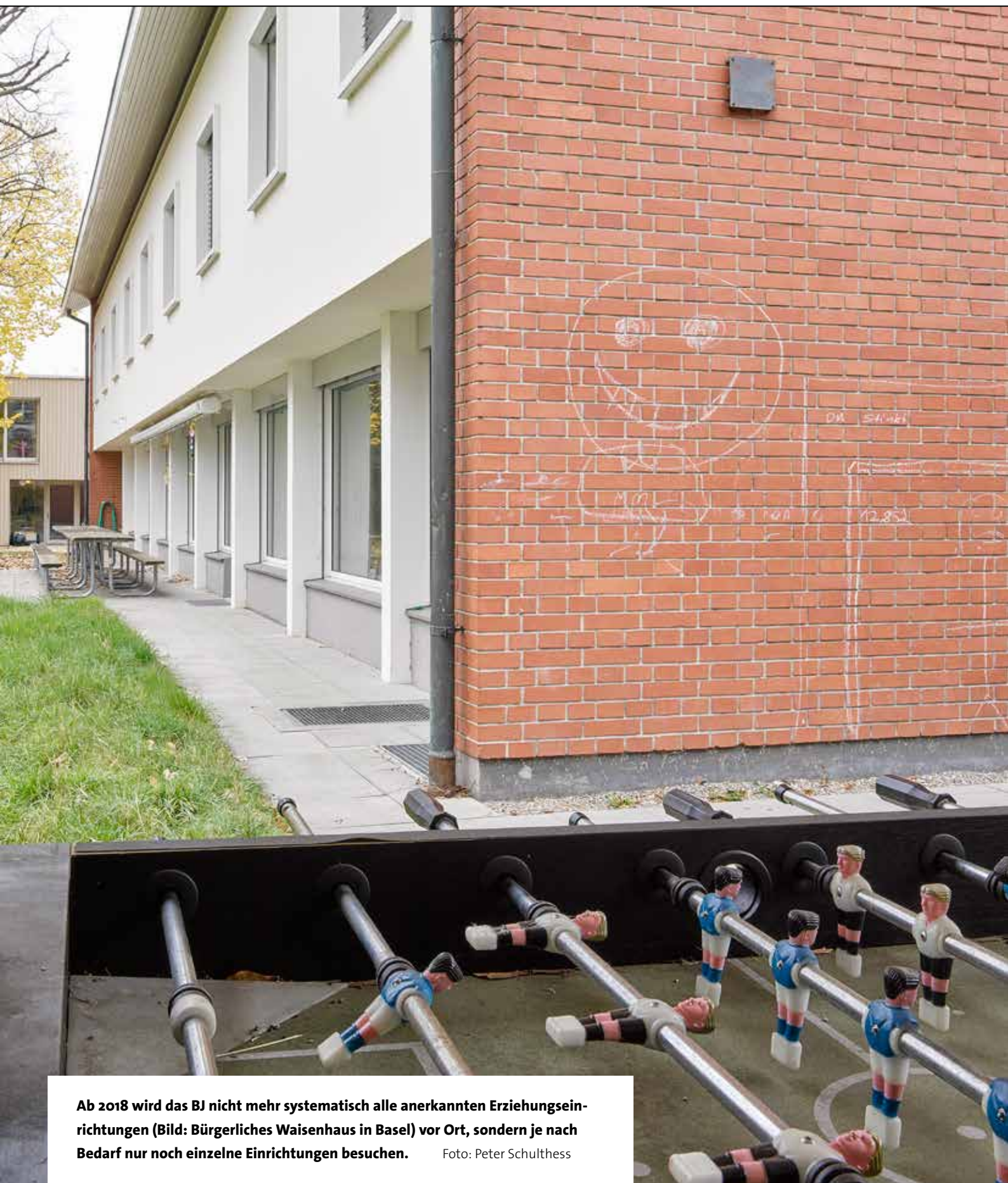
Doppelspurigkeiten vermeiden

Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, wird in der nächsten Überprüfungsrunde von 2018 bis 2021 ins-

besondere die Klärung der Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen im Mittelpunkt stehen. Ab 2018 wird das BJ nicht mehr systematisch alle anerkannten Erziehungseinrichtungen vor Ort, sondern je nach Bedarf nur noch einzelne Einrichtungen besuchen. Der Bedarf wird vom BJ, vom Kanton oder von der Einrichtung selber bestimmt. Während bisher rund 45 Einrichtungen pro Jahr vor Ort besucht wurden, werden es neu nur noch 10 bis 12 Einrichtungen sein.

Das BJ überprüft die Anerkennungsvoraussetzungen aufgrund der Selbstdeklaration der Erziehungseinrichtungen. Dazu verschickt es wie bisher einen Fragebogen, der von der Einrichtung ausgefüllt und vom Kanton geprüft wird. In einem Freitext-Feld können die Einrichtung oder der Kanton auf Good Practice oder allfällige Probleme hinweisen oder den Wunsch nach einem Besuch des BJ äussern. Zudem werden die Einrichtungen dem BJ einen Bericht über die vereinbarten Entwicklungsziele vorlegen. Gestützt auf diese Informationen werden das BJ und der Kanton zu Jahresbeginn die Situation jeder einzelnen Einrichtung, die Bedarfsplanung und das kantonale Aufsichtskonzept besprechen. Anschliessend wird entschieden, welche Einrichtungen vor Ort besucht werden.

Mit der Aufschaltung von Casadata, der Plattform für Heimerziehung und Familienpflege (siehe Seite 4), schöpft das BJ das in den zwei weiteren Bereichen aufgezeigte Verbesserungspotenzial aus. Während es bisher kaum verlässliche Zahlen für die Bedarfsplanung gab, kann der Bedarf künftig aufgrund der in Casadata gesammelten Daten besser ermittelt und analysiert werden. Casadata ermöglicht zudem einen systematisierten Wissenstransfer, der die punktuellen und eher zufällige Weitergabe von Informationen durch das BJ an die Kantone und Einrichtungen ablösen wird. (gal)



Ab 2018 wird das BJ nicht mehr systematisch alle anerkannten Erziehungseinrichtungen (Bild: Bürgerliches Waisenhaus in Basel) vor Ort, sondern je nach Bedarf nur noch einzelne Einrichtungen besuchen. Foto: Peter Schulthess

Wenn es Zuhause nicht mehr geht

Eine neue Plattform soll die Qualität der Fremdplatzierungen verbessern

Tausende von Kindern und Jugendlichen leben in der Schweiz in einem Heim oder in einer Pflegefamilie. Die Gründe dafür sind ebenso verschieden wie die Stellen, welche die Fremdplatzierungen anordnen und vornehmen. Jetzt will die neue Plattform WiF.swiss den Austausch zwischen Praxis und Forschung verbessern. Ziel muss sein, dass für jedes Kind der optimale Platz gefunden wird.

Christine Brand

«Im Idealfall wird kein Kind fremdplatziert – nur ist die Realität leider manchmal weit weg vom Idealfall»

Fabian wurde in eine Familie hineingeboren, in der es sich kaum leben lässt. Sein Vater ist depressiv und befindet sich in psychiatrischer Behandlung. Die Mutter trinkt den ganzen Tag und wohnt mit ihrem neuen Partner in einer anderen Stadt. Die Wohnung, in der Fabian mit seinem Vater lebt, ist kein wirkliches Zuhause; überall liegen Sachen herum, die hygienischen Zustände sind kritisch. Der Vater setzt dem elfjährigen Fabian keine Grenzen. Manchmal scheint es, als sei der Sohn in die Rolle des Vaters geschlüpft und umgekehrt.

Fabian tut sich schwer mit der Schule und dem Leben. An Regeln hält er sich nicht. Und er schlägt zu, immer wieder, meist verprügelt er Kinder, die kleiner sind als er. Die angeordneten Massnahmen – Therapien für Vater und Sohn und für beide zusammen – helfen nicht weiter. Gemeinsam mit der Familie kommen die Behörden überein, dass es Zuhause nicht mehr geht: Der Junge kommt in eine Pflegefamilie.

Fabian ist eines von Tausenden von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz, die nicht in der eigenen Familie aufwachsen. Sie werden fremdplatziert und leben in Pflegefamilien, in Heimen, in begleiteten Wohngruppen oder, in seltenen Fällen, in Massnahmezentren für Jugendliche. Eine schweizweite Statistik darüber, wie viele Kinder wo und wie fremdplatziert sind, existiert nicht. Was erstaunlich ist in einem Land wie der Schweiz, in dem jede Kuh registriert ist – und das hinsichtlich Fremdplatzierung eine derart belastete Geschichte aufweist. Noch immer sind die «Aktion Kinder der Landstrasse», in denen Jenischen die Kinder weg-

genommen wurden, sowie die Dramen zahlloser Verdingkinder nicht abschliessend aufgearbeitet.

Fremdplatzierung als ultima ratio

Anders als früher gilt eine Fremdplatzierung heute als ultima ratio: Ein Kind wird nur dann aus einer Familie herausgenommen, wenn es nicht mehr anders geht. Oder, differenzierter ausgedrückt: Wenn eine Fremdplatzierung als die beste mögliche Lösung eines Problems erscheint. «Im Idealfall wird kein Kind fremdplatziert – nur ist die Realität leider manchmal weit weg vom Idealfall», sagt Laura Valero, die Kommunikationsverantwortliche bei Integras, dem Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik. Sie nennt verschiedenste Gründe, die dazu führen können, dass ein Kind nicht bei seiner Familie bleiben kann. Manchmal liegt es an den Eltern, manchmal am Kind, meistens aber daran, dass das Miteinander schlicht nicht funktioniert. Zum Beispiel, wenn die drogensüchtige Mutter nicht fähig ist, ihre Kinder grosszuziehen. Wenn der alleinerziehende Vater mit dem pubertierenden Sohn überhaupt nicht zurechtkommt. Oder wenn Gewalt den Alltag zu Hause prägt. «Es sind nicht immer einfach schwierige Kinder oder überforderte Eltern», sagt Laura Valero. «Manchmal geht es auch um Kindsmisbrauch, um psychisch kranke Eltern, um Suchtprobleme oder um ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren – in vielen Fällen gibt es eine soziale Ursache.»

Je nach Situation werden Fremdplatzierungen von unterschiedlichen Stellen angeordnet. Rund zwei Drittel erfolgen einvernehmlich, also auf freiwilliger Basis. In diesen Fällen geht die Initiative meist

von den Schulen, den kommunalen Sozialbehörden oder den Eltern selbst aus. Etwa 30 Prozent der Fremdplatzierungen werden durch die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden KESB verfügt, weil das Kindeswohl gefährdet ist. Und etwas weniger als drei Prozent werden strafrechtlich angeordnet: Begeht ein Jugendlicher eine Straftat, spricht die Jugendanwaltschaft oder das Jugendgericht eine Massnahme aus.

Bis heute keine einheitlichen Standards

Eine Fremdplatzierung ist ein schwerer Eingriff in die Biografien und die Rechte des Kindes und seiner Eltern – und eine schwierige Aufgabe für die Fachpersonen, die daran beteiligt sind. Trotzdem gibt es dafür bis heute keine einheitlichen Standards. Denn die Fremdplatzierungen werden überall unterschiedlich organisiert. «Der Föderalismus ist ein Thema, das uns immer wieder begegnet bei unserer Arbeit», erklärt Laura Valero. Zwar sei die Professionalisierung der KESB ein Fortschritt gewesen. «Doch Fremdplatzierungen sind kantonale und mancherorts sogar auf Gemeindeebene organisiert – und überall sieht das Vorgehen wieder etwas anders aus.» Es sei schwierig, die Orientierung zu behalten. «Es kommt mir vor, als arbeiteten wir in 26 unterschiedlichen Labors, es ist manchmal zum Verzweifeln.»

Den Dialog zwischen Praxis und Forschung fördern

Der Verband Integras hat sich darum zum Ziel gesetzt, jene Rezepte, die sich in den einzelnen Kantonen am besten bewähren, auch den anderen Akteuren zugänglich zu machen: Das Fachwissen, das an den verschiedenen Orten vorhanden ist, soll nicht verloren gehen und ausgetauscht werden. Integras hat sich deshalb mit der ZHAW Soziale Arbeit zusammengetan und mit Hilfe der Gebert-Ruf-Stiftung das Projekt WiF lanciert. Die drei Buchstaben stehen für «Wissenslandschaft Fremdplatzierung»: Eine Plattform, die den Dialog zwischen Praxis und Forschung fördern will, um die Qualität der Arbeit bei Fremdplatzierungen zu erhöhen. «Es geht dabei beispielsweise um Fragen wie: Was sind die wirklich schwierigen Punkte bei einer Platzierung, wie sollte sie optimal ablaufen, auf was muss man als Fachperson besonders achten?», erklärt Valero.

Das wissen zum einen die Fachleute aus der Praxis – und zum anderen die akademischen Expertinnen und Experten aus der Forschung. Ziel des Projektes WiF ist es, beides zu vereinen und den Dialog zu verbessern. «Darum haben wir zum Auftakt des Projektes Workshops für Fachleute aus unter-

schiedlichen Institutionen angeboten», sagt Stefan Eberitzsch. «In denen haben wir die verschiedenen Themenbereiche, die bei Fremdplatzierungen wichtig sind, auf Basis des aktuellen Forschungsstandes kritisch diskutiert.» Eberitzsch ist der Projektleiter von WiF und arbeitet wie Ko-Projektleiter Samuel Keller am Institut für Kindheit, Jugend und Familie der ZHAW Soziale Arbeit. «Derzeit fokussieren grosse Teile von Forschung und Praxis in der Schweiz primär auf die Entwicklung von Methoden zur Kindeswohlklärung», sagt Eberitzsch. «Das professionelle Handeln während des Platzierungsprozesses und der Unterbringung wird hingegen weniger betrachtet und fachlich kaum weiterentwickelt.» Diese Lücke soll mit dem Projekt WiF sukzessive geschlossen werden. Dazu wird das Wissen aus dem Feld der Fremdplatzierung aufgearbeitet und über die Webseite www.WiF.swiss allen zugänglich gemacht. «Konkret geht es darum, die Ergebnisse aus unseren Studien mit der Praxis zu verknüpfen», sagt Samuel Keller. «Dafür haben wir einen Raum geschaffen, in dem die Leute aus der Praxis unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse aufnehmen und vor dem Hintergrund ihrer Praxiserfahrung reflektieren können.»

Erkenntnisse, die sich in den letzten Jahren zum Teil massiv verändert haben. So platzierte man früher Jugendliche möglichst weit weg von zu Hause, um sie vom gewohnten sozialen Umfeld fern zu halten. Heute weiss man: Es ist wichtig, dass dem Kind seine Lebenswelt erhalten bleibt. Vor 40 Jahren verbot man den Eltern jeglichen Kontakt mit dem Kind, das ins Heim gebracht wurde. Heute wird darauf Wert gelegt, dass dieser wenn möglich erhalten bleibt und gestärkt wird. Die grössten Chancen, dass eine Fremdplatzierung gelingt, bestehen dann, wenn die Eltern involviert und einverstanden sind.

www.WiF.swiss – ein Online-Handbuch für Fachleute

Doch ist das Fachwissen, das sich Experten aus Theorie und Praxis erarbeitet haben, in den vielen sehr unterschiedlichen Situationen überhaupt schablonenmässig anwendbar? «Es ist klar, jeder Fall ist anders, den Standardablauf gibt es nicht», sagt Ko-Projektleiter Samuel Keller. «Aber es gibt Typologien.» So kann zwar niemand vorgeben: Wenn Situation A eintritt, dann muss man Lösung B anwenden. «Aber wir können Anregungen weitergeben.» Im Zentrum stehe immer die Frage: «Wie bewertet man die sehr komplexe Lebenssituation und wie erreicht man das Ziel, den optimalen Betreuungsplatz zu finden?» Mit der Webseite www.WiF.swiss erhalten Fachleute ein Hilfsmittel, eine Art Online-Handbuch, bei dem sie



Laura Valero: «Das Fachwissen nicht verlieren, sondern austauschen»



Stefan Eberitzsch: «Mit dem Projekt WiF eine Lücke schliessen»



Samuel Keller: «Wir können Anregungen weitergeben»

Die Zusammenarbeit der beteiligten Fachpersonen ist grundlegend für gelingende Platzierungsprozesse. Dabei müssen besonders auch die Perspektive und das Wohl der betroffenen jungen Menschen berücksichtigt werden. Foto: Keystone



sich mit Kommentaren und Feedbacks auch selbst einbringen können.

Die Nachfrage danach ist gross. Doch ebenso gross bleibt der Handlungsbedarf in anderen Bereichen der Fremdplatzierung. Denn selbst wenn umsichtig eruiert wird, welches der beste Platz für ein Kind ist: Oft ist dann just an jenem Ort gerade kein Zimmer frei. Und nicht selten spielen auch finanzielle Überlegungen in eine Entscheidung hinein. «Jeder Kanton kennt andere Finanzierungsmodelle», erzählt Laura Valero von Integras. «Je nachdem, wie und durch wen und wo eine Fremdplatzierung erfolgt, wird sie entweder vom Kanton, von der Gemeinde, von beiden miteinander oder durch einen Fonds bezahlt.» Das kann dazu führen, dass ein Fall auch mal einfach zwischen den Instanzen hin- und hergeschoben, respektive mit einer Platzierung zu lange zugewartet wird, was teils fatale Folgen für die Betroffenen haben kann. Unbefriedigend gelöst ist auch der letzte Übergang nach einer Fremdplatzierung: Wird ein Jugendlicher aus einer Institution entlassen, steht er oft alleine und ohne Unterstützung da. Das Pilotprojekt «Nachbetreuung – Nachhaltigkeit von Erziehungs- und Bildungsmassnahmen der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime ZKJ» will diese Lücke füllen: Es setzt mit einem kostenlosen Coaching dort an, wo die Jugendhilfe endet (siehe Artikel auf Seite 28).

Die Situation verbessert sich in der Regel

Grundsätzlich zeigt sich aber: Kommt ein Jugendlicher in der Schweiz in ein Heim oder in eine Pflegefamilie, verbessert sich in der Regel seine Situation. Zu diesem Ergebnis kommt eine durch das Bundesamt für Justiz finanzierte Studie der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Universitätskliniken Basel und Ulm. Die Verfasser haben dafür 64 Institutionen und fast 600 Kinder während vier Jahren befragt. Die Studie zeigt auf, dass drei von vier Heimkindern an Störungen des Sozialverhaltens, an Depressionen oder anderen psychischen Krankheiten leiden. Und dass die psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen mit jedem Jahr, das sie in einer Einrichtung leben, abnehmen. Das bedeutet, dass es ihnen besser geht. Gut 80 Prozent der Heimkinder erreichen im Laufe eines Jahres die Ziele, die sie sich gemeinsam mit den Betreuern gesetzt haben.

Dazu gehört auch Fabian, der 11-Jährige, der nicht mehr bei seinem depressiven Vater, sondern in einer Pflegefamilie lebt. Er ist am neuen Ort zur Ruhe gekommen. Seine schulischen Leistungen sind besser geworden. Und vor allem: Er hat kein anderes Kind mehr verprügelt.

«Konkret geht es darum, die Ergebnisse aus unseren Studien mit der Praxis zu verknüpfen»

Das Kind während des ganzen Verfahrens einbeziehen

Studie des SKMR über die Anhörung des Kindes

Bei Fremdplatzierungen werden in der Regel Kinder ab sechs Jahren von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und jüngere Kinder von den Diensten der Kinder- und Jugendhilfe angehört. Verbesserungspotenzial sieht eine Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) namentlich bei der Art, wie die Kinder befragt und in die Verfahren einbezogen werden.

Die UNO-Kinderrechtskonvention sowie die Leitlinien des Europarates für eine kindgerechte Justiz schreiben vor, dass das Kind in allen Verfahren, die es betreffen, angehört werden muss. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen. Die beiden Autorinnen der Ende August publizierten Studie des SKMR, Nicole Hitz Quenon und Fanny Matthey, haben die Praxis der Anhörung in zwei Bereichen untersucht: bei der zivilrechtlichen Fremdplatzierung in einer Erziehungseinrichtung oder Pflegefamilie und bei der ausländerrechtlichen Wegweisung eines Elternteils.

Ihre Erhebungen und Befragungen zur Fremdplatzierung in den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg zeigen, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) Kinder in der Regel ab sechs Jahren befragen, wie dies die Rechtsprechung des Bundesgerichts fordert. Die Dienste der Kinder- und Jugendhilfe hören die jüngeren Kinder an und halten deren Standpunkt im Sozialabklärungsbericht zuhanden der KESB fest.

Vorrang des Kindeswohls

Das Kindeswohl wird im Fremdplatzierungsprozess als vorrangig betrachtet. Die Verantwortlichen berücksichtigen namentlich die harmonische und gesunde physische und psychische Entwicklung des Kindes, seine Sicherheit und Anerkennung als eigenständiger Mensch, die Achtung und Förderung seiner besonderen Fähigkeiten sowie ein angemessenes Mitspracherecht des Kindes in seiner Familie und seinem Umfeld. In den Befragungen erwähnten sie als weitere Ziele auch den Erhalt der Verbindung zu den Eltern und eine spätere Rückplatzierung in die Herkunftsfamilie.

Über die Partizipation des Kindes am Platzierungsverfahren haben die KESB gemäss Studie unterschiedliche Auffassungen, die von der formellen Anhörung bis zu einer aktiveren Beteiligung des Kindes reichen. Gewisse KESB und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe verwenden beim Gespräch mit dem Kind eine Vorlage oder einen Leitfaden. Die Gespräche werden an unterschiedlichen Orten geführt: in Räumen oder Büros der Behörde bzw. der Dienststelle, in der Schule, zu Hause oder im Heim. Es wäre nach Ansicht der Autorinnen sinnvoll, sich mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen auseinanderzusetzen, um die ungeeigneten Räumlichkeiten meiden zu können.

Unterschiedlicher Zeitpunkt der Anhörung

Die KESB hören das Kind zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Verfahren an, meistens jedoch nach den Eltern. Die Verantwortlichen nannten in den Befragungen die jeweiligen Vor- und Nachteile. Sie brachten beispielsweise vor, es sei für das Kind vorteilhaft, wenn es erst gegen Ende des Verfahrens einbezogen werde, weil sich dadurch für das Kind die Verfahrensdauer verkürze. Oder es sei wichtig, zuerst die Eltern anzuhören, um ihre momentane Fähigkeit, für das Kind zu sorgen, feststellen und auf deren Wiederherstellung hinarbeiten zu können. Umgekehrt wurde geltend gemacht, zunächst müsse das Kind angehört werden, um sein Befinden und seinen Standpunkt zu kennen, bevor man die Eltern treffe.

Unabhängig vom Zeitpunkt der Partizipation ist es wichtig, «dass die Meinung des Kindes tatsächlich bei der Entscheidungsfindung einbezogen wird und seine Mitwirkung nicht zu einer Alibiübung wird»,

«Es ist wichtig, dass die Meinung des Kindes tatsächlich bei der Entscheidungsfindung einbezogen wird»

«Das Kind sollte möglichst früh über seine Mitwirkungsrechte informiert werden»

betont die Studie. Und da die Information «eines der zentralen Elemente einer gelungenen Anhörung ist», so die Studie, «sollte das Kind möglichst früh, gleich bei der Eröffnung des Verfahrens, über seine Mitwirkungsrechte und insbesondere über seine Anhörung und deren Bedeutung im Verfahren informiert werden».

Sich frei vom Einfluss der Angehörigen äussern

Der Einfluss der Aussage des Kindes hängt von seiner Reife bzw. Urteilsfähigkeit ab. Die Verantwortlichen erachten es als wichtig, dass sich das Kind frei vom Einfluss der Eltern oder anderer Angehöriger äussern kann und dass der Kinderschutz Vorrang hat. Sie sprachen sich aber auch klar dagegen aus, dem Kind in Bezug auf den Ausgang des Verfahrens eine allzu grosse Verantwortung zu übertragen. Sie betonten zudem, dass man dem Kind transparent vermitteln muss, wer die Entscheidung trifft.

Den Entscheid erklären

Es ist allgemein anerkannt, dass es wichtig ist, das Kind über den Entscheid zu informieren. Die Integration am Platzierungsort gelingt nämlich besser, wenn das Kind die Gründe für die Fremdplatzierung versteht. Hingegen gehen die Meinungen auseinander, ob besser die KESB, der Abklärungsdienst, der Beistand, der Rechtsvertreter oder die Eltern den Fremdplatzierungsentscheid erläutern sollen. Die Autorinnen der Studie regen an, die jeweiligen Vor- und Nachteile näher zu untersuchen. Sie haben zudem «den Eindruck, dass auch urteilsfähige Kinder

nicht systematisch über den Entscheid informiert werden. Dies wäre jedoch Voraussetzung, damit sie ihr Recht, gegen den Entscheid Beschwerde einzureichen, ausüben können.»

Empfehlungen

Als erfreulich und hilfreich bezeichnet die Studie die bestehenden und geplanten Instrumente, die den Einbezug des Kindes als wichtiges Element in den verschiedenen Etappen der Fremdplatzierung vorsehen. Sie erwartet, dass diese «ermutigenden Schritte in die richtige Richtung» zu einer gewissen Vereinheitlichung der Praxis führen werden. Die Studie weist aber auch auf Verbesserungspotenzial hin und richtet eine Reihe von Empfehlungen an die Praxis und Forschung. Insbesondere sollte das Kind während des ganzen Verfahrens einbezogen werden, statt nur einmal formell angehört zu werden. Zudem sollte das Kind regelmässig während des ganzen Verfahrens über seine Rechte aufgeklärt werden. Dazu gehören insbesondere das Recht auf Anhörung und beim urteilsfähigen Kind das Recht, jemanden mit seiner Rechtsvertretung zu beauftragen und Rechtsmittel zu ergreifen. Ferner sollte das Kind systematisch über alle Entscheide betreffend die Anordnung, Änderung oder Beendigung der Platzierung informiert werden.

Weiter sollten der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den verantwortlichen Fachleuten sowie die Vereinheitlichung der Praxis innerhalb eines Kantons (zum Beispiel durch die Verwendung von Hilfsmitteln und gemeinsame Standards) gefördert werden. Als wichtig erachtet die Studie auch die Ausbildung in kindsgerechter Befragungstechnik sowie die Ausarbeitung einheitlicher Leitlinien für die Beurteilung der Situation eines Kindes und die Bestimmung des Kindeswohls.

Die Studie hat auch die Praxis bei ausländerrechtlichen Wegweisungsverfahren eines ausländischen Elternteils untersucht. Gemäss einer bei allen kantonalen Migrationsämtern durchgeführten Erhebung wird das Kind in weniger als der Hälfte der Kantone angehört. Meistens gehen die Behörden davon aus, dass das Kindesinteresse mit dem Interesse des auszuweisenden Elternteils übereinstimmt. Laut Studie besteht bei den Behörden «folglich ein grosser Bedarf an Sensibilisierung und Ausbildung über die Rechte des Kindes». (gal)

Link: Die Studie «Une justice adaptée aux enfants – L'audition de l'enfant lors d'un placement en droit civil et lors du renvoi d'un parent en droit des étrangers» – die Zusammenfassung sowie die Schlussfolgerungen und Empfehlungen liegen auch auf Deutsch vor - ist auf der Website des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (www.skmr.ch) abrufbar.

Die Studie empfiehlt, die Ausbildung in kindsgerechter Befragungstechnik zu fördern.

Illustration: © UNICEF/Kati Rickenbach



Die Eltern bleiben in die Erziehung involviert

Zu Besuch im Wohn- und Tageszentrum Heizenholz in Zürich-Höngg

Das Wohn- und Tageszentrum Heizenholz am Stadtrand von Zürich ist eine offene Einrichtung mit breitem Angebot und klarem Profil. Ein zentrales Element in der pädagogischen Arbeit ist die Arbeit mit den Eltern, die von Anfang an in die Verantwortung für die Entwicklung ihres Kindes eingebunden sind. Aber auch die zuweisenden Stellen werden einbezogen: Für alle Beteiligten ist das ein hoher Anspruch.

Charlotte Spindler

Die Architektur der frühen Siebzigerjahre ist noch deutlich erkennbar. Die ehemalige Jugendsiedlung ist eine kompakte, aus verschiedenen hohen Kuben bestehende Überbauung am grünen Stadtrand von Zürich, direkt unterhalb des Höggerbergs. Drei kleine zweigeschossige Häuser, die ehemaligen «Einfamilienhäuser», und ein mehrstöckiger Wohnbau sind hell verputzt, ein zentrales, ockerfarbenes Gebäude mit markanter Rundung bildet einen architektonischen Mittelpunkt. Dahinter erhebt sich ein voluminöses Wohnhaus mit offenen Gemeinschaftsterrassen. In den Anfangsjahren lebten in diesem Haus die Jugendlichen in betreuten Wohnungen; nach der Reorganisation des Heizenholz ging das Gebäude im Baurecht an die Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk1, wurde um einen Neubau erweitert und ist seit 2012 ein vielbeachtetes Mehrgenerationenprojekt mit Familien- und Grosswohnungen.

Antoinette Haug, seit 2003 Gesamtleiterin des Wohn- und Tageszentrums Heizenholz, schätzt die Nachbarschaft zur Genossenschaft und das Zusammenleben mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Genossenschaft: Die vielen Kinder bewegen sich nach Lust und Laune durch das Areal, und auch der grosse Spielplatz am Waldrand, der mit Beteiligung der Heizenholz-Kinder entstanden und nun öffentlich zugänglich ist, wird von allen Kindern und Jugendlichen auf dem Areal genutzt. Die Jugendsiedlung Heizenholz, ursprünglich eine städtische Einrichtung, hatte bei der Gründung 1972 pionierhafte Züge. «Die Jugendsiedlung war ein Betrieb mit wenig Leitungsstrukturen, in dem die Wohngruppen basisdemokratisch geführt wurden»,



erzählt Felix Ochsner, Leiter der Fachstelle Pädagogik und Projekte und Mitglied des Leitungsteams. «Das entsprach dem damaligen Zeitgeist, und so wurde die Institution auch von aussen wahrgenommen. Heute ist für uns und unsere Mitarbeitenden Mitgestalten und Verantwortung übernehmen zentral. Bei der Umsetzung des Führungsmodells sind wir heute – auch getreu unserem systemischen Blickwinkel – wohl recht fortschrittlich.»

Das Wohn- und Tageszentrum Heizenholz, wie es heute heisst, gehört seit 2000 zur Stiftung Zürcher Kinder und Jugendheime ZKJ (siehe Kästchen). Es hat seine Führungsstrukturen angepasst, die Angebote überprüft, zum Teil aufgehoben oder in andere Stadtquartiere verschoben, und neue Verantwortlichkeiten geschaffen. Damit erfüllte das

Die Eltern werden im Heizenholz von Anfang an in die Verantwortung für die Entwicklung ihres Kindes eingebunden. «Nach unseren Erfahrungen sind die meisten Eltern bereit, sich auf die Kooperation einzulassen», sagen Antoinette Haug und Felix Ochsner. Foto: © Heizenholz/Felix Ochsner

«Die Eltern sind in hohem Masse präsent und nehmen am Alltag teil»

Heizenholz auch die Bedingungen der Stiftung ZKJ, damit die Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude an die Hand genommen werden konnte. 2009 konnte nach zweijähriger Umbauzeit das «neue» Heizenholz eröffnet werden.

Eine lernende Organisation

Die neu geschaffenen Strukturen mit begleiteten Aussenwohngruppen und der Umzug der Mutter-Kind-Wohnagogik in ein anderes zur Stiftung ZKJ gehörendes Haus sind Teil der Neuausrichtung des Heizenholz. Diese Neuausrichtung, die der ZKJ-Strategie 2022 entspricht, ist ein langer Prozess. Das Heizenholz versteht sich als lernende Organisation, offen und interessiert an neuen Entwicklungen. Ein zentrales Element der Neupositionierung des Wohn- und Tageszentrums ist die Arbeit mit den Eltern. Das ist nicht neu, sondern ein über mehrere Jahre herangewachsenes Projekt, wie Antoinette Haug und Felix Ochsner ausführen. Die Eltern sind in hohem Masse präsent und nehmen am Alltag teil. Ein Vater holt zum Beispiel jeden Mittag seine Kinder in der Schule ab, nachmittags macht er mit ihnen Hausaufgaben und isst abends in der Wohngruppe. Für Mütter oder Väter können bei Bedarf Schlafmöglichkeiten geschaffen werden; über die Tagespauschale sind solche Angebote abgegolten.

Nur mit den Eltern sind nachhaltige Veränderungen möglich

Die intensive Zusammenarbeit mit den Eltern setzt klare Strukturen und Zielvereinbarungen voraus. «Nach unseren Erfahrungen sind die meisten Eltern bereit, sich auf die Kooperation einzulassen», sagen Haug und Ochsner. Sie stellen fest, dass auch Eltern, die ursprünglich als eher schwierig eingestuft wor-

den sind, ins Boot zu holen sind. «Wir müssen immer das ganze familiäre System sehen, denn Veränderungen können nur in der Familie stattfinden. Das heisst aber, dass die Eltern in den pädagogischen Prozess eingebunden sind. Sie können ihre Kinder nicht einfach 'abgeben' und sich aus der Verantwortung entlassen, sondern sie bleiben in die Erziehung involviert.»

Der intensive Einbezug der Eltern ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohngruppen höchst anspruchsvoll und erfordert viel Empathie und Bewusstheit. So sind Mütter und Väter beteiligt an den Hausaufgaben, kümmern sich um die Gesundheit ihrer Kinder (auch unter der Woche), halten den Kontakt mit der öffentlichen Schule aufrecht und beteiligen sich im Alltag, indem sie mit ihren Kindern oder Jugendlichen kochen oder putzen. Das erleichtert, wie Felix Ochsner anfügt, die spätere Ablösung vom Elternhaus: «Man kann sich ja nur ablösen, wenn ein Gegenüber da ist!» Die Kinder und Jugendlichen sollen den Kontakt zur Familie behalten, denn oftmals kehren sie nach einem bis drei Jahren wieder nach Hause zurück. Langzeitplatzierungen sind im Heizenholz eher die Ausnahme als die Regel. Das gilt natürlich nicht für Flüchtlingskinder oder unbegleitete minderjährige Asylsuchende.

Strukturen und Transparenz

«Wir sind überzeugt, dass erst der Einbezug des familiären Systems zu einem nachhaltigen Ergebnis führt», betonen Antoinette Haug und Felix Ochsner. In einigen Fällen leben Kinder drei Tage in ihrer Familie und die restliche Zeit im Zentrum; auch bei den Wochenendregelungen ist das Heizenholz flexibel. Die Wochenenden werden jedoch genau vorbereitet: 365 Tage im Jahr sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wohngruppe anwesend; auch ein Pikettdienst ist jederzeit vorhanden. So können sich Eltern, Kinder oder Jugendliche bei auftauchenden Schwierigkeiten Unterstützung holen. Die Fallführung liegt bei den Teamverantwortlichen. «Wir haben bei den Wohngruppen-Teams eine eher geringe Fluktuation. Das schafft Stabilität; unsere Kinder und Jugendlichen kommen mit weniger wechselnden Betreuenden besser klar», erklärten Antoinette Haug und Felix Ochsner.

Arbeit mit Inhalten

Das Heizenholz hat Standardverfahren wie andere Institutionen auch: Aufnahme, Standortbestimmungen, Austritt. «Doch wir geben statt Prozessschritten die Bearbeitung von Inhalten vor, daran orientieren wir uns und darüber diskutieren wir», sagen die beiden Leitungspersonen. «Das ist ein kontinuierlicher Prozess. Wenn von Müttern oder

Das Heizenholz, Geschichte und Zahlen

Im Herbst 1972 wurde die Jugendsiedlung Heizenholz eröffnet, als eines von 17 städtischen Kinder- und Jugendheimen. Im Jahr 2000 wurden die Heime an die Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime ZKJ ausgelagert. Im Stiftungsrat vertreten sind u.a. Mitglieder von kantonalen und städtischen Behörden, Parlamentarier und Privatpersonen. Die ZKJ umfasst heute 21 Einrichtungen mit rund 560 Plätzen, 3 Krippen, einer Mutter-Kind-Wohnagogik und einer Abteilung Sozialpädagogische Familienarbeit.

Das Wohn- und Tageszentrum Heizenholz ist eine Einrichtung für normalbegabte Kinder und Jugendliche; geöffnet ist es 365 Tage im Jahr. Es bietet ein betreutes koedukatives Wohnangebot mit 62 Plätzen für Kinder und Jugendliche vom Kindergartenalter bis 18 Jahren, 28 Plätze in drei betreuten Aussenwohngruppen mit angeschlossenen teilbetreuten Jugendwohnungen und sechs Plätze in der Wohnagogik für Frauen mit ihren Kindern; diese Studiowohnungen befinden sich ebenfalls ausserhalb des Heizenholz. Auf dem Heizenholz-Areal gibt es zudem eine Kinderkrippe mit 45 Plätzen, die Babys und Kleinkinder aus dem Quartier und umliegenden Gemeinden aufnimmt. Die Kinder und Jugendlichen des Wohn- und Tageszentrums besuchen die Schulen im Quartier; für Kinder und Jugendliche mit schulischen Lücken bietet das Heizenholz intern Ergänzungsunterricht.



Das Wohn- und Tageszentrum Heizenholz versteht sich als lernende Organisation, die an neuen Entwicklungen interessiert ist.
Foto: © Heizenholz/Felix Ochsner

Vätern Widerstand kommt, wollen wir Klarheit schaffen und mit ihnen gemeinsam herausfinden, welche Veränderungen zu Gunsten ihrer Kinder sie angehen wollen.» Diese Fragestellung gilt auch in der Arbeit mit Eltern mit einer Suchtproblematik oder mit psychischen Auffälligkeiten. Für das Kind oder den Jugendlichen ist diese Transparenz wichtig. Es muss sich nicht verantwortlich fühlen dafür, wie es den Eltern geht. So erst ist eine Arbeit mit den Eltern wirklich möglich.

Für die Sozialpädagogik ist es vielfach eine Herausforderung, den Eltern auf dieser Ebene zu begegnen – das lernt man in der Regel in den Ausbildungsstätten noch nicht, bemerkt Antoinette Haug. Das Wohn- und Tageszentrum arbeitet nach dem Modell SIT, wie es am Institut für systemische Interaktionstherapie und Beratung entwickelt worden ist. Alle Mitarbeitenden der Sozialpädagogik werden entsprechend ausgebildet. Die Kurse in systemischer Interaktionsberatung werden an verschiedenen Orten in der Schweiz und in Deutschland angeboten. Das Modell SIT basiert wesentlich auf der Aktivierung der Eltern. Es verlangt von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auf den Gruppen ein Umdenken und eine neue Haltung gegenüber den Herkunftsfamilien.

Auch die Zusammenarbeit mit Migrationsfamilien beruht auf diesen Grundvoraussetzungen. Oftmals wird in einer Familie mit Migrationshintergrund die Fremdplatzierung ihres Kindes oder eines jungen Menschen als Versagen, gar Schande

empfundener Widerstand kommt, wollen wir Klarheit schaffen und mit ihnen gemeinsam herausfinden, welche Veränderungen zu Gunsten ihrer Kinder sie angehen wollen.» Diese Fragestellung gilt auch in der Arbeit mit Eltern mit einer Suchtproblematik oder mit psychischen Auffälligkeiten. Für das Kind oder den Jugendlichen ist diese Transparenz wichtig. Es muss sich nicht verantwortlich fühlen dafür, wie es den Eltern geht. So erst ist eine Arbeit mit den Eltern wirklich möglich.

«Wir wollen Transparenz und Klarheit»

Und welche Rolle kommt bei einer Platzierung den zuweisenden Stellen zu? Antoinette Haug und Felix Ochsner: «Die zuweisenden Stellen, also vor allem Sozialdienste, Mitarbeitende der KESB oder auch der Jugendanwaltschaft, wissen, worauf wir bei unserer Arbeit Wert legen. Es genügt nicht, die Zuweiser zweimal im Jahr zu einem Standortgespräch einzuladen, sondern wir binden sie wenn möglich ganz direkt ein, wir informieren sie laufend, an welchen Themen und Prozessen wir arbeiten, und wir sind ständig im Gespräch. Wir korrespondieren per E-Mail, das bedeutet, dass zuweisende Stellen unsere Mitteilungen lesen und reagieren können. Wir wollen Transparenz und Klarheit, und das ist arbeitsintensiv.»

«Erst der Einbezug des familiären Systems führt zu einem nachhaltigen Ergebnis»

Eine Einrichtung, die auf jedes Kind individuell abgestimmt ist

Gespräch mit Jean-Marie Villat, Direktor der Fondation Borel

Die Fondation Borel in Dombresson nimmt Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts auf. Es sind junge Menschen, die Schwierigkeiten in ihrem familiären Umfeld haben, verhaltensauffällig sind oder mit beiden Problemen zu kämpfen haben. Aufgenommen werden Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis fünfzehn Jahren. Mitunter werden sie bis zu ihrer Volljährigkeit und sogar darüber hinaus begleitet. Sie kommen hauptsächlich aus Neuenburg, aber auch aus anderen Kantonen. Das pädagogisch-therapeutische Zentrum im Dombresson verfügt in seinem Schulinternat über 45 Plätze und bietet Unterricht in Kleinklassen an. Dank der Möglichkeit der externen Betreuung (EB) und der intensiven externen Betreuung (IEB) kann die Fondation laufend rund 60 Kinder unterstützen.

Nathalie Buthey

Im Jahr 1991 hatten der mittlerweile verstorbene Dr. Raymond Traube, ehemals verantwortlicher Arzt der Einrichtung in Dombresson, und Jean-Marie Villat, der neue, systemtherapeutisch ausgerichtete Direktor, eine gemeinsame Vision: «Der Platz eines Kindes ist in erster Linie bei seiner Familie». Jede Familie kann ihre Kinder unterschiedlich betreuen. Die Betreuungsmöglichkeiten entwickeln sich in dem Masse, wie ein Kind selbstständiger oder älter wird. In der Fondation Borel hat man sich deshalb entschieden, die Einrichtung individuell an das Kind anzupassen und nicht umgekehrt. Die Idee der individuell abgestimmten Fremdplatzierung ist nur die logische Folgerung aus dieser Grundhaltung.

Konzept der individualisierten Platzierung

Im Laufe der Zeit sah sich die Fondation Borel angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung, der Kinderrechtskonvention und vor dem Hintergrund missbräuchlicher Fremdplatzierungen und der Entwicklung von Standards wie Quality4Children im

gewählten Konzept bestätigt. Durch eine stetige interdisziplinäre Tätigkeit konnte die Einrichtung in Dombresson ein Arbeitsmodell schaffen, das auf einer individualisierten Platzierung beruht. Gestützt auf die Arbeit interner fachübergreifender Kommissionen (zu Themen wie Gewalt, Sexualität, Risikoverhalten und Abhängigkeit) und die Ausarbeitung pädagogischer sowie pädagogisch-therapeutischer Konzepte, die alle fünf Jahre mit den Mitarbeitenden der Einrichtung aufs Neue überprüft wurden, ist dieses Modell laufend verfeinert worden. Heute ist in der Fondation Borel keine Betreuungsform zwingend und hinsichtlich der Platzierung ist keine Mindestdauer festgelegt. Jeder Fall ist einzigartig und bildet eine Ausnahme, denn jedes Kind ist einzigartig. So wird die Ausnahme zur Regel. Es ist eine ständige Baustelle, auf der zurzeit mehrere Projekte in Zusammenhang mit der individualisierten Platzierung im Gang sind (z.B. Möglichkeit, die öffentliche Schule zu besuchen, niederschwellige Betreuung).

Laufend gemeinsam auf der Suche nach Lösungen

Sobald die Schritte zur Platzierung eines Kindes eingeleitet werden, bekräftigen die Verantwortlichen, dass alle Entscheidungen gemeinsam mit der Familie getroffen werden sollen. In einem ersten Gespräch mit der Familie wird geklärt, was sie dazu bewogen hat, bei der Fondation Borel einen Platzierungsantrag zu stellen, selbst wenn eine Platzierung verfügt worden ist. Da nichts überstürzt werden soll, wird vor dem endgültigen Platzierungsentscheid eine Probeplatzierung in der Einrichtung vereinbart. Alle wichtigen Entscheidungen, die das Kind betreffen, werden im Verbund getroffen, das heisst, die Einrichtung spricht sich mit der zuständigen sozialpädagogischen Fachperson, mit den Eltern und dem Kind ab. Bei jedem Treffen dieses Netzwerks wird geklärt, wie sinnvoll und zweckmässig es ist, die Platzierung fortzusetzen. Ziel ist es, für das Kind und seine Familie ein Gleichgewicht

zu finden. Durch die vernetzte Klärung der Fragen bezüglich Form und Zweckmässigkeit der Platzierung werden das Kind und seine Familie aktiv in die Entscheide einbezogen.

Bei jedem Treffen alle sechs bis acht Wochen haben die Eltern, die Verantwortlichen der Einrichtung, die Platzierungsdienste und das Kind die Möglichkeit, Sinn und Zweck der Fremdplatzierung erneut zu diskutieren. Die Wünsche werden unter Berücksichtigung der individuellen – mitunter sehr unterschiedlichen – Gegebenheiten und Bedürfnisse aller Betroffenen bearbeitet. Jeder Mensch ist anders und verdient somit eine differenzierte Lösung. Die Überlegungen zur Betreuung eines jeden Kindes müssen folglich stets aufs Neue angestellt werden. Die Einrichtung hat sich dem Grundsatz verschrieben, soweit möglich niemanden auszuschliessen. Sie ist bestrebt, gemeinsam mit dem Platzierungsdienst eine einvernehmliche Lösung zu finden. Ein strenger, aber nicht starrer Rahmen ermöglicht dies.

«Der Platz eines Kindes ist in erster Linie bei seiner Familie»



In der Fondation Borel hat man sich entschieden, die Einrichtung individuell an das Kind anzupassen und nicht umgekehrt. Foto: Peter Schulthess



Die Fondation Borel bietet einrichtungsinternen Unterricht in Kleinklassen. Foto: Peter Schulthess

Sind die beteiligten Partner und die Einrichtung unterschiedlicher Meinung, müssen die Differenzen auf den Tisch kommen und ausdiskutiert werden. Im Interesse des Wohlergehens des Kindes oder aus ethischen Gründen kann sich die Einrichtung aber zurückziehen, sofern es die Eltern oder das Gericht als sinnvoller erachten.

Eine familiäre Atmosphäre

Bei jedem Betreuungssetting, das die Einrichtung vorschlägt, wird auf die Bedürfnisse des Kindes und dessen Familie eingegangen. Diese Respektierung der Bedürfnisse bewirkt eine positive Dynamik. Da die Rückkehr der Kinder zu ihren Familien gefördert wird, verbleiben an gewissen Abenden weniger Kinder in der Einrichtung. Diese familiäre Atmosphäre ermöglicht eine individuellere Beziehung zwischen dem Erzieher und dem Kind, das in der Einrichtung bleibt. Entsprechend einfacher wird die Arbeit mit dem Kind, der Einrichtung und der Familie. Bisweilen wirkt diese Dynamik stimulierend und ermöglicht die Rückkehr des Kindes nach Hause, was in der Regel durch Ergänzungsbeihilfen für Familien unterstützt wird. Die flexiblen Förderpläne bieten dem Kind jederzeit die Möglichkeit, wieder eine kürzere oder auch längere Zeit in der Einrichtung oder zu Hause zu verbringen. Oder es eröffnet sich eine andere Möglichkeit. Nichts ist fix.

Für das Kind birgt diese Betreuung vor allem Vorteile. Es kann über die Realität des Familienalltags sprechen, verstehen lernen, weshalb es in der Einrichtung ist und weshalb das Netzwerk und seine Eltern sich für eine bestimmte Form der Platzierung entschieden haben. Der Direktor der Fondation Borel, Jean-Marie Villat, ist überzeugt, dass die individuell auf jedes Kind abgestimmte Platzierung keine Eifersucht unter den Kindern hervorruft, zumal zusammen mit jedem Kind individuell der Sinn und Zweck der für es erarbeiteten Lösung zur Sprache gebracht werden kann. Aber selbst wenn ein Kind begreift, weshalb es in der Einrichtung ist und dort betreut wird, empfindet es sich oft als ungerecht behandelt. Um beurteilen zu können, wie Kinder die für sie getroffenen Massnahmen wahrnehmen, hat die Einrichtung ein eigenes Arbeitsinstrument entworfen (PRISMA). Dieses stützt sich auf die Standards von Quality4Children und wird von den Kindern in den nächsten vier Jahren eingesetzt werden. Ausserdem hat die Fondation Borel ein Jugendforum ins Leben gerufen, wo auf demokratischer Grundlage Vorschläge und Ideen eingebracht werden können.

Flexibilität, Innovationsgeist und eine positive Vision

Das Management der individualisierten Platzierungen gestaltet sich alles andere als einfach. Die Mitarbeitenden müssen hinter dem Konzept stehen und dessen Vor- und Nachteile akzeptieren. Die Innovationsfähigkeit der Mitarbeitenden, ihre positive Vision des Kindes und ihre Flexibilität sind von entscheidender Bedeutung. Flexibilität wird aber auch vom Management verlangt. So werden die Mitarbeitenden beispielsweise jedes Jahr befragt, zu welchem Beschäftigungsgrad sie arbeiten möchten. Ihr Privatleben soll respektiert werden. Gemeinsam wird beständig nach dem bestmöglichen Kompromiss gesucht, um allen gerecht zu werden.

In den Westschweizer Einrichtungen ist gegenwärtig ein richtiggehender Wandel im Betreuungswesen zu beobachten. Die durch die Fondation Borel vermittelten pädagogischen Prinzipien entsprechen den aktuellen Trends im Bildungswesen und Synergien beginnen sich abzuzeichnen. Vom Wunsch nach Individualisierung zur Realität ist es allerdings noch ein langer Weg. Als Präsident der Westschweizer Fachgruppe Sozialpädagogik hat Jean-Marie Villat Gelegenheit, all die Werte zu vermitteln, an die er glaubt. In den Westschweizer Kantonen ist eine Entwicklung hin zu diesen Werten bemerkbar.

«Gemeinsam und unablässig wird nach dem bestmöglichen Kompromiss gesucht, um allen gerecht zu werden»

Jean-Marie Villat

Nach einer kaufmännischen Ausbildung liess sich Jean-Marie Villat zum Psychiatriepflegefachmann und danach zum Sozialpädagogen ausbilden. Schliesslich erwarb er auch ein Hochschuldiplom in Psychologie und Erziehungswissenschaften. Er absolvierte gleichzeitig verschiedene Ausbildungen auf dem Gebiet der Systemik und sammelte während mehrerer Tausend Stunden praktische Erfahrungen in familiensystemischen Therapien. Seine Management-Ausbildung vervollständigte er mit dem Erwerb eines eidgenössischen Fachausweises, der ihn zur Leitung von Erziehungseinrichtungen berechtigt. Im Rahmen seiner Arbeit als Supervisor und Berater begleitet und schult Jean-Marie Villat Leiter sowie Betreuer Teams von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche als auch Mitarbeitende im Kinderschutz.



Jean-Marie Villat, Direktor der Fondation Borel in Dombresson

Beziehungskontinuität ist die Grundlage des Engagements

Die Fondazione Amilcare betreut und begleitet Jugendliche in Hochrisikosituationen

Die Fondazione Amilcare hat den Auftrag, Heranwachsende in einer schwierigen Phase wieder ins soziale Gefüge einzubetten. Sie betreibt drei Wohnheime, ein Tageszentrum und verfügt über ein mobiles Betreuungsteam. Sie eröffnet zahlreichen Jugendlichen die Chance auf ein neues Selbstvertrauen, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die konkrete Möglichkeit, ihr Leben eigenständig zu gestalten.

Raffaele Mattei und Gian Paolo Conelli



Wie können Heranwachsende unterstützt und ins Erwachsenenleben begleitet werden, die aufgrund ihrer leid-, krisen- und bisweilen gewaltgeprägten Familiensituation eine ausserfamiliäre Betreuung brauchen?

Mit einem Grossteil dieser Jugendlichen kommt eine pädagogische Beziehung zustande, die es den Sozialpädagogen (Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text nur die männliche Form verwendet, die jeweils für beide Geschlechter gilt.) ermöglicht, sie in ihrer Entwicklung auf wertvolle und nützliche Weise zu unterstützen. Nicht selten jedoch durchlaufen Jugendliche eine Lebensphase, in der sie weder Ansprüche an uns Erwachsene noch einen Lebensplan haben und auch nicht motiviert sind, einen solchen zu entwerfen. Die pädagogische Arbeit mit Heranwachsenden, die sich unserer Hilfe verweigern, wird so zu einer zusätzlichen Herausforderung mit Frustrationspotenzial. Die fehlende Resonanz in einer solchen Beziehung kann beim Sozialpädagogen ein Gefühl der Machtlosigkeit, der Frustration und des Leidens auslösen.

Angesichts solcher Fälle, die unsere Teams und Erziehungsfachleute überfordert haben, hat unsere Stiftung ein wirksames Aufnahme- und Betreuungskonzept für die Arbeit mit diesen Jugendlichen entwickelt.

Die Fondazione Amilcare

Die seit 1999 von Raffaele Mattei geleitete Stiftung orientiert sich an den Lehren von Dr. med. Amilcare Tonella, der sich Zeit seines Lebens dafür eingesetzt hat, die Grundrechte der Kinder zu fördern, eine

kind- und familiengerechte Kultur zu unterstützen und misshandelten Kindern Schutz und Unterstützung zu bieten.

Unser Auftrag besteht in der Betreuung und gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Jugendlichen, die aus den verschiedensten Gründen eine schwierige Zeit durchleben. Auch ihre Familien werden unterstützt. Für viele Heranwachsende und ihre Familien eröffnet die Fondazione Amilcare die Chance auf ein neues Selbstvertrauen, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die konkrete Möglichkeit einer eigenständigen Lebensgestaltung.

Im Rahmen des kantonalen Kinderschutzes betreut die Stiftung in den folgenden Angeboten rund 80 Jugendliche:

- Die drei Heime Foyer Verbanella in Locarno, Foyer Calprino in Massagno und Foyer Vignola in Lugano. Hier sind neun Jugendliche ab 15 Jahren untergebracht; für alle wird ein persönlicher Betreuungsplan erstellt. Auf ihrem Entwicklungsweg haben die Jugendlichen so die Möglichkeit, ein festes Zimmer in einem Heim zu haben und gleichzeitig ihr Leben selbstständig zu gestalten.
- ADOC – Wohnbegleitung in einer eigenen Wohnung. Ab 16 Jahren kann ein junger Mensch in einer eigenen, von ihm gewählten Wohnung leben und von zwei Sozialpädagogen betreut werden. Hierbei ist die permanente telefonische Erreichbarkeit der Jugendlichen und – im Gegenzug – die Verfügbarkeit der Sozialpädagogen rund um die Uhr die wichtigste Bedingung.
- Tageszentrum Spazio Ado in Lugano Besso. Dies ist eine Tagesstruktur für neun Jugendliche ohne



Raffaele Mattei, Direktor (oben)
Gian Paolo Conelli, Vizedirektor der
Fondazione Amilcare



- Ausbildungsplatz oder ohne Erwerbstätigkeit. Hier finden sie ein Beschäftigungs-, Kultur- und Freizeitprogramm zur Förderung ihrer Zufriedenheit und zur Erhöhung ihres Selbstwertgefühls.
- Fachstelle ADOMANI – ermöglicht den Jugendlichen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit.
 - Familienberatungsstelle – unterstützt Familien und fremdplatzierte Jugendliche mit dem Ziel, die familiären Beziehungen zu verbessern.

Zum Zeitpunkt der Meldung durch die Sozialdienste sind diese Jugendlichen häufig in mehrerer Hinsicht ausgegrenzt (Herkunftsfamilie, Schule, Arbeit, Peergroup, Wohnsituation). Sie haben kein Zugehörigkeitsgefühl und bisweilen nicht einmal eine behördliche Identität.

Das Beziehungs- und Familienleben dieser Jugendlichen ist mehrheitlich vom Fehlen einer festen Bezugsperson in der Kindheit sowie von einschneidenden Beziehungsabbrüchen geprägt. Daher haben sie kein Vertrauen mehr in die Erwachsenen, aber auch wenig Selbstvertrauen. Nicht selten sind sie auch Opfer von Misshandlungen (psychische und

körperliche Gewalt, Vernachlässigung, sexueller Missbrauch).

Konzeptioneller Rahmen

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, orientieren sich unsere Mitarbeitenden in der täglichen Arbeit an rechtlichen Vorgaben und theoretischen Konzepten. Die wichtigsten Referenzen hierbei sind die UNO-Kinderrechtskonvention, der Misshandlungsbegriff der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie die dazugehörigen Umsetzungsinstrumente. Im Kinderschutz sind dies insbesondere die europäischen Qualitätsstandards von Quality4Children zur Verhütung von Misshandlungen und zur Förderung einer kinderrechtskonformen ausserfamiliären Betreuung.

Unsere Teams inspirieren sich an der wirksamen Kommunikation nach Carl Rogers, am aktiven Zuhören und an der emotionalen Intelligenz nach Thomas Gordon, an der nicht strafenden und nicht ausgrenzenden Pädagogik nach Roland Coenen und Janusz Korczak, am Vertrauen in das kompetente Kind nach Jesper Juul sowie an der soziologischen

Die Fondazione Amilcare bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, Wandbilder zu malen, um ihren Gefühlen, ihren Wünschen und ihren Visionen Ausdruck zu geben (Seiten 23, 24, und 27).

Fotos: © Fondazione Amilcare

Vorstellung von flüchtigen Beziehungen und Zugehörigkeit nach Zygmunt Bauman.

Erziehungsgrundsätze

Die Erziehungsaufgabe der Fachleute gestaltet sich oft paradox: Einerseits sollen Heranwachsende begleitet und geschützt werden (d.h. ihr Verhalten und ihre Ziele werden kontrolliert), andererseits sollen sie ins Erwachsenenleben «hinausbegleitet» werden, indem man ihr Wort und ihren Willen respektiert und ihnen Eigenständigkeit zugesteht.

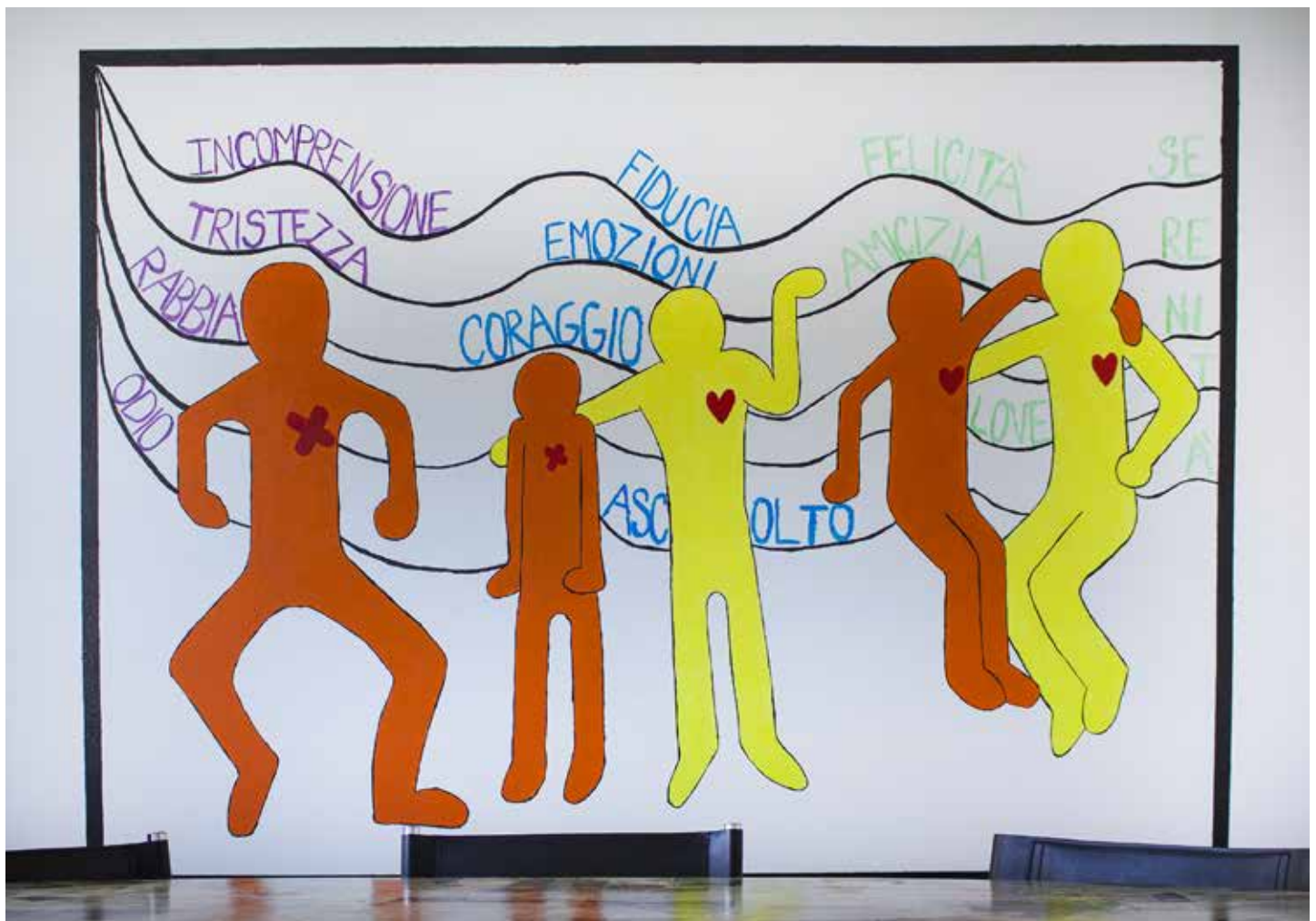
In dieser paradoxen Rolle ist das oft zerbrechliche Gleichgewicht zwischen diesen beiden Dynamiken wichtig. Der Druck sowohl von Seiten der Fachleute als auch aus der Familie erzeugt häufig Spannungen, die für Heranwachsende nur schwer auszuhalten sind. Entsprechend besteht die Aufgabe der Sozialpädagogen manchmal darin, die Rechte der Jugendlichen (einschliesslich des Rechts auf Fehlverhalten) gegenüber einem Umfeld zu verteidigen, das immer mehr Regeln aufstellt und bisweilen auf Zwang setzt. Dieser Druck der Fach-

leute führt teilweise zu «Misshandlungen» durch den Sozialpädagogen oder die Sozialpädagogin, die sich sowohl auf ihre Kontrollfunktion als auch auf das Kindeswohl berufen. Aus diesem Grund haben wir acht Leitsätze erarbeitet, nach denen wir unsere Arbeit ausrichten.

1. Betreuung von Kind und Familie

«Für den betreuten Jugendlichen ist es wichtig zu wissen, dass jemand an seine Familie denkt und sie unterstützt.»

Der Weg eines Jugendlichen in die ausserfamiliäre Betreuung ist definitionsgemäss nicht nur von ihm alleine abhängig. Sozialpädagogen und Familienberatende beziehen die Anliegen sämtlicher Familienangehöriger und Bezugspersonen mit ein, um die familiären Interaktionen zu erleichtern. Indem wir bei der ausserfamiliären Betreuung von Jugendlichen den Familienmitgliedern eine aktive Rolle geben, ihnen zuhören, ihre Lebenserfahrung wertfrei und unvoreingenommen respektieren und ihre Ressourcen ins richtige Licht rücken, schaffen



wir die Voraussetzungen für das gegenseitige Verständnis und ebnen damit den Weg für neue Beziehungsformen.

2. Das Kind steht im Mittelpunkt

«Nicht die Fachleute geben dem Jugendlichen die Ziele vor, sondern das aufgrund seiner Bedürfnisse formulierte Projekt. Das Team ist so organisiert, dass es sowohl den Heranwachsenden als auch seine Familie individuell begleiten kann.»

Bei Heranwachsenden, die jegliches Vertrauen in die Erwachsenen verloren haben und die manchmal die Kinderschutzzstellen überfordern, weil sie sich sämtlichen Massnahmen verweigern, bleibt das klassische, häufig auf Kontrolle und Regeleinhaltung ausgerichtete Erziehungsparadigma wirkungslos. Die Fondazione Amilcare stellt das Betreuungsparadigma darum auf den Kopf: Nicht die Einrichtung gibt allgemeingültige Ziele und Regeln vor, denen sich die Jugendlichen unterzuordnen haben, sondern das Team passt seine Funktionsweise nach Möglichkeit den Bedürfnissen der einzelnen Heranwachsenden an und entwirft mit diesen ein individuelles Projekt.

Auf diese Weise wahren wir unsere Verantwortung als Erwachsene gegenüber den Jugendlichen und unserer gemeinsamen Beziehung, ohne ihnen die «Schuld» für ein allfälliges Scheitern ihres Projekts zu geben. Die Begleitung beginnt mit dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Ermitteln der Bedürfnisse der Jugendlichen. Anschliessend entwickeln der Jugendliche, das Team und seine Familie zusammen ein individuelles Projekt, das unter Einbezug aller Fachleute formuliert und schliesslich umgesetzt wird.

3. Mitsprache des Kindes und seiner Familie bei allen Entscheidungen

«Die Jugendlichen kennen ihre Situation und ihr Unbehagen selber am besten.»

Gemäss den Standards von Quality4Children wird das Kind «befähigt, Entscheidungen aktiv mit zu treffen, die direkten Einfluss auf sein Leben haben. Das Kind wird als Experte für sein eigenes Leben anerkannt. Das Kind wird informiert, gehört und ernst genommen, und seine Resilienz [psychische Widerstandsfähigkeit] wird als grosses Potenzial anerkannt.» Um Heranwachsende zur Eigenständigkeit, d.h. zur aktiven Gestaltung ihres Lebens hinzuführen, ist es unseres Erachtens entscheidend, sie von Anfang an wie Erwachsene zu behandeln und zu achten, sie quasi als Experten in eigener Sache anzuerkennen.

Gestützt auf diesen Handlungsgrundsatz vereinbaren die Sozialpädagogen mit den Jugendlichen, ihren Familien und dem fachlichen Netzwerk die verschiedenen Phasen des Betreuungsprozesses. Im

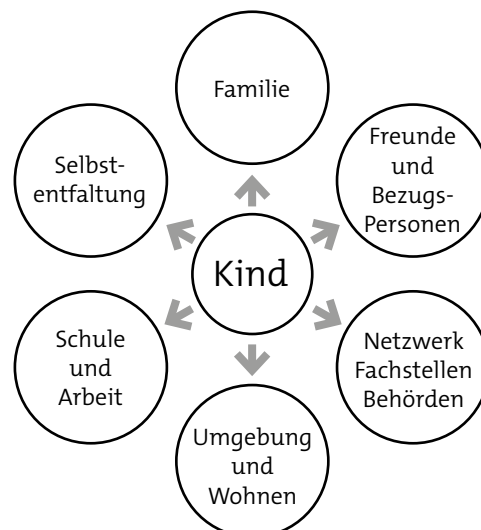
Rahmen ihrer Kompetenzen und unter Einhaltung der europäischen Qualitätsstandards von Quality4Children setzt sich die Fondazione Amilcare dafür ein, dass keine Zwangsmassnahmen – auch nicht im Namen des Kinderschutzes – ergriffen werden. Das sozialpädagogische Team informiert die Jugendlichen, deren Familien und die verschiedenen Fachleute des Netzwerks durch transparente Kommunikation. Die amtlichen Dokumente sind so zu verfassen, dass sie für die Jugendlichen, ihre Familien und das Netzwerk leicht verständlich sind.

4. Das «Wieder-in-Verbindung bringen» mit den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft

«Das Beziehungsnetz bietet Schutz, es verhütet und entschärft Risikosituationen. Nicht die Mauern der Einrichtung schützen die Jugendlichen, sondern die Beziehungen.»

Die Fondazione Amilcare unterstützt die Heranwachsenden, ein persönliches und soziales Wohlbefinden zu erlangen, das Voraussetzung für einen realistischen und praktikablen Lebensentwurf ist. Das «Wieder-in-Verbindung-bringen» verleiht den Jugendlichen eine Identität und einen Platz in unserer Gesellschaft. Die Sozialpädagogen der Fondazione Amilcare haben die Aufgabe, die Jugendlichen in diesem Prozess zu begleiten. Um ihre Arbeit erfolgreich auszuführen, beachten sie dabei die verschiedenen Umweltbereiche und pflegen ein Bewusstsein für die eigenen Werte und Vorurteile.

Durch diese ganzheitliche Sicht lässt sich das relevante Beziehungsumfeld ebenfalls in Not- oder Risikosituationen individuell definieren. Die sechs Umweltbereiche bilden das ökologische und soziale Umfeld, in das die Heranwachsenden eingebettet sind und das es stets zu beachten gilt:



«Indem wir bei der ausser-familiären Betreuung von Jugendlichen den Familienmitgliedern eine aktive Rolle geben, schaffen wir die Voraussetzungen für das gegenseitige Verständnis»

«Wir streben eine Beziehungskontinuität an, die es den Heranwachsenden erlaubt, wieder Vertrauen in die Welt der Erwachsenen zu fassen»

«Fehlverhalten ist häufig Ausdruck eines Leidens»

5. Kommunikation und gemeinsame Verantwortung

«Die Jugendlichen, ihre Familien, die Fachleute des Netzwerks und das Team der Stiftung tauschen sich regelmässig über den Stand der Dinge aus.»

Das sozialpädagogische Team informiert regelmässig über die Entwicklung des Jugendlichen und ermöglicht so allen Mitgliedern des Netzwerks, dazu Stellung zu beziehen. Ein zeitgemässes Netzwerk besteht aus Fachpersonen, die sich die Verantwortung aufgrund ihrer jeweiligen Kompetenzen teilen. Eine unkomplizierte und transparente Kommunikation zwischen der platzierenden Stelle, dem Erziehungsteam, der Familienbetreuung, den Jugendlichen und ihren Familien sowie allfälligen anderen Mitgliedern des Netzwerks ist nach Ansicht der Stiftung unerlässlich. E-Mails eignen sich unseres Erachtens am besten für klare, knappe und formelle Mitteilungen.

Neben kurzen Sitzungen, Treffen, Anrufen und anderen Kommunikationsmitteln wird damit die E-Mail zu einem alltäglichen Arbeitsmittel für den Sozialpädagogen, das gemeinsam mit den Jugendlichen und mit deren Einwilligung das Netzwerk auf dem Laufenden hält. Die Jugendlichen wie auch sämtliche Mitglieder des Netzwerks werden ebenfalls ermutigt, dieses Kommunikationsmittel einzusetzen.

6. Wir lassen Dich nicht hängen: nicht strafende Pädagogik

«Der Sozialpädagoge handelt gegenüber den Jugendlichen und ihren Familien nach dem Prinzip der Beziehungskontinuität, ohne mit Ausschluss zu drohen.»

Der angedrohte oder tatsächliche Ausschluss des Jugendlichen als Erziehungs- oder Sanktionsmassnahme ist im Ansatz der Fondazione Amilcare nicht vorgesehen. Die Beziehungskontinuität bildet die Grundlage des ethischen Engagements, die Heranwachsenden in jeder Phase der Betreuung – von der Aufnahme über die Anpassung der Ziele bis zum Abschluss des gemeinsamen Weges – zu begleiten.

Unsere Arbeit beruht auf bedingungslosem Annehmen, Zuhören und Aufbauen stabiler Beziehungen. Je nach Erfolg der Betreuung, der Zielerreichung oder je nach dem Einhalten der Regeln ist der Sozialpädagoge mehr oder weniger präsent. Dabei vermittelt er mit seiner Anwesenheit, dass die Erwachsenen Verantwortung für die Jugendlichen übernehmen. Wir streben eine Beziehungskontinuität an, die es den Heranwachsenden erlaubt, wieder Vertrauen in die Welt der Erwachsenen zu fassen. Die Sozialpädagogen bleiben mit den Jugendlichen auch nach Abschluss der Betreuung in Kontakt.

7. Umgang mit Regeln und mit Fehlverhalten

«Der Umgang mit Regeln darf die Kommunikation zwischen dem Sozialpädagogen und den Jugendlichen nicht verhindern.»

In der Erziehungsarbeit vermitteln wir den Sinn der geltenden Regeln und müssen daher gelegentlich auch klare Grenzen festlegen. Dies ermöglicht es den Jugendlichen, sich über Auseinandersetzungen zu entfalten und sich gleichzeitig um die Beziehung zu kümmern. Das Team betreut aber auch Heranwachsende, die sich im Kontext von Regeln und Sanktionen nicht zurechtfinden. In diesen Fällen entwickelt der Sozialpädagoge zusammen mit den Jugendlichen die Regel und schafft damit die Voraussetzungen für eine Beziehung, die es den Heranwachsenden ermöglicht, den Sinn der Regel zu verstehen und sie zu verinnerlichen.

Unabhängig vom Verhalten des Jugendlichen bemüht sich das sozialpädagogische Team um eine Grundhaltung der bedingungslosen Akzeptanz – im Bewusstsein der unvermeidbaren Wertungen, Vorurteile und Reaktionen, die gewisses Fehlverhalten bei Erwachsenen hervorrufen können. Wir sind überzeugt, dass Fehlverhalten häufig Ausdruck eines Leidens ist. Wir sind auch überzeugt, dass Kraftproben zwischen Erwachsenen und Jugendlichen die Beziehung beeinträchtigen und das Zuhören und Kommunizieren blockieren.

8. Risiko- und Bedrohungsmanagement

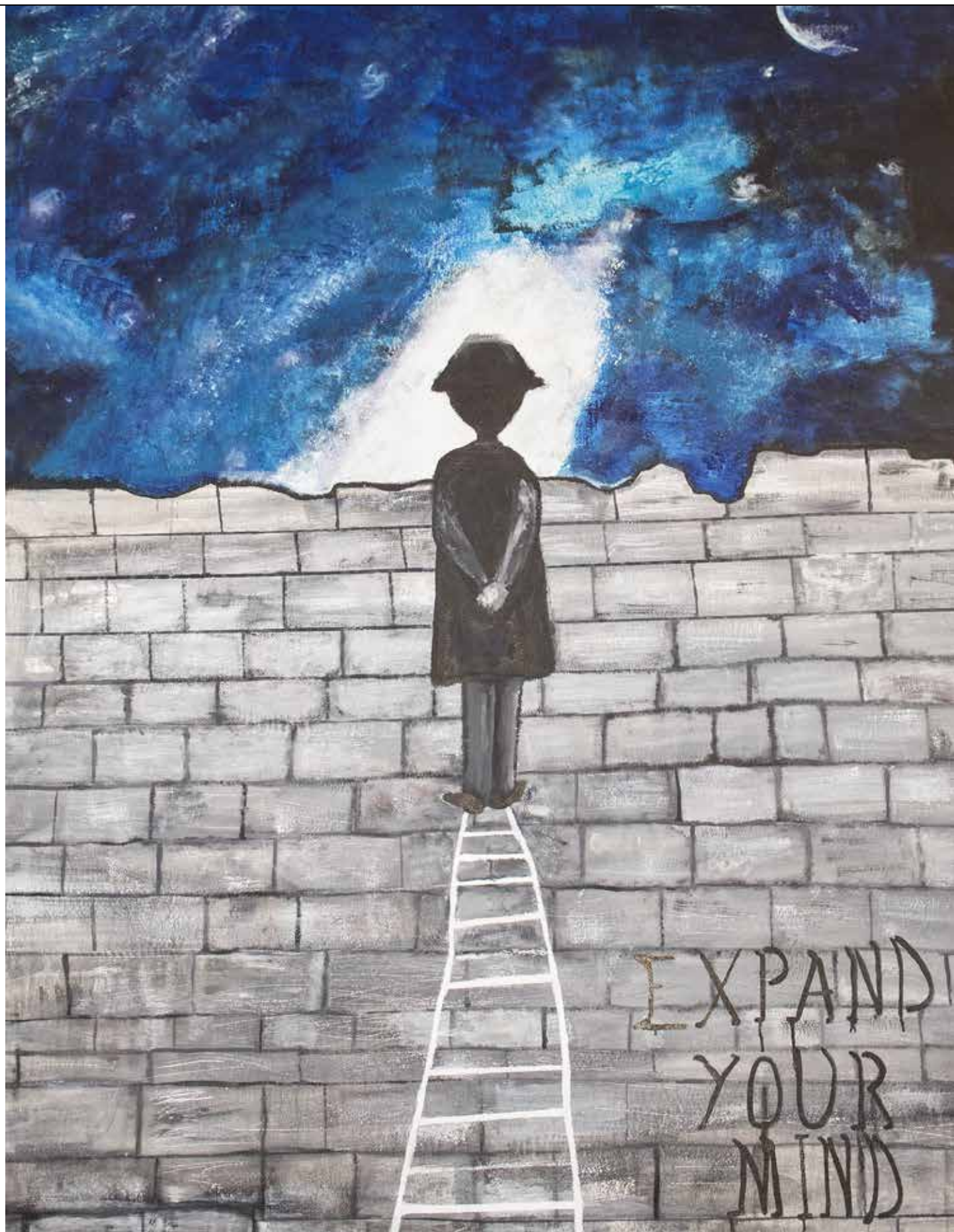
«In Risikosituationen stellt die Erziehungsperson sicher, dass die Beziehung zu den Jugendlichen aufrechterhalten bleibt. Letztere ist und bleibt zentral.»

Die Familie und die Mitglieder des Netzwerks werden über jede Risikosituation informiert, so dass alle über den gleichen Informationsstand verfügen. Auf diese Weise können alle Erwachsenen im Rahmen ihrer jeweiligen Rolle und Funktion ihre Verantwortung im Hinblick auf eine gemeinsame Lösung wahrnehmen.

Fazit

Misshandlungen im Sinne von falschem professionellem Umgang mit Jugendlichen und deren dramatische Auswirkungen lassen sich nur vermeiden, wenn wir die Verantwortung für die Beziehung zu den uns anvertrauten Jugendlichen übernehmen und ihre Rechte wahren. Wie Franco Basaglia 1970 in seiner Abhandlung *Die negierte Institution* schrieb, darf der Mensch, den es zu verstehen gilt, nicht zum Problem werden, das es zu bewirtschaften gilt – d.h. zu einem Patienten, der nicht mehr behandelt, sondern lediglich versorgt wird.

L'articolo originale in italiano è reperibile in forma elettronica su www.prison-info.ch.



Care Leaver brauchen massgeschneiderte Angebote

Das Projekt Nachbetreuung hat bisher rund 80 junge Menschen unterstützt

Care Leaver – junge Menschen, die eine sozialpädagogische Institution oder Pflegefamilie verlassen – sollen beim Schritt in die Selbstständigkeit besondere Aufmerksamkeit erhalten. Das Projekt Nachbetreuung der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime (ZKJ) hat bisher rund 80 jungen Menschen Beratung, Coaching und finanzielle Unterstützung geboten.



Beatrice Knecht Krüger und Gomera Gérard



Beatrice Knecht Krüger (oben) ist Leiterin und Gomera Gérard stellvertretende Leiterin des Projekts «Nachbetreuung – Nachhaltigkeit von Erziehungs- und Bildungsmassnahmen der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime»

Den Schritt in die Selbstständigkeit müssen Care Leaver oft von einem Tag auf den anderen bewältigen, da die Jugendhilfe in den meisten Kantonen mit 18 Jahren endet. Infolge verlängerter Ausbildungsgänge und komplizierteren Identitätsfindungsprozessen hat sich jedoch der Übergang ins Erwachsenenalter bis weit ins dritte Lebensjahrzehnt hinein verschoben. Dieser Veränderung wird in der Schweiz auf gesetzlicher und politischer Ebene noch wenig Beachtung geschenkt. Die Nachbetreuung von jungen Menschen im Übergang von der Fremdplatzierung in die Eigenständigkeit ist vorwiegend willkürlich und unsystematisch geregelt.

Verschiedene sozialpädagogische Institutionen haben ein Angebot mit abnehmender Betreuungsintensität und ermöglichen den Jugendlichen im stationären Setting, zunehmend Selbstständigkeit einzuüben. Einige Einrichtungen bieten den jungen Menschen nach dem Austritt eine Nachbetreuung an, welche die einweisenden Behörden finanzieren. Und gelegentlich werden Care Leaver von ihren ehemaligen Bezugspersonen informell weiterhin unterstützt. Der Weg zu einer systematischen und institutionell verankerten Nachbetreuung ist jedoch noch weit. Damit diese Übergangsbegleitung einheitlicher ausgestaltet und für alle Care Leaver zugänglich wird, muss dieses Thema in der

Forschung und Praxis sowie in der Politik stärker gewichtet werden.

Ein Projekt mit Pioniercharakter

Mit dem im Jahr 2013 lancierten Projekt «Nachbetreuung – Nachhaltigkeit von Erziehungs- und Bildungsmassnahmen» hat die Stiftung ZKJ ein bisher einmaliges Unterstützungsangebot für Care Leaver geschaffen. Das niederschwellige Projekt bietet den jungen Menschen nach dem Austritt Beratung und Coaching bei der Alltagsbewältigung, Ausbildung und beruflichen Integration an. Zudem kann es bei ausbildungs- und berufsbezogenen Auslagen finanzielle Unterstützung leisten. Das fünfjährige Projekt wird massgeblich von der Drosos Stiftung sowie von der Stiftung Mercator Schweiz unterstützt.

Junge Menschen erzielen während ihres Aufenthaltes in einer sozialpädagogischen Institution Fortschritte in verschiedenen Bereichen wie der Persönlichkeitsentwicklung, der Ausbildung, der Sozialkompetenz und beim Selbstmanagement. Sie erhalten bestmögliche Förderung und umfassende Begleitung. Diese vertraute Betreuung endet mit dem Austritt häufig abrupt. Auch wenn Care Leaver gut auf den Austritt und die Zeit danach vorbereitet werden, können während des Übergangs Schwierigkeiten entstehen, die sie aus der Bahn werfen



Das Projekt Nachbetreuung bietet den Care Leavern auch ein Coaching bei der Ausbildung und beruflichen Integration an.

Foto: © Stiftung ZKJ/Bernd Grundmann

und die erzielten Fortschritte gefährden: beispielsweise bei der Ausbildung und am Arbeitsplatz, bei der Stellen- und Wohnungssuche, im Umgang mit Geld und Genussmitteln oder bei der Pflege von Sozialkontakten.

Damit die Integration besser gelingt

Das Projekt Nachbetreuung will die Nachhaltigkeit der pädagogischen Erfolge sicherstellen und verhindern, dass die Care Leaver in alte Verhaltensmuster zurückfallen. Mit der Unterstützung eines Coachs sollen sie zudem ihre Kompetenzen erweitern und die Anforderungen des Alltags, der Ausbildung und des Berufslebens erfolgreich bewältigen. Im Sinne der Prävention ist es entscheidend, dass Care Leaver Unterstützung bekommen, bevor sich kleine Probleme zu grossen Krisen entwickeln. Wenn Schwierigkeiten rechtzeitig erkannt werden, können bereits kurze Interventionen möglichen Fehlentwicklungen vorbeugen. Die Nachbetreuung entlastet und unterstützt Care Leaver in den kritischen Momenten

des Selbstständigwerdens, damit ihnen die soziale und berufliche Integration langfristig besser gelingt und sie in Zukunft ein eigenständiges und selbstverantwortliches Leben führen können.

Unterstützung sofort oder später möglich

Nachbetreuung wird allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen angeboten, die mindestens sechs Monate in einer der 14 beteiligten Institutionen der Stiftung ZKJ platziert waren und die obligatorische Schulzeit abgeschlossen haben. Zudem wird vorausgesetzt, dass sie einer Ausbildung oder Arbeit nachgehen, ein Brückenangebot besuchen oder auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind. Kurz vor dem Austritt werden alle jungen Menschen dieser Zielgruppe über das freiwillige und kostenlose Angebot der Nachbetreuung informiert. Bei unmittelbarem Unterstützungsbedarf kann die Beratung oder das Coaching nach dem Austritt nahtlos beginnen.

«Die Nachbetreuung von jungen Menschen nach der Fremdplatzierung ist vorwiegend willkürlich und unsystematisch geregelt»

«Care Leaver müssen Unterstützung bekommen, bevor sich kleine Probleme zu grossen Krisen entwickeln»

«Zu wissen, dass sie sich bei Schwierigkeiten an eine Vertrauensperson wenden können, vermittelt ihnen ein Gefühl von Sicherheit»

Um einen allfälligen Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt zu ermitteln, werden die jungen Menschen wiederholt von ihrer ehemaligen Bezugsperson angerufen und zu ihrer momentanen Lebenssituation befragt. In vielen Fällen können aktuelle Fragen und kleinere Probleme direkt am Telefon geklärt sowie nützliche Tipps, Informationen und Adressen vermittelt werden. Besteht ein grösserer Unterstützungsbedarf, kann ein Coaching begonnen werden. Dabei stellt die Beziehung zur ehemaligen Bezugsperson als Vertrauensbasis für die Kontaktaufnahmen und eine allfällige Nachbetreuung eine wichtige Ressource dar. Die Ehemaligen können sich aber auch selbst beim Projekt melden und unkompliziert Unterstützung anfordern.

Positive Zwischenbilanz

Seit Beginn des Projekts sind über 500 Jugendliche und junge Erwachsene ins Projekt aufgenommen worden. Sie befinden sich mehrheitlich beruflich, finanziell und im Wohnbereich noch in einer Übergangsphase, die diverse Herausforderungen und Unsicherheiten mit sich bringen kann. Trotzdem haben nicht alle Interesse oder Bedarf an einer Nachbetreuung. Viele Care Leaver möchten es nach dem Austritt alleine versuchen. Dennoch freuen sie sich über das Angebot und schätzen es, dass sie im Bedarfsfall auf Unterstützung zurückgreifen können. Die Gewissheit, sich bei aufkommenden

Fragen oder Schwierigkeiten an eine Vertrauensperson wenden zu können, vermittelt ihnen ein Gefühl von Sicherheit.

Mit rund 80 jungen Menschen haben bisher bereits mehr als 550 Beratungs- und Coachinggespräche stattgefunden. Die Unterstützung wird den individuellen Bedürfnissen der Care Leaver angepasst. Einigen genügen wenige telefonische Beratungen, um administrative Fragen zu klären und Rat zu konkreten Anliegen einzuholen. Wie finde ich günstigen Wohnraum? Ist mein Arbeitszeugnis akzeptabel? Wie soll ich mit dem Lehrlingslohn meinen Lebensunterhalt finanzieren? Manche wünschen sich eine Begleitung zu einem schwierigen Gespräch beim Chef oder bei einem unangenehmen Behördengang. Andere brauchen eine intensivere Begleitung mit regelmässigen Coachings, um sich beruflich neu zu orientieren, eine Lehrstelle zu finden oder Familienzwistigkeiten zu bewältigen. Die persönliche Begleitung durch eine Vertrauensperson vermittelt den jungen Menschen Motivation, Orientierung und emotionalen Halt.

Die Rückmeldungen zum niederschwelligen und flexiblen Unterstützungsangebot der Stiftung ZKI sind positiv: 95 Prozent der jungen Menschen, die bisher eine Nachbetreuung regulär abgeschlossen haben, waren damit mehrheitlich oder sehr zufrieden. Wie die bisherige Erfahrung bestätigt, ist diese Übergangsbegleitung wichtig, um die Chancengleichheit und nachhaltige Integration in Beruf und Gesellschaft sichern zu können. Dieses Praxismodell ist ein innovativer Schritt, doch im rechtlichen und politischen Bereich müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Blick gezielt auf die Care Leaver zu lenken und mit spezifischen Angeboten ihrer besonderen Situation gerecht zu werden.

Besondere Risiken für Care Leaver

Care Leaver, so zeigt die internationale Forschung auf, sind im Vergleich zu jungen Menschen, die im familiären Umfeld aufwachsen, besonderen Risiken ausgesetzt. Meist machten biographische Belastungen eine Fremdplatzierung nötig: ein dysfunktionales Familiensystem, eine psychische Beeinträchtigung, eine Suchtmittelabhängigkeit oder delinquentes Verhalten. Zudem sind sie vermehrt sozial benachteiligt. Sie leben in weniger stabilen privaten Netzwerken und sind häufiger mit Beziehungsabbrüchen konfrontiert. Care Leaver sind weiter ökonomisch benachteiligt: Sie haben geringere materielle Ressourcen und weniger familiären Support; sie leben nicht selten in instabilen Wohnsituationen oder sind gar von Obdachlosigkeit bedroht. Im Gegensatz zu Gleichaltrigen verfügen sie über weniger Bildungsqualifikationen und sind vermehrt arbeitslos. Insgesamt haben Care Leaver ein höheres Risiko, sozial ausgegrenzt zu werden.

Bei den wenigsten Jugendlichen verläuft der Weg in die Selbstständigkeit gradlinig, oft gibt es Yo-Yo-Effekte mit Abbrüchen, Neuanfängen und Umwegen. Die Übergänge sind reversibel, d.h. sie lassen sich nötigenfalls auch wieder rückgängig machen und erfolgen meist nicht in allen Bereichen gleichzeitig. Der Übergang für Care Leaver dagegen ist irreversibel, ihnen fehlt die Möglichkeit, bei Krisen in die stationäre Unterbringung oder zur Pflegefamilie zurückzukehren. Vielfach müssen sie die Übergänge in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Sozialkontakte zeitgleich bewältigen, was eine grosse und manchmal unüberwindbare Herausforderung darstellt. Damit sind sie deutlich benachteiligt gegenüber den Gleichaltrigen, die von ihrer Herkunftsfamilie auf dem Weg in die persönliche und berufliche Eigenständigkeit unterstützt werden und bei Bedarf nach Hause zurückzukehren können.

Über blinde Flecken in der Fremderziehung nachdenken

Ein Rückblick auf 100 Jahre Erziehung in Kinder- und Jugendheimen

Allmählich kommt Licht ins Dunkel der Geschichten aus Schweizer Kinder- und Jugendheimen. Viel wurde in den letzten Jahren geforscht und geschrieben. In der Geschichte der «Niemandskinder» – so nannte der Gründer die Kinder und Jugendlichen in den zahlreichen Heimen der Bündner Stiftung Gott hilft – habe ich nach blinden Flecken in der Fremderziehung der letzten 100 Jahren gesucht. Über diese lohnt ein Nachdenken auch heute.

Christine Luchsinger

Vier blinde Flecken möchte ich hier vorstellen. Sie handeln von den Überlebensstrategien der Kinder in den Heimen und von der Sackgasse, in welche die Pädagogik geriet, als sie die Kinder als Opfer zu betrachten begann. Auch das Bild einer Familie als die erzieherische Grundform, sogar im Heim, machte blind für den Schaden, den dieses Bild in der Fremderziehung anrichtete. Und schliesslich sei mir ein provokativer Blick auf die heutige kopflastige Praxis erlaubt.

Überlebensstrategien

Karli kam in ein Kinderheim, weil er tagsüber sich selbst überlassen und «häufig bis in die Nacht auf der Strasse zu finden» war. Dora war «an Leib und Seele ungepflegt, ein typisches Gassenkind, grob im Reden und im Handeln und an Arbeit überhaupt

nicht gewöhnt». So beschrieb der Heimleiter zwei neu eintretende Kinder in den 1920er Jahren. Und so würde man heute sicher nicht mehr urteilen.

Dennoch sind Karli und Dora heutigen Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen nicht so unähnlich: Sie erfuhren wenig Normen und waren früh auf Selbständigkeit angewiesen. Sie schlugen sich durch (teilweise im wörtlichen Sinn), wurden schlau und lernten, sich das Überleben zu sichern.

Natürlich prallen im Kinderheim diese Überlebensstrategien mit den Normen der Erziehenden aufeinander, früher ebenso wie heute. Für die Erziehenden setzt damit die Gratwanderung zwischen Verständnis und dem Ziehen von Grenzen ein. Um in dieser Gratwanderung erfolgreich zu sein, schuldet man den Kindern und Jugendlichen Respekt.



Die promovierte Historikerin Christine Luchsinger arbeitete von 2001 bis 2014 als stellvertretende Chefin des Amtes für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich, wo sie unter anderem für die Kinder- und Jugendheime zuständig war. 2016 ist ihr Buch «Niemandskinder», Erziehung in den Heimen der Stiftung Gott hilft 1916 – 2016 erschienen.



Zizerser Heimkinder kehren von der Arbeit zurück; nicht alle lachen (Foto um 1930).

Sie waren und sind Menschen, die mit Schlaueit, Anpassung oder Widerstand versuch(t)en, aus einer desolaten Situation das Beste zu machen.

Vom selbständigen Kind zum Opfer

Was banal tönen mag, war ein langer Weg in der Geschichte der Fremderziehung. In den Erziehungsberichten aus den Anfängen der Stiftung ist manchmal die Rede von einem eigentlichen «Kampf» in der Erziehung – den man sich auch durchaus als solchen vorstellen kann. Die Erziehenden, die zwar am längeren Hebel sassen, waren teilweise auf der Hut vor den Jugendlichen. Manche waren den Strategien der Kinder nicht gewachsen. Die Erziehenden verfügten über keine Ausbildung; Erziehung, sofern sie sich nicht auf die Schule bezog, galt als natürliche Fähigkeit insbesondere der Frauen. Es gab denn auch zu allen Zeiten Erziehende mit einer empathischen Begabung, die den Jugendlichen ebenbürtig begegneten. Aber das waren Glücksfälle.

Ab den 1970er Jahren bestimmte die Psychologie die Erziehungsmethoden; Kinder wurden nun in erster Linie als Opfer gesehen. Sie waren Opfer einer psychischen oder neurologischen Störung oder Opfer ihrer bisher gescheiterten Erziehung oder aber sie waren von der Gesellschaft «Verführte». Von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die nun eine mehrjährige Ausbildung durchliefen, wurde viel Verständnis für die Kinder und zunehmend auch für deren Eltern erwartet. Dies barg die Gefahr, dass die Grenze von der Erziehung zu einem therapeutischen Setting verschwamm – was natürlich wiederum zu Überforderungen führte. Auf diesem neuen Grat zwischen Erziehung und Therapie balancieren die Erzieherinnen und Erzieher bis heute. Ein Beispiel dafür ist die Traumapädagogik, die höchste Ansprüche an die Erziehenden stellt.

Die Tatsache, dass viele der Kinder Opfer waren und sind, macht es umso wichtiger, nach Wegen einer Erziehung in Ebenbürtigkeit zu suchen. Denn eine gelingende Erziehung ist nicht möglich, solange Kinder und Jugendliche auf den Opferstatus reduziert werden.

Wie eine Familie?

Im Hinblick auf die Umsetzung der Kinderrechte ist die professionelle Erziehung – also die Sozialpädagogik – der familiären Erziehung heute einen Schritt voraus. Und dennoch geistert das Bild von der Familie als der Grundform zur Erziehung weiterhin durch manche professionelle Institution. Woher kommt das?

Die Heime der Stiftung Gott hilft arbeiteten – wie andere Heime auch – ab den 1930er Jahren nach dem so genannten Familienprinzip. Kinder und Jugendliche wurden dazu in altersdurchmischte Gruppen bis

zwölf Kinder aufgeteilt, Mädchen und Jungen lebten bis ca. zwölfjährig zusammen in diesen Gruppen.

Das Familienprinzip bedingte mehr Personal, was der Betreuung zuträglich war. Als Fortschritt wurde es aber vor allem betrachtet, weil man mit dem Familiensystem das christlich-bürgerliche Familienideal des 19. Jahrhunderts auf die Heime übertrug: Das Heim sollte als Ersatz für die ursprüngliche Familie gelten. Die Heimleiterinnen waren aufgefordert, den Kindern ein «echtes Zuhause» zu bieten. Bei Gott hilft standen den einzelnen Heimen meist «Hausmütter» vor. Sie sollten von den Kindern «Mueterli» oder ähnlich gerufen werden, die Mitarbeitenden wurden «Onkel» und «Tante» genannt.

Die Familie als Erziehungseinheit auch für die Fremderziehung war über das gesamte 20. Jahrhundert der stärkste Topos in der Heimlandschaft. Es fällt Vielen bis heute schwer, sich überhaupt eine Erziehung ohne das Bild einer Familie vorzustellen. Dies gilt aber nur für die Erwachsenen. Die Kinder und Jugendlichen in den Heimen unterschieden zu allen Zeiten sehr klar zwischen ihrer Familie und dem Heim. Für sie blieb die Herkunftsfamilie unverrückbar ihre Familie, selbst wenn diese schlecht oder nicht funktionierte. Es gab natürlich Ausnahmen; Jugendliche, die von ihren Eltern nichts mehr wissen wollten oder Kinder, die als Säuglinge ins Heim gekommen waren und ihre Familie gar nicht kannten. Dabei handelte es sich meist um so genannt uneheliche Kinder, die ledigen Müttern oft einfach weggenommen worden waren.

Dennoch berichteten viele Ehemalige von ihrem grossen Schreck, wenn sie zu der fremden Heimleiterin «Mutter» sagen sollten. Im Gespräch formulierten sie deutlich ihre unterschiedliche Wahrnehmung der Bindung an die Eltern und an die Erziehenden. Eng oder prägend konnten beiderlei Beziehungen sein, aber niemals gleich und selten vergleichbar.

Im Gegensatz zu den Erwachsenen bildeten die Jugendlichen differenzierte Bilder aus zu den verschiedenen Erziehungssettings, in denen sie aufwuchsen. Nur die Erwachsenen anerkannten kein anderes Bild als «richtig» als das der Familie. Zudem war es meist ein sehr idealisiertes Bild von der Familie.

Im Nachhinein ist klar: Das Bild der «Heimfamilie» hat auch grossen Schaden angerichtet. Es stürzte Heimkinder und –jugendliche über viele Jahrzehnte in unlösliche Loyalitätskonflikte zwischen den leiblichen Eltern und den Bezugspersonen im Heim. Oft mussten sie ihre Sympathie für die einen vor den anderen verstecken. Und es brachte die Heimerziehenden in teilweise üble Konkurrenzsituationen gegenüber den Herkunftsfamilien. Diese Konflikte brauchten nicht nur sehr viel Energie, sondern standen der Unterstützung der Jugendlichen auch diametral entgegen.

«Es gab zu allen Zeiten Erziehende mit einer empathischen Begabung, die den Jugendlichen ebenbürtig begegneten. Aber das waren Glücksfälle»

«Dass viele der Kinder Opfer waren und sind, macht es umso wichtiger, nach Wegen einer Erziehung in Ebenbürtigkeit zu suchen»



Heimkinder bei der Kartoffelernte (Foto um 1920)



Kinderheimfamilie in Zizers (Foto um 1955)

«Verkopfte» oder ebenbürtige Erziehung?

Heute lernen Jugendliche in Heimen sich selber zu reflektieren. Sie können in der Regel wesentlich differenzierter über ihre Stärken und Schwächen reden als Gleichaltrige, die in ihren Herkunftsfamilien aufgewachsen sind. Ihre Erziehung funktioniert mit Zielvereinbarungen, quantifizierbaren Teilzielen und Zielauswertungen, bei denen sie aktiv mitgestalten sollen. Mit Dora, die am Anfang dieses Artikels vorgestellt wurde, würde ein Pädagoge heute zum Beispiel vereinbaren, dass sie jedes Mal, wenn sie «grob» redet, von ihm ein Zeichen erhält und sich daraufhin zu entschuldigen hat. Gezählt und ausgewertet würden dann die «entschuldigenden» und die «nicht entschuldigenden» verbalen Ausrutscher. – Wer keine Heimzeit hinter sich hat, lernt den Umgang mit Zielvereinbarungen in der Regel erst als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer im Betrieb!

Das neue professionelle Vorgehen hat zu größerer Transparenz und damit zu weniger Willkür in der Fremderziehung geführt. Es zielt auf eine ebenbürtige Wahrnehmung der Jugendlichen durch die Erziehenden ab. Die Kehrseite ist allerdings eine Kopflastigkeit, die einigen Kindern und Jugendlichen schwer fällt und ihnen nicht gerecht wird.

Historisch hat diese «Verkopfung» auch durch die zunehmende Bedeutung der Schule und die abnehmende Bedeutung der gemeinsamen Arbeit im Wald oder auf dem Feld stattgefunden. Sowohl Bauern- wie Heimkinder hatten in körperlicher Arbeit Stärke beweisen können und von Familienmitgliedern oder vom Heimpersonal eventuell sogar Dank dafür erhalten. Sie waren Teil einer Gemeinschaft gewesen, die zusammen das Überleben zu sichern hatte. Natürlich darf man das nicht romantisieren; Schläge, Überforderung und Undank gehörten genauso dazu. Als aber nach dem Zweiten Weltkrieg die körperliche Mitarbeit kaum mehr eine Rolle spielte und die Disziplinierung von der Schule übernommen wurde, fehlte einem Teil der Jugendlichen etwas: Die Schule bot ihnen keine Möglichkeit der Selbstbestätigung; meist waren es so genannte schwache Schüler, denen ihre körperliche Stärke und Geschicklichkeit nunmehr wenig Lob einbrachte.

Auch der veränderte Umgang mit körperlicher Nähe betont die Kopflastigkeit. Die öffentliche Debatte um Missbrauchsfälle in Erziehungseinrichtungen hat die Körperkontakte zwischen Erziehenden und den Kindern auf ein Minimum, wenn nicht auf Null sinken lassen. Was zwar mehr als verständlich und angesichts der Übergriffe als angebracht erscheint, wird in den nächsten Jahren zu diskutieren sein: Ein Tabu von Körperlichkeit in der Fremderziehung dürfte für Kinder und Jugendliche schwer zu ertragen sein.



Festlich geschmückte Heimkinder
(undatiertes Foto)

Im Bemühen, moralische Urteile und Diskriminierungen zu verhindern, hat sich auch der Sprachgebrauch im Heimbereich deutlich und immer schneller verändert: Aus «lügnerischen» oder «verhaltensgestörten» Kindern wurden «Kinder mit gesellschaftlich nicht angepassten Lösungsstrategien» oder «verhaltensauffällige», später «verhaltensoriginelle» Kinder.

Trotz gutem Willen tendiert dieses Bemühen um ein «korrektes» Sprechen im Alltag dazu, floskelhaft zu werden. Ein ebenbürtiger Ansatz in der Erziehung verlangt mehr; er bedeutet, dort anzusetzen, wo der Jugendliche steht und nicht dort, wo ihn der Erzieher haben will. Das kann einschliessen, dass der Erwachsene etwas bei sich verändern muss, um dem Jugendlichen einen Ausweg aus einer festgefahrenen Situation zu ermöglichen. Mit Nachge-

ben hat dies zwar nichts zu tun, aber mit Einfühlungsvermögen und einer grossen Standfestigkeit der Erziehungsperson. – Hut ab, wenn es gelingt!

Ein Fazit? Kinder- und Jugendheime sind heute nicht mehr mit denjenigen von vor hundert Jahren zu vergleichen. Oder doch? Auch wenn (fast) alles anders geworden ist, lohnt sich der Blick zurück schon nur wegen der Frage, wo wohl heute die blinden Flecken liegen mögen.

«Das Bild der «Heimfamilie» stürzte Kinder und Jugendliche in unlösbare Loyalitätskonflikte zwischen den leiblichen Eltern und den Bezugspersonen im Heim»



Fünf Fragen an Patrick Cotti

«Wir arbeiten intensiv und mit Freude an einer professionellen Plattform, um uns die Zusammenarbeit zu erleichtern»

Patrick Cotti ist seit dem 1. August 2017 Direktor des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV). Zuvor hat er verschiedene Berufe ausgeübt: Er war unter anderem Journalist, leitend in der Suchtarbeit und in Qualifizierungsprogrammen für Erwachsene tätig, Direktor der Strafanstalt Zug, Regierungsrat und Direktor des Laufbahnzentrums der Stadt Zürich.



#prison-info: Was hat Sie motiviert, sich um die Stelle des Direktors des Schweizerischen Kompetenzzentrums Justizvollzug zu bewerben und welche Erfahrungen Ihrer vielseitigen beruflichen Laufbahn kommen Ihnen bei Ihrer neuen Aufgabe besonders zugute?

Patrick Cotti: Nach der Neugestaltung der Angebote und Reorganisation des Laufbahnzentrums war ich nach fünf Jahren bereit, mit einer neuen interprofessionellen Crew betriebliches Neuland aufzusuchen und zu betreten. Es ist ein grosses persönliches Glück, dass ich dabei in ein bekanntes Umfeld komme: Ich kenne die Freuden und Leiden des Justizvollzugs durch die Planung und den Bezug einer neuen Anstalt, die Fragestellungen um effiziente Betriebsabläufe und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden und externen Stellen, die Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung von Sicherheitsansprüchen an Gebäulichkeiten und im Alltag, der lebenswürdig gestaltet werden muss, für Mitarbeitende wie Gefangene. Ich leite gerne durchmischte Teams, vor allem auch dann, wenn Wissenschaft und Praxis zusammenkommen und hoheitliche Aufgaben zu erfüllen sind, auf deren Fragestellung nicht einfache Antworten zu geben sind. Auch ist mir das politische Parkett gut bekannt, sei dies als Gemeinderat in der Legislative oder als Bildungsdirektor in konkordatlich verankerter Zusammenarbeit und im Spannungsfeld zwischen Bund und Kantonen.

Das Kompetenzzentrum soll die Professionalisierung und Harmonisierung des Justizvollzugs in der Schweiz vorantreiben. Können Sie dieses Ziel etwas konkretisieren?

Es gibt verschiedene künftige Leistungsbereiche, welche das im Justizvollzug tätige Personal und die involvierten Ämter, Stellen und Berufsgruppen betrifft, wie Sicherheit, Aus- und Weiterbildung, interdisziplinäre Zusammenarbeit, Planung von Platzangebot und gemeinsame Umsetzung von Leistungsansprüchen zur Unterbringung in verschiedenen Haftsituationen etc. Diese Fragen zur interkantonalen Zusammenarbeit wollen kooperativ geklärt und gelöst werden. Dabei steht der föderalistisch getriebene Wille zur Professionalisierung ohne Bundesdiktat im Vordergrund, aber auch die Einhaltung von gesetzlichen Rahmenbedingungen und verschieden gelebtem Berufsethos in einer kulturell differenziert geprägten Schweiz. Weiter erfordern Gesundheit und Bildung der Gefangenen überregionale Standards.

Wird es angesichts der Unterschiede zwischen den Kantonen und Sprachregionen möglich sein, gemeinsame Lösungen zu finden und enger zusammenzuarbeiten?

Ja. Wir planen intensiv und mit Freude an einer Plattform der Begegnung, auf welcher die gemeinsam definierten Themen bespielt und in interdisziplinär ausgestalteten Prozessen weiter vorangebracht werden können. Dabei

haben wir das Ziel vor Augen, in allen Leistungsbereichen minimale Standards zu formulieren, welche die Zusammenarbeit und die Professionalisierung erleichtern.

Wie schreiten die Arbeiten am Aufbau des Kompetenzzentrums voran und wann werden sie abgeschlossen sein?

Der Stiftungsrat SKJV hat den Rahmen des Umsetzungsprojektes mit zwölf Teilprojekten genehmigt. Wir konkretisieren zurzeit die Aufgabenstellungen in den Teilprojekten. Das neue Kompetenzzentrum wird am 1. August 2018 – zeitgerecht – starten. Einzig die Integration des Leistungsbereichs BiSt (Bildung der Inhaftierten) ins Kompetenzzentrum wird voraussichtlich erst 2020 erfolgen.

Der Straf- und Massnahmenvollzug ist eine Verbundaufgabe: Inwieweit ist der Bund beim Aufbau des Kompetenzzentrums involviert?

Der Bund beteiligt sich aufgrund der Bundesgesetzgebung finanziell mit rund 1.4 Mio. am neuen Kompetenzzentrum SKJV, ausserdem ist der Bund neben den Kantonen selbst Stifter und im Stiftungsrat vertreten.

Vierzig Jahre Gefängnis Champ-Dollon

Ein Gefängnis, das trotz aller Polemik sein Gleichgewicht gefunden hat

Seit vierzig Jahren erfüllt Champ-Dollon seine Rolle, zu strafen, die Gesellschaft vor Personen zu schützen, die ihre Regeln nicht einhalten, zugleich aber auch diesen Personen eine Zukunft zu bieten. Dieser Aspekt der Einrichtung wird immer noch verkannt. Ein neues Buch behandelt eingehend die Bewährungshilfe, die einen wesentlichen Teil des Lebens im Gefängnis ausmacht.

Christophe Vuilleumier

«Champ-Dollon erschien wie die Absicht, die Frage nach dem Menschsein aufzuwerfen»



Christophe Vuilleumier ist Präsident der Société d'histoire de la Suisse romande und Autor einer Reihe von Büchern. 2017 ist «Champ-Dollon, les Quarantièmes rugissants» erschienen.

Die Geschichte der Schweizer Strafanstalten interessiert die Forschenden seit einigen Jahren. Robert Roth: *Pratiques pénitentiaires et théorie sociale* (1981) und Claudia Curti: *Die Strafanstalt des Kantons Zürich im 19. Jahrhundert* (1988) hatten mit ihren Büchern über die Genfer bzw. Zürcher Gefängnisse den Weg für dieses Thema bereitet. Darauf folgten Werke über bestimmte Strafanstalten wie das Buch von Henri Anselmier: *Les prisons vaudoises* (1993) oder in jüngerer Zeit die Arbeiten von Geneviève Heller: *La Maison d'éducation de Vennes* (2012), Markus Brühlmeier und Verena Rothenbühler: *Im Tobel der Busse* (2014) und des Statistikers Daniel Fink: *Strafrecht, Freiheitsentzug, Gefängnis* (2015).

Ein verkannter Aspekt

Das dieses Jahr im Verlag Slatkine erschienene Werk Champ-Dollon, les Quarantièmes rugissants kommt auf die Geschichte des an der Landesgrenze gelegenen, grössten Untersuchungsgefängnisses der Schweiz zurück. Es ergänzt eine erste Studie, die vor zehn Jahren durchgeführt wurde (Christophe Vuilleumier: *La prison de Champ-Dollon, 1977–2007, 30 ans d'histoire*, 2007). Es geht besonders auf die religiösen Fragen ein, die seit einigen Jahren immer dringlicher werden, sowie auf die Dimension der Betreuung, die in der Anstalt entwickelt wurde. Dieser Aspekt der Einrichtung – die Bewährungshilfe, die den Inhaftierten während des Strafverfahrens und des Strafvollzugs soziale Unterstützung gewährt und ihnen Ausbildungsmöglichkeiten anbietet – wird immer noch verkannt. Und dies obwohl es sich um eine positive Herausforderung handelt, um ein Erbe der Rechtskultur der Aufklärung, namentlich des Gedankenguts von Cesare Beccaria, wonach die Vervollkommenheit der Erziehung die beste Prävention von Straftaten ist.

Empfänger eines Erbes

Das 1977 erbaute Gefängnis Champ-Dollon erscheint wie der Empfänger eines Erbes, einer Erfahrung und einer Reflexion, die sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts entwickelt hat, das geprägt war vom Zweiten Weltkrieg, von

der einsetzenden Diskussion über die Problematik des Einsperrens, der Zeit Foucaults und der philosophischen Strömung, die den Menschen und seine Zukunft hinterfragte. Da in der Schweiz massgebende Konzepte für die Ausgestaltung der Haft fehlten, erkundeten die Initiatoren der neuen Anstalt die zahlreichen architektonischen Formen des Einsperrens. Rasch zog das skandinavische Modell, das damals als Musterbeispiel für einen auf das Gefängniswesen angewandten Humanismus galt, seine Aufmerksamkeit auf sich.

Nach dem Bau der neuen Haftanstalt hatte das veraltete Gefängnis Saint-Antoine nur noch einen Erinnerungswert und die sanitären und sicherheitsbezogenen Probleme des alten Gebäudes, die in Genf früher Gegenstand heftiger Diskussionen waren, gerieten mit der Zeit in Vergessenheit. Doch aufgrund neuer Probleme wie der Überbelegung, der Häufung psychiatrischer Fälle oder dem Zusammenleben verfeindeter Ethnien auf kleinstem Raum ist die Anstalt Champ-Dollon immer wieder ins Rampenlicht der Aktualität gerückt.

Ein Spiegel der Gesellschaft

Das Gefängnis ist ein Spiegel der Gesellschaft, einer Gesellschaft, die sich nach den Worten Albert Camus' am Zustand ihrer Gefängnisse misst. Im Gegensatz zum Untersuchungsgefängnis Bois-Mermet, das 1905 für kleine Gauner oder für Grosskriminelle geschaffen wurde, die auf die Verhandlungen am Bundesgericht warteten, und dessen panoptischer Aufbau Stein gewordenes Zeugnis einer ganzen Epoche ist (Christophe Vuilleumier: *Ombres et lumières du Bois-Mermet*, 2014), erschien Champ-Dollon wie die Absicht, die Frage nach dem Menschsein aufzuwerfen. Denn das Gefängnis ist nicht nur ein Ort der Haft, sondern auch ein Ort des Lebens, guter oder schlechter Erfahrungen, die eine Generation nach der anderen Generation zwangsweise machen muss. Ein Ort des Lebens für die Beschuldigten und die Verurteilten, aber auch für das Personal, das hier seine Laufbahn absolviert. Das Universum der Häftlinge, der Fachleute für Justizvoll-



Die Sicherheit lastet im Wesentlichen auf den Schultern der Fachleute für Justizvollzug. Die Anordnung der Gebäude und deren Einrichtung (Bild: Nebengebäude Cento Rapido) sind von untergeordneter Bedeutung und lösen nicht alle Probleme der Aufsicht im Gefängnis. Foto: Victor Fatio



Der Fachmann für Justizvollzug ist ein Moderator und spielt eine unverzichtbare Rolle bei der Beruhigung der Situation. Er kennt die Häftlinge, ihren Gesundheitszustand und die Gefahr, die von ihnen ausgeht. Foto: Victor Fatio

zug und aller Akteure, die sich innerhalb der Mauern bewegen, hat somit für alle, die sich für Politik und Justiz interessieren, eine starke symbolische Bedeutung.

Indem diese Vergangenheit ans Licht gebracht wird, können sich sowohl Experten als auch Laien ein Bild davon machen, welche Entwicklung bisher stattgefunden hat und welche Fragen in jeder Epoche gestellt wurden. Die Kenntnis der eigenen Geschichte bildet ja die Grundlage für die Beurteilung der eigenen Situation und Realität – einer Realität, die natürlich je nach Entwicklung der Kriminalität, aber auch je nach institutionellem, ethischem und moralischem Wandel anders aussieht. Dabei kann auch die Realität der Schweiz von den vielgestaltigen Realitäten der europäischen Länder abweichen.

Eine Gleichung, verschiedene Ergebnisse

Denn entsprechend der Politik auf dem Gebiet der Justiz und der Repression steigt oder sinkt die Anzahl der Verurteilungen, was sich wiederum negativ bzw. positiv auf das Klima in den Gefängnissen und folglich auf die Möglichkeiten zur Wiedereingliederung der Inhaftierten und auf die öffentlichen Finanzen auswirkt. Das Ergebnis dieser Gleichung fällt in den verschiedenen Ländern Europas je nach Massgabe der Entscheide der betreffenden Regierungen anders aus. Allseits bekannt sind die Beispiele der Niederlande und Schwedens, wo die Belegung der Strafanstalten dank der Einführung von Alternativen zur Haftstrafe wie den elektronischen Fussfesseln, therapeutischen Auflagen oder gemeinnütziger Arbeit und dank

der geringen Rückfallquote spektakulär zurückgegangen ist.

Diese Ergebnisse lassen sich zum Teil auf die Sozialpolitik dieser Länder zurückführen, die Therapien zur «Entkriminalisierung» eingeführt haben und hauptsächlich auf die Wiedereingliederung setzen. Sie beruhen aber auch, um nicht zu sagen in erster Linie, auf einem allgemeinen Rückgang der gewöhnlichen Kriminalität. Die Gründe dafür sind allerdings weiterhin sehr umstritten. Der Rückgang wird einerseits mit dem stetigen Einsatz der Polizei und der Weiterentwicklung der Überwachungssysteme erklärt, andererseits vereinzelt auch mit der Alterung der Bevölkerung oder mit der Erziehung. Die Ergebnisse hängen somit von verschiedenen Gründen ab, die nicht alle objektiviert

werden können und zwangsläufig nicht alle Facetten einer Problematik berücksichtigen, die über den einzelnen Verurteilten und die Institutionen hinausgehen. Dazu gehören beispielsweise das Bedürfnis der Opfer und ihrer Familien nach Gerechtigkeit und ihre berechtigten Erwartungen.

Kampf gegen die Überbelegung

Genf hat sich wie Frankreich an der «mathematischen Realität» orientiert und für ein Szenario entschieden, wonach die Infrastruktur für den Strafvollzug erweitert

werden muss, damit die Überbelegung des Gefängnisses behoben werden kann – eine Überbelegung, die eine «Verrohung» der Haft und der Inhaftierten sowie Spannungen im Justizvollzugspersonal zur Folge hat. In Champ-Dollon kommen die Auswirkungen dieser Politik in den zahlreichen Umbauten und Nebengebäuden rund um das Gefängnis zum Ausdruck. Doch es wäre nicht objektiv, sich ausschliesslich auf diese Feststellung zu beschränken. Denn das seit bald zwei Jahrhunderten in Genf geschaffene System der Bewährungshilfe verfolgt die gleiche Stoss-

richtung wie die Wiedereingliederungsmodelle in Nordeuropa, mit einer Reihe von «Schleusen» auf dem Weg in die Freiheit, einer auf den Status der inhaftierten bzw. entlassenen Personen zugeschnittenen Betreuung und einer stark vernetzten Arbeit. Zwischen ständiger Überbelegung und Betreuungsmassnahmen gibt Champ-Dollon im Jahr 2017 das Bild eines Gefängnisses ab, das trotz aller Polemik sein Gleichgewicht gefunden hat.

Aus dem Parlament

Gefängnisausbruch wird nicht unter Strafe gestellt

Der Nationalrat hat sich gegen die Schaffung einer neuen Strafbestimmung «Gefängnisausbruch» ausgesprochen. Er hat in der Sommersession 2017 die Motion «Gefängnisausbruch unter Strafe stellen» (15.3753) von Nationalrat Lukas Reimann abgelehnt.

Der Nationalrat ist damit der Argumentation des Bundesrates gefolgt, der einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf verneint hatte. Er hatte in seiner Stellungnahme an den übergeordneten Grundsatz erinnert, wonach Selbstbegünstigung nicht strafbar ist. Dass die Selbstbefreiung eines Gefangenen für sich allein nicht strafbar sei, bedeute allerdings nicht, dass sie ohne Konsequenzen bliebe und nicht geahndet würde. «Wer aus einem Gefängnis ausbricht, kommt nicht ungeschoren davon», betonte Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Nationalrat. So riskiert der Gefangene, Vollzugserleichterungen zu verlieren und nicht bedingt entlassen zu werden. Weiter hat er disziplinarische Sanktionen zu erwarten. Zudem macht er sich strafbar, wenn er beim Ausbruch etwa Personen verletzt, nötigt oder Sachen beschädigt. In solchen Fällen kann er zum Beispiel wegen Meuterei, Sachbeschädigung, Körperverletzung oder Nötigung bestraft werden. Ebenfalls strafbar ist ferner die Anstiftung zur Befreiung.



Seit 2010 erfasst die Erhebung zum Freiheitsentzug des Bundesamtes für Statistik auch die Ausbrüche. Sie weist jährlich rund 20 Ausbrüche aus einer geschlossenen Einrichtung des Freiheitsentzugs oder aus einer geschlossenen Abteilung einer offenen Anstalt aus. Auch wenn der Ausbruch als solcher nicht strafbar ist, hat er für den Ausbrecher stets negative Folgen. Foto: Ausbruch aus dem Zentralgefängnis in Freiburg ©LA LIBERTE

Die Geldstrafe behält den Vorrang vor der Freiheitsstrafe

Das neue Sanktionenrecht im Überblick

Mit dem Inkrafttreten des neuen Sanktionenrechts auf den 1. Januar 2018 sind künftig wieder kurze Freiheitsstrafen möglich. Die Geldstrafe behält aber den Vorrang vor der Freiheitsstrafe und kann weiterhin auch bedingt ausgesprochen werden.

Nach der grundlegenden Revision vom 13. Dezember 2002 und der «Nachbesserung» vom 24. März 2006 ist das Sanktionenrecht mit der am 19. Juni 2015 verabschiedeten Revision innert kurzer Zeit zum dritten Mal massgeblich geändert worden. Aufgrund der anhaltenden Kritik am neuen Sanktionenrecht sah die letzte Revision ursprünglich vor, die bedingte Geldstrafe abzuschaffen, die kurzen Freiheitsstrafen wieder einzuführen und den Vorrang der Geldstrafe vor der Freiheitsstrafe aufzugeben. Nach zweijährigen Beratungen verzichtete allerdings das Parlament schliesslich auf die Abschaffung der bedingten Geldstrafe und hielt an deren Vorrang vor der Freiheitsstrafe fest. Nachfolgend ein kurzer Überblick über das ab 1. Januar 2018 geltende Sanktionenrecht.

Bedingte Geldstrafe weiterhin möglich

Strittig waren bei der Revision der bedingte Vollzug der Geldstrafe, die obere und untere Grenze der Anzahl Tagessätze sowie der Mindesttagessatz. Entgegen dem bundesrätlichen Vorschlag kann die Geldstrafe auch in Zukunft bedingt vollzogen werden. Die maximale Anzahl Tagessätze ist von 360 auf 180 gesenkt worden. Zudem gilt neu eine untere Grenze von 3 Tagessätzen. Als Höchstbetrag des Tagessatzes werden 3000 Franken beibehalten. Neu gilt ein Mindestbetrag von 30 Franken, der in Ausnahmefällen bis auf 10 Franken gesenkt werden kann. Neuerungen gibt es auch bei der Vollstreckung der Geldstrafe: Die Zahlungsfrist ist von 12 auf 6 Monate verkürzt worden. Zudem kann die verurteilte Person künftig im

Falle einer unverschuldeten und erheblichen Verschlechterung der Verhältnisse nicht mehr beantragen, die Zahlungsfrist auf 24 Monate zu verlängern oder den Tagessatz herabzusetzen.

Kurze Freiheitsstrafen

In Zukunft sind wieder kurze Freiheitsstrafen von 3 Tagen bis 6 Monaten möglich. Der Vorrang kommt allerdings grundsätzlich nach wie vor der Geldstrafe zu: Das Gericht kann eine Freiheitsstrafe nur verhängen, wenn sie nötig erscheint, um den Täter vor weiteren Straftaten abzuhalten oder wenn eine Geldstrafe voraussichtlich nicht vollzogen werden kann. Für den bedingten Vollzug beider Sanktionen sieht das Gesetz die gleichen Voraussetzungen vor: Das Gericht schiebt den Vollzug einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren in der Regel auf, wenn eine unbedingte Strafe nicht notwendig erscheint, um den Täter von der Begehung weiterer Verbrechen oder Vergehen abzuhalten.

Alternative Vollzugsformen

Wenn nicht zu erwarten ist, dass die verurteilte Person flieht oder weitere Straftaten begeht, kann auf deren Gesuch hin eine unbedingte kurze Freiheitsstrafe in Form von gemeinnütziger Arbeit, Halbfangenschaft oder Electronic Monitoring vollzogen werden.

- Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten können wie bisher als gemeinnützige Arbeit vollzogen werden. Gemeinnützige Arbeit kann zudem künftig auch als Ersatz für eine Geldstrafe oder Busse geleistet werden. Für die Anordnung sind nicht mehr die Gerichte, sondern die Strafvollzugsbehörden zuständig, da die gemeinnützige Arbeit nicht mehr eine eigenständige Strafe ist, sondern neu zur Vollzugsform wird.
- Weitgehend unverändert geblieben ist die Regelung der Halbfangenschaft: Eine Freiheitsstrafe bis zu 12 Monaten oder eine nach Anrechnung der Untersuchungshaft

verbleibende Reststrafe bis zu 6 Monaten kann in Form der Halbfangenschaft vollzogen werden. Der Gefangene oder die Gefangene setzt die Arbeit, Ausbildung oder Beschäftigung ausserhalb der Anstalt fort und verbringt die Ruhe- und Freizeit in der Anstalt.

- Die bisher versuchsweise in sieben Kantonen praktizierte elektronische Überwachung des Vollzugs ausserhalb der Strafanstalt (Electronic Monitoring) wird neu als Vollzugsform für Freiheitsstrafen zwischen 20 Tagen und 12 Monaten gesetzlich verankert. Electronic Monitoring kann zudem gegen Ende langer Freiheitsstrafen als Alternative zum Arbeitsexternat sowie zum Arbeits- und Wohnexternat für eine Dauer von 3 bis 12 Monaten angeordnet werden. Vorausgesetzt ist namentlich, dass die verurteilte Person über eine dauerhafte Unterkunft verfügt, einer geregelten Arbeit, Ausbildung oder Beschäftigung nachgeht und die mit ihr zusammenlebenden Personen dieser Vollzugsform zustimmen.

Neue strafrechtliche Landesverweisung

Die Revision des Sanktionenrechts sah die Wiedereinführung einer fakultativen Landesverweisung vor. Diese Bestimmung ist jedoch durch die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative gegenstandslos geworden. Gemäss den seit 1. Oktober 2016 geltenden Bestimmungen ordnet das Gericht eine obligatorische Landesverweisung an, wenn es eine ausländische Person wegen klar festgelegter Delikte verurteilt. Ausnahmsweise kann es von einer Landesverweisung absehen, wenn diese einen schweren persönlichen Härtefall bewirken würde. Bei allen übrigen Verbrechen und Vergehen kann das Gericht eine nicht-obligatorische Landesverweisung verhängen. (gal)



Die Gerichte werden künftig wieder kurze Freiheitsstrafen von 3 Tagen bis 6 Monaten aussprechen können (Bild: Regionalgefängnis Bern). Als alternative Vollzugsformen sind die gemeinnützige Arbeit, die Halbgefangenschaft sowie neu in der ganzen Schweiz das Electronic Monitoring möglich.

Foto: Peter Schulthess

Lücken bei der stellvertretenden Strafvollstreckung schliessen

Änderung des Zusatzprotokolls zum Europäischen Überstellungsübereinkommen

Ausländische Personen, gegen die ein Strafverfahren läuft oder ein Urteil ergangen ist, können sich künftig nicht mehr durch legale Rückkehr in ihren Heimatstaat der Verbüssung ihrer Strafe entziehen. Eine Änderung des Zusatzprotokolls zum Europäischen Überstellungsübereinkommen sieht vor, dass der Urteilsstaat auch in solchen Fällen beim Heimatstaat ein Ersuchen um stellvertretende Strafvollstreckung stellen kann. Die Schweiz hat das Änderungsprotokoll am 22. November 2017 unterzeichnet.

Das Übereinkommen des Europarates über die Überstellung verurteilter Personen ermöglicht es im Ausland verurteilten Personen, auf ihren Wunsch zur Verbüssung der Strafe in ihren Heimatstaat überstellt zu werden. Auf diese Weise soll ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert werden. Das Zusatzprotokoll zum Überstellungsübereinkommen sieht vor, dass der Urteilsstaat in zwei Fällen auch ohne oder gegen den Willen einer verurteilten Person ein Ersuchen um stellvertretende Strafvollstreckung an den Heimatstaat stellen kann: wenn die verurteilte Person aus dem Urteilsstaat in ihren Heimatstaat flieht und wenn die verurteilte Person aufgrund einer Aus- oder Wegweisungsverfügung den Urteilsstaat ohnehin verlassen muss. Die beiden Instrumente sind für die Schweiz 1988 bzw. 2004 in Kraft getreten.

Anliegen der Praxis

Die Änderung des Zusatzprotokolls nimmt Anliegen der Praxis auf und dehnt das Dispositiv zur Vermeidung von Straflosigkeit weiter aus. In Zukunft kann der Urteilsstaat ein Ersuchen um stellvertretende Strafvollstreckung auch dann stellen, wenn die verurteilte Person auf legalem Weg in ihren



Die Bedeutung des Änderungsprotokolls veranschaulicht der Fall Laurent Ségalat, der im Jahr 2014 vom Bundesgericht wegen vorsätzlicher Tötung zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt worden war. Da sich der französische Staatsangehörige noch während des Berufungsverfahrens auf legalem Weg in seinen Heimatstaat begeben hatte, konnte Frankreich dem schweizerischen Ersuchen um stellvertretende Strafvollstreckung keine Folge geben.

Foto: Keystone

Heimatstaat zurückkehrt. Im Gegensatz zu heute wird zudem neu eine Überstellung in den Heimatstaat im Falle einer Aus- oder Wegweisungsverfügung auch möglich sein, wenn sich die verurteilte Person im Überstellungsverfahren weigert, eine Stellungnahme abzugeben. Nach wie vor begründen das Überstellungsübereinkommen und das Zusatzprotokoll keine Pflicht der Vertragsstaaten, einem Ersuchen um Überstellung oder stellvertretende Strafvollstreckung zuzustimmen, sondern sehen lediglich die Möglichkeit der Zusammenarbeit vor.

Provisorische Anwendung

Das Änderungsprotokoll ist am 22. November 2017 in Strassburg zur Unterzeichnung aufgelegt worden. Es tritt in Kraft, sobald ihm alle Vertragsstaaten des Zusatzprotokolls zugestimmt haben. Die Vertragsstaaten können bei der Genehmigung des Instruments oder

zu einem späteren Zeitpunkt erklären, dass sie die neuen Bestimmungen im Verhältnis zu Vertragsstaaten, die eine analoge Erklärung abgeben, bereits vor dem Inkrafttreten provisorisch anwenden.

Das Änderungsprotokoll ist mit dem Schweizer Recht vereinbar und erfordert keine Gesetzesanpassung. Die Schweiz kann bereits heute gestützt auf das Rechtshilfegesetz ausländischen Ersuchen um stellvertretende Strafvollstreckung entsprechen und selber solche Ersuchen ans Ausland stellen – unabhängig davon, ob die Person durch Flucht oder auf legalem Weg in ihren Heimatstaat gelangt ist. Aufgrund des Änderungsprotokolls werden viele andere Staaten zukünftig ebenfalls über die dafür erforderliche rechtliche Grundlage verfügen, was im Interesse der Schweiz ist. (gal)

Ausbildung von Führungskräften im Justizvollzug

Jahrestagung der Europäischen Justizvollzugsschulen EPTA in der Schweiz

Dieses Jahr hat das Treffen des Netzwerkes der Europäischen Justizvollzugsschulen (European Penitentiary Training Network EPTA) vom 19. bis 22. September in der Schweiz stattgefunden. 47 Fachleute aus 20 Ländern diskutierten in Murten über Fragen der Ausbildung von Führungskräften im Justizvollzug.

Laura von Mandach

Sie tauschten sich zu Strategien zur Weiterentwicklung der Angebote, zu innovativen Methoden des Unterrichtens und zum Krisenmanagement aus. Die Leiterin der Führungsausbildung des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal (SAZ), Nadja Kuenzle, hatte das Thema vorgeschlagen. Die Führungsausbildung des SAZ wird zurzeit revidiert, ein neues Qualifikationsprofil liegt vor und das neue, in enger Zusammenarbeit mit Führungskräften des Justizvollzugs erarbeitete Curriculum wird im Jahr 2019 starten.

In Murten berichteten sowohl Vertreter etablierter und grosser Justizvollzugsschulen wie des University College of Norwegian Correctional und der französischen Ecole Nationale d'Administration Pénitentiaire als auch Vertreter jüngerer und kleinerer Akademien wie der Estonian Academy of Security Sciences und des kroatischen Prison System Directorate eindrücklich über die Herausforderung, mit der Ausbildung von Führungskräften im Justizvollzug am Puls der Zeit zu bleiben. In angeregten Diskussionen zeigte sich, dass lebenslanges Lernen, die permanente Optimierung und Evaluation des Angebots sowie die Erfordernis, praxisrelevantes Wissen zu vermitteln, dem Credo der meisten Justizvollzugsschulen entspricht.

Innovative Herangehensweisen

Die Bildungsfachleute stellten bemerkenswert innovative Herangehensweisen vor, so zum Beispiel ein Coachingangebot, das in der Führungsausbildung integriert ist, oder ein Praktikum in der Privatwirtschaft, das

ebenfalls einen Teil der Ausbildung darstellt. Besonders stark werden Personalentwicklung und Führungsausbildung in Norwegen verknüpft, wo der Justizvollzug national organisiert ist. Die Behörde, welche die Mitarbeitenden rekrutiert ist auch jene, die sie ausbildet und deren Arbeitgeberin ist. Lernen ist an der norwegischen Justizvollzugsschule KRUS ein Prozess, der am Tag der Rekrutierung der angehenden Aufseher und Betreuer bzw. Aufseherinnen und Betreuerinnen beginnt. Nach einer zweijährigen Ausbildung, die einem Bachelorabschluss einer Hochschule entspricht und während der die Lernenden stufenweise in die Praxis eingebunden werden, bietet die Schule massgeschneiderte Weiterbildungen an. Mitarbeitende und Dozierende übernehmen in einem Rotationsprinzip immer wieder Führungsaufgaben im Justizvollzug (siehe

European Penitentiary Training Network EPTA

Das Netzwerk der Europäischen Justizvollzugsschulen (European Penitentiary Training Network EPTA) besteht seit neun Jahren. Aktuell sind 21 Justizvollzugsschulen Mitglied des Netzwerkes. Nächstes Jahr werden voraussichtlich drei weitere Justizvollzugsschulen dazu stossen. Die Bildungsfachleute treffen sich jährlich zu einer Tagung; nächstes Jahr findet sie in der französischen Stadt Agen statt. Patrick Cotti, Direktor des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV), ist bis Ende 2017 Präsident des EPTA-Vorstands. Link: <http://epta.europpris.org>



Die EPTA-Tagung in Murten wurde vom SAZ organisiert. Die Teilnehmenden verdankten in ihren Rückmeldungen neben der Gastfreundschaft und der guten Stimmung insbesondere die Methodik der Tagung, die auf Kurzreferate und Interaktivität setzte, sowie die ertragreiche und kreative Führung in der Justizvollzugsanstalt Witzwil.

Foto: Adrian Ademay

auch das Interview mit dem Leiter der KRUS auf Seite 47).

Schwierige Personalrekrutierung

Im Verlauf der Tagung kam mehrmals zur Sprache, dass es zurzeit schwierig ist, Personal für den Justizvollzug zu rekrutieren. In Frankreich bewerben sich zum Beispiel immer weniger Personen für eine Justizvollzugskarriere. In Schweden mangelt es auch an Fachpersonal; es ist namentlich schwierig, Mitarbeitende für den Gesundheitsdienst zu rekrutieren. Die Swedish Prison and Probation Service in Stockholm geht dieses Problem auf unkonventionelle Weise an. Mitarbeitende des Justizvollzugs haben dieses Jahr im Rahmen einer PR-Aktion mit mobilen Gefäng-

nissen auf belebten Plätzen in verschiedenen Städten für ihre Tätigkeit geworben. Und um dem Mangel an Führungskräften zu begegnen, wurde das Projekt Potentials lanciert: Damit sollen fähige Kaderleute im Justizvollzug identifiziert und für einen Karrieresprung motiviert werden.

Starke Auslastung des Personals

Eine weitere Herausforderung für die Bildungsfachleute ist die starke zeitliche Auslastung des Personals auf allen Stufen. Häufig stehen Praktiker und Praktikerinnen für mehrtägige Aus- und Weiterbildungen an den Justizvollzugsschulen nicht zur Verfügung. Besonders kreativ geht man im Irish Prison Service College und im katalonischen

Center of Law Offices and Specialized Formation damit um. Man geht auf die «Kunden» zu und bietet in den einzelnen Institutionen des Freiheitsentzugs massgeschneiderte Interventionen an. Dabei integriert man ganze Teams mitsamt Vorgesetzten. Zeitgleich werden weitere Bildungsbedürfnisse abgeholt; in der Folge evaluieren die Bildungsfachleute, ob das vermittelte Wissen nicht nur positiv bewertet wird, sondern auch, ob es tatsächlich in die tägliche Arbeit eingeflossen ist.

«Unsere Arbeit ist eine Investition in die Gesellschaft»

Interview mit Hans-Jørgen Brucker

Die Strafanstalt Halden steht für den humanen Strafvollzug in Norwegen und wirkt über die Landesgrenzen hinaus inspirierend. Dieses visionäre Modell ist zwar teuer, zahlt sich aber in Form einer tiefen Gefangenen- und Rückfallrate aus. «Wir betrachten unsere Arbeit als eine Investition in die Gesellschaft», betont Hans-Jørgen Brucker, der Leiter der norwegischen Justizvollzugsschule KRUS.

#prison-info: Die Strafanstalt Halden ist ausserhalb Norwegens als «humanstes Gefängnis» berühmt geworden: Handelt es sich um ein Pionierprojekt oder ist die Strafanstalt repräsentativ für den norwegischen Strafvollzug?

Hans-Jørgen Brucker: Die Strafanstalt Halden ist repräsentativ für den humanen Strafvollzug in Norwegen. Das Gebäude und die Einrichtung sind neu und modern, aber abgesehen davon, unterscheidet sich Halden nicht von anderen norwegischen Strafanstalten. Der menschliche Umgang mit den Gefangenen und die Arbeitsweise sind in jedem Gefängnis in Norwegen gleich.

Halden sei ein «Luxus-Knast», haben kritische Stimmen behauptet. Was entgegnen Sie auf diese Kritik?

Die Gefangenen sind in Halden eingeschlossen und sie werden genauso wie in jedem anderen Gefängnis in Norwegen behandelt. Die Strafanstalt sieht zwar anders aus. Sie ist attraktiv eingerichtet, neu und modern, und es hat Bäume. Auch die Fassade wirkt schön. Aber abgesehen von diesem ansprechenden Umfeld gibt es für die Eingewiesenen keinen Unterschied zu anderen Anstalten.

Auch als «Ferienanlage» ist Halden bezeichnet worden...

Viele Gefangene können in der Strafanstalt Halden ihr Essen selber zubereiten. Das ermöglicht ihnen, ein besser strukturiertes Leben zu führen. Wer kritisiert, dass ein solches Gefängnis einem Ferienresort gleicht, hat wahrscheinlich noch nie ein Gefängnis betreten. Menschen, die während Stunden

eingeschlossen sind, sich in ihren Zellen tagelang, monatelang, jahrelang aufhalten, denen man die ganze Zeit sagt, was sie zu tun haben, und die auch keinen Zugang zu Familie und Freunden haben – diese Menschen haben nicht das Gefühl, dass sie in den Ferien sind. Es kann schon sein, dass in Norwegen das Essen in den Strafanstalten besser ist als in den Altersheimen. Aber inhaftiert zu sein, ist mit vielen Einschränkungen verbunden. Und wenn das Essen in den Altersheimen nicht gut ist, müsste man dies verbessern.

Welche Bilanz kann sieben Jahre nach der Eröffnung der Strafanstalt Halden gezogen werden? Wie hoch ist die Rückfallrate?

20% der Personen, welche die Strafanstalt Halden verlassen, werden in den ersten zwei Jahren nach der Entlassung rückfällig. Diese Rückfallrate ist vergleichbar mit den anderen Strafanstalten Norwegens. Eine private Firma hat andere Zahlen publiziert; sie berücksichtigte aber nur die Insassen, die direkt aus Halden entlassen wurden. Die Mehrheit der Gefangenen wird aber erst nach Progressionsstufen aus offenen Strafanstalten entlassen. Wenn man diese Tatsache in Betracht zieht, erhält man die gleiche Rückfallrate wie in anderen Anstalten.

Für die Verantwortlichen zentral ist die «dynamische Sicherheit», die im Dialog mit den Gefängnisinsassen den Grundstein für deren Veränderung sieht. Wie verhalten Sie sich, wenn sich eine verurteilte Person nicht ändern will und nicht zum Dialog bereit ist? Dynamische Sicherheit ist ein grundlegendes Element des norwegischen Strafvollzugs. Ver-



Hans-Jørgen Brucker: «Im Endeffekt retten wir Leben»

weigert jemand den Dialog, diskutieren und behandeln wir jeden Fall einzeln. In einigen Fällen lassen wir der Person Zeit, bevor wir einen neuen Versuch unternehmen, in anderen Fällen versuchen wir intensiv die Person zu überzeugen, sich für den Dialog zu öffnen. Ein zentrales Vollzugsziel in Norwegen ist die sinnvolle Beschäftigung. Im Rahmen der Ausbildung oder der Arbeit fordert das Betreuungspersonal die Insassen zum Dialog auf. Jeden zu erreichen, ist herausfordernd.

Das Zahlenverhältnis von Gefangenen zum Aufsichts- und Betreuungspersonal ist in Halden fast ausgewogen: Wie teuer ist dieses Modell?

Wir sind uns bewusst, dass wir über mehr Personal im Verhältnis zu den Gefangenen

verfügen als in vielen anderen Ländern. Zudem sind unsere Mitarbeitenden sehr gut ausgebildet. Und beides zusammen, das ist sehr teuer. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass wir hierfür eine Menge zurückerkalten. Wir haben mit 75 Gefangenen pro 100.000 Einwohner und Einwohnerinnen eine vergleichsweise tiefe Gefangenenerate. Wir betrachten unsere Arbeit als eine Investition in die Gesellschaft. Eine Rückfallrate von 20% ist ein Ergebnis dieser Politik. Und im Endeffekt ist eine hohe Gefangenenerate viel teurer, eine Zunahme der Kriminalitätsrate kostet immens viel. Sie verursacht menschliches Leiden, bei den Opfern als auch bei den Tätern. Im Endeffekt retten wir Leben, und diese haben – wie wir alle wissen – keinen Preis.

Für die Verantwortlichen ist Halden ein visionäres Modell, das sie «exportieren» möchten. Gibt es bereits andere Gefängnisse, die sich an Halden inspirieren?

Wir setzen stark auf die Zusammenarbeit. Wir besuchen andere Länder und gehen eine Reihe von Kooperationen ein, das Netzwerk der Europäischen Justizvollzugsschulen EPTA ist nur ein Beispiel. Die Strafanstalten Norwegens empfangen jedes Jahr viele Besucher und Besucherinnen. Ich bin überzeugt, dass viele Anstalten in anderen Ländern vom norwegischen Modell in Halden und Bastøy inspiriert wurden. (LvM)



Durch die Ausstrahlung des Films «Bessere Nachbarn» von Tomas Lindh und John Stark ist die Strafanstalt Halden auch in der Schweiz einem grösseren Fernsehpublikum ein Begriff geworden.

Foto: Musikraum in der Strafanstalt. © Media Relations SRF.

Kurzinformationen

Rückfallrisiko von minderjährigen Verurteilten

Ein Viertel der minderjährigen Straftäter werden rückfällig und im Alter von 18 und 23 Jahren von einem Erwachsenengericht erneut verurteilt. Dabei ist das Wiederverurteilungsrisiko im Erwachsenenalter bei Männern markant höher, wie aus einer Analyse des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht. Weitere Risikofaktoren sind zahlreiche Vorstrafen im Jugendalter sowie schwere Straftaten im Kindes- und Jugendalter.

Die Männer sind bei den verurteilten Jugendlichen übervertreten (73% Jungen und 27% Mädchen) und begehen zudem nach Erreichen der Volljährigkeit auch häufiger weitere Straftaten: Als Minderjährige verurteilte Jungen weisen ein fast viermal so hohes Risiko als Mädchen auf, in der Folge durch die Erwachsenenstrafjustiz verurteilt zu werden.

Je mehr Jugendurteile gegen eine Person ausgesprochen wurden, desto häufiger kommt es zu einer Verurteilung im Erwachsenenalter. Bei den Minderjährigen, die einmal, zweimal, dreimal bzw. viermal und häufiger strafrechtlich verurteilt wurden, beträgt die Rückfallrate 20%, 34%, 49% bzw. 64%.

Der Rückfall im Erwachsenenalter hängt zum Teil vom Schweregrad der Straftaten im Jugendalter ab. Die Wiederverurteilungsrate im Erwachsenenalter beläuft sich auf 17% bei den Jugendlichen, die ausschliesslich Übertretungen begangen hatten, und auf 29% bei jenen, die ein Vergehen oder Verbrechen begangen hatten.

Link: www.bfs.admin.ch

Stabile Verurteilungszahlen

Im Jahr 2016 sind in der Schweiz 12 090 Jugendliche und 109 116 Erwachsene verurteilt worden. Damit sind die Verurteilungszahlen weitgehend stabil geblieben, wie die Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigen.

Bei der Jugendstrafurteilsstatistik ist ein Anstieg der Verurteilungen nach Strafgesetzbuch (namentlich wegen Gewalt- und Vermögensdelikten) zu verzeichnen, der aber durch Rückgänge bei den Verurteilungen wegen Strassenverkehrs- und Betäubungsmittel delikten und wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz kompensiert wird.

Bei den ausgesprochenen Strafen hat es keine merklichen Änderungen gegeben. Jugendliche vor dem 15. Lebensjahr erhielten in 66% der Fälle eine persönliche Leistung (Kurse oder gemeinnützige Arbeiten) und in 34% der Fälle einen Verweis (formelle Ermahnung). Da nach Vollendung des 15. Lebensjahres auch Freiheitsentzüge und Bussen verhängt werden können, sinkt der Anteil der persönlichen Leistungen auf 47% und jener der Verweise auf 26%. Der Anteil Freiheitsstrafen beläuft sich auf 6% und jener der Bussen auf 26%. 3% aller Verurteilungen enthalten auch eine Massnahme, die in 94% der Fälle ambulant ist.

Die Anzahl der Erwachsenurteile bleibt auf hohem Niveau stabil. Die Strafurteilsstatistik weist zwar einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aus. Allerdings sind noch nicht alle Verurteilungen des Jahres 2016 rechtskräftig und können daher nicht statistisch berücksichtigt werden. Die Geldstrafe bleibt die am häufigsten ausgesprochene Sanktion (86%) und wird in den allermeisten Fällen (82%) bedingt ausgesprochen. Die Freiheitsstrafen machen 11% aller Hauptsanktionen aus und werden mehrheitlich unbedingt ausgesprochen (74%).

Link: www.bfs.admin.ch

Den Schutz vor häuslicher Gewalt und Stalking verbessern

Der Bundesrat will die Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking besser schützen. Er hat dazu am 11. Oktober 2017 die Botschaft zu Änderungen im Zivil- und Strafrecht verabschiedet. Die Vorlage ermöglicht namentlich eine elektronische Überwachung von Rayon- oder Kontaktverboten. Zudem entlastet sie die Opfer: Diese sollen nicht mehr die ganze Verantwortung des Entscheides über eine Sistierung und Einstellung eines Strafverfahrens tragen müssen.

Bereits heute kann ein Gericht zum Schutz gegen Gewalt, Drohungen oder Stalking gemäss Art. 28b des Zivilgesetzbuches ein Rayon- oder Kontaktverbot anordnen. Um das besser überwachen zu können, soll es künftig überdies anordnen können, dass die potenziell gewaltausübende Person ein elektronisches Armband oder eine elektronische Fussfessel trägt. Damit kann deren Aufenthaltsort fortlaufend ermittelt und aufgezeichnet werden. Dies soll die überwachte Person nicht nur darin bestärken, sich an das Verbot zu halten, sondern die Aufzeichnungen können auch zu Beweis Zwecken oder als Grundlage für allfällige weitere Verfahren dienen. Für das Opfer sind diese Massnahmen mit keinen Kosten verbunden.



Foto: Peter Schulthess

Link: www.bj.admin.ch

Veranstaltungen

Kanton Bern hat Watch-Liste abgeschafft

Das Amt für Justizvollzug (AJV) des Kantons Bern hat für die Beurteilung von Haft erleichterungen ein neues Risikomanagement eingeführt. Nachdem das Obergericht mit Beschlüssen vom 10. November 2017 zwei Beschwerden von inhaftierten Straftätern gutgeheissen hatte, schaffte das AJV die bisherige Watch-Liste per sofort ab.

Auf der Watch-Liste waren seit 2013 die verwahrten Täter und andere Risikotäter aufgeführt, deren Delikte zum Zeitpunkt der Tat, der Gerichtsverhandlung oder bei Vorfällen im Vollzug zu einer ausserordentlichen medialen Aufmerksamkeit geführt hatten. Das Obergericht hat das Kriterium der medialen Aufmerksamkeit als «sachfremd und ohne Relevanz für die Beurteilung der Gefährlichkeit einer Person» bezeichnet. Da zudem nicht sämtliche Risikotäter aufgeführt sind, erweise sich die Liste als «untaugliches Instrument» für den Schutz der Allgemeinheit. «Wäre die Watch-Liste zur Erfüllung der gesetzlichen Vollzugsaufgaben zwingend erforderlich», so das Obergericht weiter, würden «auch andere Kantone derartige Listen führen». Dies sei aber – soweit dem Gericht bekannt – nicht der Fall.

Unabhängig von den beiden Urteilen des Obergerichts hat das AJV die Abschaffung der Watch-Liste seit längerer Zeit vorbereitet und ein neues System des Risikomanagements erarbeitet. Das neue System orientiert sich an den Grundsätzen des sogenannten risikoorientierten Sanktionenvollzugs (ROS) und wird per 1. Januar 2018 eingeführt.

(Dis-)Kontinuitäten in der Fremdplatzierung

Die Tagung Plattform Fremdplatzierung 2018 ist der Kontinuität, respektive Diskontinuität in der Platzierung gewidmet: Fremdplatzierte Kinder und Jugendliche haben oftmals das Schicksal eines diskontinuierlichen Lebenslaufs. Auch die Fremdplatzierung geht naturgemäss mit einem oder mehreren Brüchen einher. Eine gesunde, altersentsprechende Entwicklung der Kinder und Jugendlichen setzt stabile Beziehungen und Sicherheit im Rahmen der neuen Situation voraus. Wie lassen sich Erziehungsprozesse so gestalten, dass sie einen stabilisierenden Effekt für die Betroffenen haben? Wie kann einem Kind, einem Jugendlichen ermöglicht werden, die Gründe und Ziele der über sie getroffenen Entscheidungen zu verstehen?

An der Plattform Fremdplatzierung 2018 werden eine breite Palette von Beiträgen aus Forschung und Praxis zu verschiedenen Aspekten der Kontinuität und Diskontinuität sowie Beispiele innovativer Praktiken aus dem In- und Ausland vorgestellt.

Organisation

Fachgruppe Sonderpädagogik Integras

Datum

23. Januar 2018

Ort

Hotel Bern, Bern

Sprache

Deutsch und Französisch (mit Simultanübersetzung)

Weitere Informationen

www.integras.ch

Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus

Die Komplexität des föderalistischen Aufbaus von Polizei, Justiz und Justizvollzug sowie das Zusammenspiel von Bund und Kantonen unter weitgehendem Ausschluss der Gemeinden sind vielen Bürgerinnen und Bürgern wenig bekannt. Noch weit weniger bekannt sind die Schnittstellenprobleme, die Kompetenzkonflikte, die vielfältigen Abstimmungsprozesse in der Entscheidungsfindung, die Kooperationschwierigkeiten und die Fragen nach der Effizienz dieses Systems. Der kantonale Vollzugsföderalismus in den Bereichen Polizei, Justiz und Justizvollzug verursacht Probleme, wenn es um die Gewährleistung des Prinzips der Gleichheit vor dem Gesetz geht oder um die Begründung kantonaler unterschiedlicher Kriminalpolitik.

Die Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie hat sich vorgenommen, einen Blick auf den internationalen Charakter des Phänomens der Kriminalität und die kantonale Natur der staatlichen Antwort in der Schweiz zu richten. Hinterfragt werden die Kompetenzverteilung in den verschiedenen Handlungsbereichen und die Konfliktpotential unter den Akteuren. Schliesslich sollen Reformideen in den Bereichen Polizei, Justiz und Justizvollzug vorgestellt und deren politische Machbarkeit diskutiert werden.

Organisation

Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie

Datum

7. bis 9. März 2018

Ort

Congress Centre Kursaal Interlaken

Sprachen

Deutsch und Französisch (mit Simultanübersetzung)

Weitere Informationen

www.kriminologie.ch

Neuerscheinungen



Peter Aebersold

Schweizerisches Jugendstrafrecht

309 Seiten – CHF 118.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-1640-4



Martino Mona | Franz Riklin
(Herausgeber)

Rechtswidrige Zustände? Untersuchungshaft in der Kritik

92 Seiten – CHF 46.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-8999-6



Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (Herausgeberin)

Gefängnisbauten – Prisons – Carceri

Zeitschrift Kunst + Architektur
in der Schweiz 3/2017

80 Seiten – CHF 25.00
ISBN 978-3-03797-300-4
ISSN 1421-086X
Die Zeitschrift kann auch online
(www.gsk.ch) bestellt werden.



Die Zeitschrift bietet einen vielfältigen Einblick in Schweizer Haftanstalten.
Bild: Pavillon in der Justizvollzugsanstalt Witzwil BE (Foto: Peter Schulthess)

«Die Inhaftierten und die Opfer sollen miteinander reden können»

Eine Vereinigung setzt sich für die Mediation in den Justizvollzugsanstalten ein

Seit mehr als drei Jahren setzt sich die Vereinigung für Restaurative Justiz in der Schweiz (Association pour la Justice Restaurative en Suisse AJURES) dafür ein, dass Opfer und Täter miteinander reden und sich verstehen können – auch wenn sich der Täter in Haft befindet. Camille Perrier Depeursinge, Rechtsanwältin und Autorin einer Dissertation über die strafrechtliche Mediation in der Schweiz, ist Präsidentin der Vereinigung, die sich für die Einführung eines Programms für die Mediation in den Justizvollzugsanstalten der Westschweiz engagiert.

Camille Perrier Depeursinge



Camille Perrier Depeursinge, Rechtsanwältin, ist Präsidentin der Vereinigung für Restaurative Justiz in der Schweiz.

Die restaurative Justiz (auch genannt wiedergutmachende Justiz oder Gerechtigkeit) sieht in der Straftat in erster Linie ein Ereignis, das verschiedenste Schäden verursacht: Körperverletzungen, Sachschäden, aber auch Brüche in den sozialen Beziehungen, Traumata, Scham usw. Ziel dieser Art von Justiz ist es, die Schäden so gut wie möglich wiedergutmachen, indem die von der Tat unmittelbar betroffenen Personen das Wort und eine aktive Rolle erhalten: das Opfer und der Täter. Konkret greift die restaurative Justiz auf Verfahren wie die in Europa bekannte strafrechtliche Mediation zurück, aber auch auf Praktiken, die im Wesentlichen ausserhalb der Schweiz angewandt werden. Zu nennen sind zum Beispiel die Gruppenkonferenzen, eine Form von Mediation in einem einzigen Treffen, an dem auch die Familien beider Parteien anwesend sind oder die «Sycomore-Projekte». Diese Treffen zwischen Inhaftierten und Opfern, die sich nicht kennen, aber eine ähnliche Straftat begangen bzw. erlebt haben, dienen dem Austausch über die Folgen und die Bedeutung der Straftat. Die Strafjustiz wird durch die wiedergutmachende Justiz nicht in Frage gestellt. Sie kann aber deren Aufgabe erleichtern und den Angeklagten eine andere Lösung bieten als die Strafe – sie kann auf die verschiedenen Aspekte der zugrundeliegenden Tat eingehen.

Sehr positive Ergebnisse

Die Ergebnisse der restaurativen Justiz sind sehr positiv: Die beteiligten Opfer und Täter sind mit den Wiedergutmachungsverfahren

in der weit überwiegenden Mehrheit zufrieden und empfinden sie als gerecht. Selbst, ja sogar bei schweren Verbrechen äussern die Opfer ein Gefühl der Befreiung und bereuen ihre Teilnahme nicht. Sie bekunden, dass ihnen die Gelegenheit gegeben wurde, die Umstände des Verbrechens zu verstehen und Anerkennung für ihren Schmerz zu erhalten. Die Täter ihrerseits wollen an den Wiedergutmachungsverfahren teilnehmen, um ihr Bedauern auszudrücken, sich beim Opfer zu entschuldigen und es in seinem Heilungsprozess zu unterstützen, aber auch um ihre eigene Rehabilitation zu unterstützen und die Umstände der Tat und ihren Lebenslauf zu erklären. Darüber hinaus scheint die Teilnahme an einem Wiedergutmachungsverfahren gemäss den zahlreichen wissenschaftlichen Studien die Rückfallgefahr für den Täter leicht, aber dennoch signifikant zu vermindern.

Trotzdem ist die Schweiz in Sachen restaurative Justiz stark im Hintertreffen. Die strafrechtliche Mediation ist zwar im Strafverfahren für Jugendliche vorgesehen und wird in mehreren Kantonen erfolgreich angewandt. Bei erwachsenen Tätern kommt sie jedoch nicht zum Zug und somit auch nicht für die Opfer ihrer Taten.

Die Vereinigung für Restaurative Justiz in der Schweiz (Association pour la Justice Restaurative en Suisse AJURES) ist auf Anregung von Mediatoren und Gefängnisseelsorgern gegründet worden, um die restaurative Justiz und ihre Werte zu fördern und um konkret Programme wie die strafrechtliche Mediation weiterzuentwickeln. Seit mehreren Jahren

baut AJURES ein Mediationsangebot in den Westschweizer Justizvollzugsanstalten auf. Es handelt sich um eine Form der Mediation, die nach der Verurteilung des Täters im Strafvollzug zum Tragen kommt. Sie hat keine direkten Auswirkungen auf die Freiheitsstrafe oder deren Vollzug. Ihr Zweck besteht ausschliesslich darin, dem Täter und dem Opfer die Möglichkeit zu bieten, sich Monate oder Jahre nach den Ereignissen über einen Mediator auszutauschen oder sich sogar zu treffen, um den Dialog aufzunehmen. In anderen europäischen Staaten, namentlich in Belgien, bestehen solche Programme bereits seit Mitte der 90er Jahre, und zwar auch für schwere Straftaten wie Tötung, sexuelle Übergriffe oder Raub.

Ein Protokoll in drei Schritten

AJURES folgt einem Protokoll in drei Schritten: (1) Evaluation, (2) Vorbereitung und (3) Umsetzung. In der Evaluationsphase kontaktiert AJURES die Leitung sowie die Sozialarbeiter der Justizvollzugsanstalt, um herauszufinden, welche Personen sich aus ihrer Sicht konstruktiv an einer Mediation beteiligen können. Der medizinische Dienst wird ebenfalls konsultiert. In der Folge wird das Verfahren diesen Inhaftierten angeboten. Dabei wird präzisiert, dass es – wie auch das Ergebnis ausfallen mag – keinen Einfluss auf die Strafe oder deren Vollzug hat. Wenn Inhaftierte ihre Zustimmung geben, beginnt die Vorbereitungsphase.

Darauf treffen zwei Mediatoren jeden interessierten Insassen, um sicherzugehen,

dass das Verfahren in seinem Fall geeignet ist. Sie klären mit ihm ab, was er vom Verfahren erwartet und weisen deutlich darauf hin, dass es keine «rechtlichen» Folgen hat. Sie bestimmen gemeinsam, ob die Person für eine Mediation bereit ist. AJURES schreibt dann dem Opfer – grundsätzlich zuerst seinem Anwalt –, um ihm ein Treffen mit einem Mediator anzubieten, der ihm das Vorgehen ebenfalls erläutert. Wie beim Inhaftierten bespricht der Mediator mit dem Opfer, was es von der Mediation erwartet und erwarten kann. Er orientiert es über die Risiken der Mediation und beurteilt seine emotionalen, intellektuellen und anderen Ressourcen zur Vorbeugung dieser Risiken.

Sofern das Opfer und der Täter zustimmen, kann die Umsetzung der Mediation beginnen. Je nach Wunsch kann die Mediation nur indirekt, d. h. über den Mediator, oder im Rahmen eines begleiteten Treffens in der Justizvollzugsanstalt erfolgen.

Das Programm wurde in einem Westschweizer Gefängnis lanciert und die ersten Ergebnisse waren sehr ermutigend. Ein Inhaftierter, der in der Schreinerwerkstatt arbeitete, wollte für die Unternehmen, in die er eingebrochen war, eine Holzkrippe bauen. Zwei andere Inhaftierte – der eine war wegen Raub und der andere wegen eines Mordversuchs verurteilt – wollten gegenüber den Opfern ihr Bedauern ausdrücken. Dies insbesondere im Hinblick auf ihre bevorstehende Entlassung und, im einen Fall, wegen des Risikos, dem Opfer wieder zu begegnen. Leider wurde das Verfahren in diesem Kanton aus politischen

Gründen unterbrochen. In Genf hingegen ist das Projekt am Laufen, weil es alle betroffenen Akteure unterstützen.

Wieder Vertrauen in den Menschen fassen

Die Justizvollzugsanstalten sind ein besonders Umfeld, wo Vorsichtsmassnahmen getroffen werden müssen. AJURES tut dies in Zusammenarbeit mit den dort tätigen Fachleuten. Dabei wird ein striktes Verfahren befolgt: Die Fachleute treffen eine Vorauswahl unter den Inhaftierten und die Parteien werden bei jedem Schritt darüber informiert, dass sie verzichten können. In einigen Kantonen ist bei den politischen Behörden und den Akteuren des Justizvollzugs jedoch noch viel Informations- und Sensibilisierungsarbeit erforderlich, damit Inhaftierte und Opfer miteinander reden können. Das geringe Risiko des Verfahrens ist im Verhältnis zu den bedeutenden Vorteilen zu sehen, die es den von der Straftat direkt Betroffenen bietet. Es ist an der Zeit, wieder Vertrauen in den Menschen zu fassen und ihm zumindest eine Chance zu geben, die Beziehungen wiederherzustellen und die Schäden wiedergutmachen versuchen.

«Wenn man keine Imame in die Haftanstalten lässt, besteht die Gefahr, dass ein Insasse sich als Imam deklariert und die Mithäftlinge radikalisiert.»

André Duvillard, Delegierter für den Sicherheitsverbund Schweiz
(Neue Zürcher Zeitung, 29. September 2017)

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna, ronald.gramigna@bj.admin.ch

Redaktion:

Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Nathalie Buthey (nathalie.buthey@bj.admin.ch),
Charlotte Spindler (charlotte.spindler@bluewin.ch), Christine Brand (brandschreibe@gmail.com)

Übersetzung: Raffaella Marra

Administration und Logistik: Andrea Stämpfli (andrea.staempfli@bj.admin.ch)

Layout, Druck und Versand: BBL – MediaCenter Bund, Bern

Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern, +41 58 462 41 28 (andrea.staempfli@bj.admin.ch)

Internetversion: www.prison-info.ch

Copyright/Abdruck:

© Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

Titelbild: Jugendheim Aarburg, Foto: Peter Schulthess



Obwohl das Kind in eine Gruppe eingebunden ist, können die Erziehungseinrichtungen auch stark auf seine spezifischen Bedürfnisse eingehen. Ein Kind muss nicht mehr jeden Tag im Heim sein – vielleicht kann es gewisse Nächte in seiner Familie verbringen, vielleicht können die Eltern die Gute-Nacht-Geschichte ins Heim erzählen kommen... Foto: Peter Schulthess

#prison-info

Die letzte Seite

Blick in die Vergangenheit. Die Festung Aarburg diente in ihrer wechselvollen Geschichte seit 1893 als «Zwangserziehungsanstalt für jugendliche Verbrecher und Taugenichtse». 1931 konnte der über die Landesgrenzen hinaus bekannte Sport- und Reportagefotograf Lothar Jeck (1898-1983) hier erstmals Bilder machen, die im gleichen Jahr in der «Schweizer Illustrierten» veröffentlicht wurden. Seit der umfassenden Sanierung und dem Umbau von 1988 beherbergt die Festung das Jugendheim Aarburg, das den Anforderungen eines modernen Massnahmenvollzugs entspricht. Bild auf der Titelseite: Blick in eine Wohngruppe. Foto: Peter Schulthess.



#prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

2/2017



Etablissements d'éducation

4-36

Plate-forme d'échange
37

Justice restaurative
52



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ



Folco Galli,
rédacteur de #prison-info

En Suisse, des milliers d'enfants et d'adolescents sont gravement menacés dans leur développement et ont besoin d'une prise en charge pédagogique et thérapeutique intensive en milieu institutionnel. Les affaires spectaculaires impliquant des délinquants mineurs et le coût élevé du traitement spécial dont ils bénéficient ne cessent de faire grand bruit. C'est la raison pour laquelle nous avons souhaité attirer l'attention sur le travail de l'ombre qui est effectué au quotidien. Quelque 180 **établissements d'éducation** reconnus par l'Office fédéral de la justice (OFJ) prennent en charge des enfants et des adolescents en proie à de très graves difficultés familiales afin de les soutenir dans leurs parcours scolaire et leur formation, de les aider à apaiser les tensions avec leur famille et de les empêcher de mal tourner.

La plate-forme Casadata, qui est actuellement en construction, fournira un aperçu complet des différents lieux **où un enfant peut être placé**. Lorsqu'un placement extrafamilial se révèle nécessaire, il est important non seulement de connaître toutes les options envisageables mais aussi de **faire le meilleur choix possible pour l'enfant**. Comme les placements sont ordonnés par divers services et organisés de différentes manières, il existe un risque que le savoir acquis soit perdu. Le projet « Wissenlandschaft Fremdplatzierung » (paysage scientifique placement extrafamilial) a donc été lancé pour permettre l'échange de ces connaissances. La plate-forme créée entend ainsi favoriser le dialogue entre les praticiens et les chercheurs dans le but d'accroître la qualité des placements. Des améliorations peuvent également être apportées aux **auditions des enfants** menées dans le cadre des procédures de placement. Une étude récente recommande notamment de ne pas entendre l'enfant qu'une fois de manière formelle mais de le faire participer tout au long de la procédure et de l'informer systématiquement de toutes les décisions le concernant.

Les nombreux établissements d'éducation existant en Suisse se distinguent notamment par leur mission, leur orientation pédagogique et thérapeutique, leur offre de formation, leur taille et leur degré d'ouverture. La **présentation d'établissements d'éducation** issus des trois régions linguistiques révèle que, aussi divers soient-ils, ils ont tous la même conviction : la réussite de leur travail tient essentiellement au fait que les parents se voient confier la responsabilité de l'évolution de leur enfant et qu'ils participent aux décisions, au même titre que ce dernier. L'exemple d'un projet zurichois novateur montre comment l'on peut garantir, grâce à des offres adaptées, la pérennité des progrès réalisés sur le plan pédagogique après un placement. Le **suivi** des care leavers en est toutefois encore à ses balbutiements en Suisse.

Un regard sur le passé nous amène enfin à nous pencher sur l'**histoire du placement extra-familial**. Il ne s'agit pas ici de porter un jugement péremptoire sur les éducateurs de l'époque mais d'avoir une réflexion critique sur les zones d'ombre qui entourent le placement extrafamilial d'hier et d'aujourd'hui.

Online-Version:



Sommaire

Coup de projecteur : Etablissements d'éducation



Photo: Peter Schulthess

Quelque 180 établissements d'éducation reconnus par l'Office fédéral de la justice (OFJ) prennent en charge des enfants et des adolescents en proie à de très graves difficultés familiales afin de les soutenir dans leurs parcours scolaire et leur formation, de les aider à apaiser les tensions avec leur famille et de les empêcher de mal tourner.

- 4 La plate-forme Casadata livre ses premiers résultats
- 8 L'examen des conditions de reconnaissance des établissements d'éducation va être optimisé
- 10 Quand un enfant ne peut plus rester chez lui
- 13 Faire participer l'enfant tout au long de la procédure
- 15 Les parents restent impliqués dans l'éducation de leurs enfants
- 18 Une institution adaptée à chaque enfant
- 22 La continuité relationnelle, pierre angulaire de l'engagement
- 28 Les care leavers ont besoin d'offres adaptées à leurs besoins
- 31 Réfléchir aux zones d'ombre de l'éducation institutionnelle

37 Cinq questions à Patrick Cotti

Champ-Dollon



Photo: Victor Fatio

Champ-Dollon, joue, depuis quarante ans, son rôle de punir, de protéger la société d'individus n'en respectant pas les règles, mais aussi de garantir le futur de ces derniers. Cet ultime aspect de l'institution reste méconnu.

- 38 La Prison de Champ-Dollon, Quarante ans d'histoire
- 41 En direct du Parlement
- 42 La primauté de la peine pécuniaire sur la peine privative de liberté maintenue
- 44 Combler les lacunes dans la délégation de l'exécution des décisions pénales

EPTA



Photo: Eliane Zimmermann

Le Réseau européen des centres de formation du personnel pénitentiaire (European Penitentiary Training Network ou EPTA) entend favoriser les échanges sur la formation du personnel pénitentiaire. Cette année, ses membres se sont réunis en Suisse.

- 45 Formation des cadres dans le domaine de l'exécution des peines
- 47 « Notre travail est un investissement dans la société »
- 49 Brèves
- 50 Manifestations
- 51 Nouveautés
- 52 Carte blanche : « Permettre aux détenus et aux victimes de se parler »

La plate-forme Casadata livre ses premiers résultats

Chronique d'une « expédition » réussie

La plate-forme Casadata, qui a été mise en ligne en janvier 2017, permettra à moyen terme d'avoir une vue d'ensemble des établissements d'éducation et des enfants placés auprès de tiers, mais aussi de disposer des bases nécessaires pour mener des discussions sur le placement institutionnel et familial et prendre des décisions stratégiques. Ce « compte rendu d'expédition » présente les progrès réalisés et l'avancement des travaux.

Beatrice Kalbermatter

La Confédération verse chaque année 75 millions de francs de subventions d'exploitation et 10 millions de francs de subventions de construction à quelque 180 établissements d'éducation pour mineurs en Suisse. Une subvention n'est allouée que si une planification cantonale et régionale existe. La planification des prestations représente un défi de taille dans tous les secteurs. Il n'existe toutefois aucune statistique nationale sur le placement d'enfants et d'adolescents. En 1986, l'Office fédéral de la justice (OFJ) a, pour la première fois, tenté de dresser un état des lieux et mandaté le service alors en charge des placements institutionnels de présenter un rapport visant à répondre à la question suivante : comment les cantons peuvent-ils attester dans leur planification qu'un établissement d'exécution des mesures pour mineurs répond à un besoin ? Toutes les tentatives entreprises par la suite en vue de réaliser une statistique nationale se sont toutefois heurtées à la complexité des compétences fédérales, cantonales et intercantionales.

L'OFJ a fait une nouvelle tentative en 2012 (voir bulletin info 1/2012), à la suite de laquelle un concept de planification a vu le jour en 2014 (voir bulletin info 1/2014). Grâce à la collaboration de l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS), la programmation du système a pu être lancée en 2015 et la nouvelle plate-forme Casadata être créée (voir bulletin info 1/2015). Le recueil des données a débuté en 2016.

Il était temps de procéder à un état des lieux

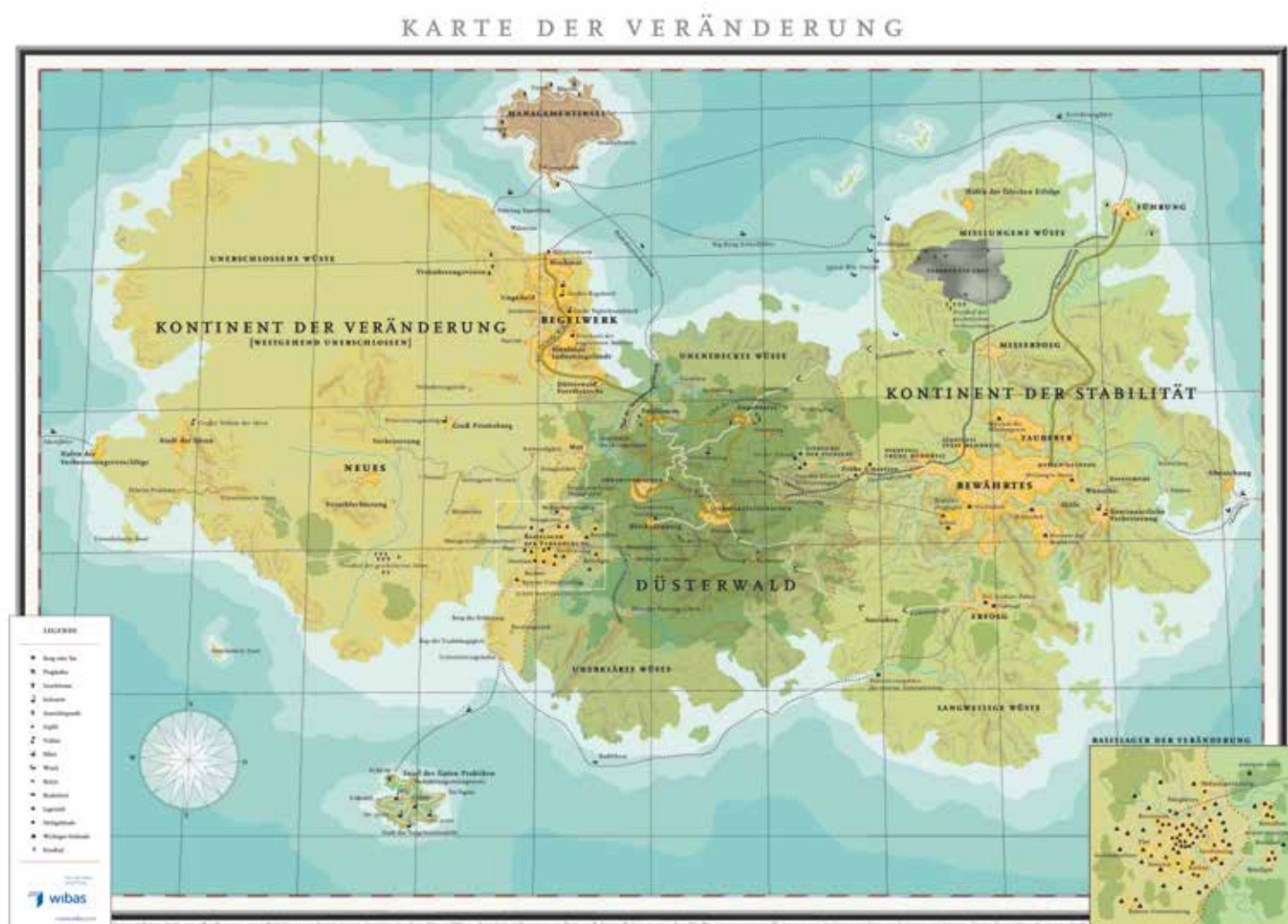
Dans leur ouvrage *Der Weg zur professionellen IT – eine praktische Anleitung zum Management von Veränderungen mit CMMI, ITIL oder SPIC* (Vers des solutions informatiques professionnelles – guide pratique pour la gestion des changements avec CMMI, ITIL ou SPIC), Malte Foegen et Mareike Solbach ont choisi une façon intéressante de représenter un processus de changement : la « carte du changement ». Deux continents sont représentés sur cette carte : « à l'est, le «continent de la stabilité» et, à l'ouest, le «continent du changement». Entre les deux se trouve la Forêt de Grand'Peur. (...) Il faut franchir à nouveau cette dernière pour atteindre le continent du changement et y être adopté. Les dangers sont nombreux dans cette forêt. On peut facilement s'y perdre et ne plus trouver d'issue. » [trad.] Casadata n'est certes pas un projet de gestion d'un changement, mais la métaphore de la carte est particulièrement adaptée pour expliquer dans un « compte rendu d'expédition » comment la plate-forme a vu le jour et présenter les premiers résultats du périple entrepris.

Le départ

Au nord du continent du changement se trouve l'île aux enfants, une île sur laquelle vivent des enfants qui ne peuvent pas rester chez leurs parents. Cette île a été très peu explorée jusqu'à présent si bien que



Beatrice Kalbermatter est la responsable du projet Casadata à l'Office fédéral de la justice.



personne ne connaît précisément le nombre d'enfants qui s'y trouvent. Il existe deux modes de vie là-bas : la famille d'accueil et le foyer. Sur le continent de la stabilité, tout le monde se fait depuis longtemps des reproches à propos du fait qu'on ne sache pas combien d'enfants y vivent, d'où ils viennent exactement et où ils vont. Nous vivons tout de même à une époque où les drones offrent des possibilités d'exploration nombreuses ! L'OFJ a lancé une nouvelle expédition en 2012. Il a réussi à convaincre les cantons d'y participer. Quelques-uns d'entre eux ont, à ce moment-là, déjà pu fournir une quantité relativement importante de renseignements sur les enfants placés provenant leur territoire. Cependant, comme les enfants de cette île avaient des envies d'ailleurs, ces cantons se sont également montrés intéressés par la mise en place d'un réseau national. Le convoi s'est donc mis en route pour la Forêt de Grand'Peur. Il restait toutefois encore un problème à résoudre : qui devait mener cette expédition ? L'OFJ, qui ne finance la prise en charge que d'une partie de ces enfants ? Des associations supracantoniales,

même si aucune d'entre elles n'est responsable de l'ensemble des enfants ? On venait à peine de pénétrer dans la Forêt de Grand'Peur que cette expédition semblait déjà vouée à l'échec.

C'est alors que se produisit un événement qui ne s'était encore jamais produit dans la Forêt de Grand'Peur : un office d'un autre département, l'OFAS, a proposé de faire route avec lui. Il avait en effet, lui aussi, besoin de recueillir des données sur le continent du changement, pouvait se fonder sur une base légale pour ce faire, avait étudié le trajet et déjà composé une équipe de qualité. Sans cette proposition, l'obstacle de la Forêt de Grand'Peur se serait une fois de plus révélé infranchissable. On se serait perdu et on n'aurait pas trouvé la sortie. L'OFJ pouvait désormais accepter de diriger la mission d'exploration de l'île aux enfants.

Gestion des risques et des opportunités pendant le voyage

Durant les longues nuits de cette expédition, l'OFJ et les cantons ont commencé à ébaucher des pro-

La « carte du changement » mise au point par Malte Fiegen et Mareike Solbach permet une représentation visuelle des processus de changement. Les responsables du projet Casadata ont réussi, au terme d'une expédition périlleuse à travers la Forêt de Grand'Peur, à atteindre le continent du changement.

© WIBAS GmbH



Casadata, la plate-forme pour le placement en établissement d'éducation et le placement familial, est en ligne depuis janvier 2017 et continuellement mise à jour.

« Casadata permet une utilisation directe ne nécessitant pas d'attendre la publication des rapports de l'OFJ. »

jets. On était enfin en route ! Le véhicule utilisé pour mener l'expédition se remplit de souhaits, de demandes, d'idées, de conceptions... qui n'allaient malheureusement pas tous dans le même sens. Surchargé, le véhicule faillit s'embourber dans la Forêt de Grand'Peur. On s'est alors demandé s'il fallait faire demi-tour, aller chercher un véhicule plus grand, mener de nouvelles discussions sur le continent de la stabilité ou laisser des souhaits et des demandes dans la forêt. L'OFJ a décidé de poursuivre le périple et de se restreindre aux bagages vraiment importants. Si cette décision a été saluée par les cantons et les institutions, ces derniers n'ont pas toujours été d'accord sur les bagages que l'OFJ considérait comme importants. Les bagages contenant les idées qui ont été laissés ont cependant été stockés en lieu sûr et pourront être emportés lors d'une prochaine expédition.

Le convoi réussit à traverser la Forêt de Grand'Peur avec l'aide de l'OFAS, des cantons mais aussi d'organisations supracantoniales. Ce fut un gros soulagement. On avait défini le type d'informations dont on avait besoin et mis, avec enthousiasme, le cap sur l'île aux enfants. On avait toutefois sous-estimé la difficulté de la conduite et de la lecture de cartes sur le continent du changement. Il n'y avait tout à coup plus de panneaux de signalisation. Les membres de l'expédition ont emprunté des voies sans issue, ont « tourné en rond » mais ont fini par trouver leur chemin en faisant parfois appel à leur intuition, en effectuant un gros travail de réflexion et en menant des discussions. Ils ont enfin réussi à dessiner une carte indiquant comment se rendre sur l'île aux enfants. Il fallait à présent trouver de toute urgence une solution de traitement numé-

rique. Et là encore, la chance fut au rendez-vous. Après une procédure d'adjudication OMC complexe, a pu être trouvé sur le continent du changement un fournisseur informatique qui attirait constamment l'attention sur les possibilités et les risques, selon le principe des quatre yeux.

C'est maintenant que les choses sérieuses commencent

Le convoi fait actuellement escale dans le port qui permet de rallier l'île aux enfants. Les cantons s'y rendent par bateau pour recueillir des données sur les enfants auprès des institutions et des familles d'accueil. Ces données sont traitées consciencieusement sur le continent du changement. Certains cantons ont pu rapidement construire un bateau, d'autres y travaillent encore. Mais même pour ceux qui ont un bateau, le recueil de données n'est pas toujours une mince affaire. Sur l'île aux enfants, on parle de nombreuses langues, et même ceux qui parlent la même langue ne se comprennent pas toujours. C'est la raison pour laquelle les données ne parviennent parfois pas sous la forme requise sur la terre ferme. Certaines doivent par conséquent être réexpédiées par bateau et de nombreuses autres être précisées et vérifiées. Il est important que les données personnelles concernant les enfants ne parviennent pas sur la terre ferme. L'un des défis majeurs qui s'est présenté mais qui a finalement pu être relevé est la protection des données.

Pourtant, les allers-retours demandent toujours beaucoup de temps, d'énergie et de patience. Il faut, comme pour toute expédition, avoir une volonté de fer pour tenir bon et encaisser les coups. Ceux qui râlent ou qui doutent ont par ailleurs à nouveau besoin d'être motivés. Par chance, les membres de l'équipe d'expédition provenant des cantons, notamment, sont eux aussi prêts à participer activement au processus, à soutenir le projet et à continuer à croire dans sa réussite. Et ça y'est, on dispose enfin de premières informations sur les habitants de l'île aux enfants !

Pour éviter tout malentendu, il convient de préciser que les enfants placés en institution ou en famille d'accueil ne vivent bien entendu pas sur une île, mais lorsqu'on cherchait jusqu'à présent des informations et des chiffres à l'échelle nationale les concernant, c'est l'impression qu'on avait. Laissons à présent de côté la métaphore de la carte et intéressons-nous aux premiers résultats.

www.cadadata.ch – vue d'ensemble

Casadata se compose d'une première partie accessible au public, sur laquelle sont réunies toutes les informations pertinentes sur le domaine du place-

ment en lien avec la Confédération, les cantons, les institutions, les familles d'accueil, les écoles et les universités ainsi que les associations. Vous voulez savoir qui est compétent en la matière dans un canton ? Vous recherchez un établissement spécialisé dans la prise en charge des filles ou qui dispose d'un concept de lutte contre la violence efficace ? Vous souhaitez avoir rapidement accès aux statistiques des jugements pénaux des mineurs ? Casadata est l'outil qu'il vous faut. Vous disposez d'un concept de qualité ou avez effectué des travaux de recherche intéressants ? N'hésitez pas à nous en faire part afin que l'on puisse mettre les informations en question à disposition des personnes intéressées sur Casadata. Si vous souhaitez par ailleurs en savoir plus sur d'autres domaines de la politique de l'enfance et de la jeunesse, vous pouvez consulter la plateforme de l'OFJ qui se trouve à l'adresse suivante : www.politiqueenfancejeunesse.ch.

Casadata comporte également une partie sécurisée, à laquelle seuls l'OFJ, les cantons et les institutions ont accès. Y sont enregistrées et validées des données anonymisées et codées. Toute personne qui saisit des données peut aussi procéder à des analyses. Casadata permet une utilisation directe ne nécessitant pas d'attendre la publication des rapports de l'OFJ. Les données figurant actuellement sur la plate-forme doivent toutefois encore être validées minutieusement. C'est l'OFJ qui se chargera de cette tâche au cours des prochains mois, avec l'aide des cantons et d'un groupe de suivi.

Premiers chiffres sur les institutions et les enfants

En 2016, 14 cantons ont recueilli des données concernant 128 établissements pour mineurs reconnus par l'OFJ et 76 établissements non reconnus. En 2017, ils étaient pas moins de 20 à récolter des données sur 189 établissements reconnus et 76 établissements non reconnus. Les chiffres indiqués ci-après se rapportent tous à l'année 2016.

Les 204 établissements recensés avaient une capacité totale de 5200 places en 2016, ce qui représente 25 places par établissement en moyenne. Le recensement des familles d'accueil sera véritablement effectif à partir de 2018. Nous pouvons toutefois prendre en compte le chiffre de 500 familles pour l'année 2016.

Les données de 4800 enfants placés en institution ont été recueillies en 2016. Un code est associé à chaque enfant ; il est toutefois impossible de suivre le parcours de chacun, seules des évaluations à l'échelle du groupe étant possibles. La protection des données figure au premier plan sur Casadata. Tout premier placement, changement d'institution ou changement d'unité dans le cadre d'une progres-

sion dans l'exécution est systématiquement enregistré comme un cas. Un adolescent qui a, en 2016, été admis dans une unité fermée puis transféré dans un établissement ouvert a généré deux cas. On a ainsi obtenu 7500 cas au total pour 4800 enfants recensés en 2016. La prochaine étape consistera à analyser le parcours de ces enfants. Il y a visiblement eu beaucoup de mouvements en une année ! La même analyse peut être faite en ce qui concerne la durée des placements. Cette analyse dynamique offre, contrairement à l'analyse au jour de référence qui était généralement pratiquée jusqu'à présent, une multitude de possibilités, mais pose également des difficultés s'agissant de la conception de l'analyse.

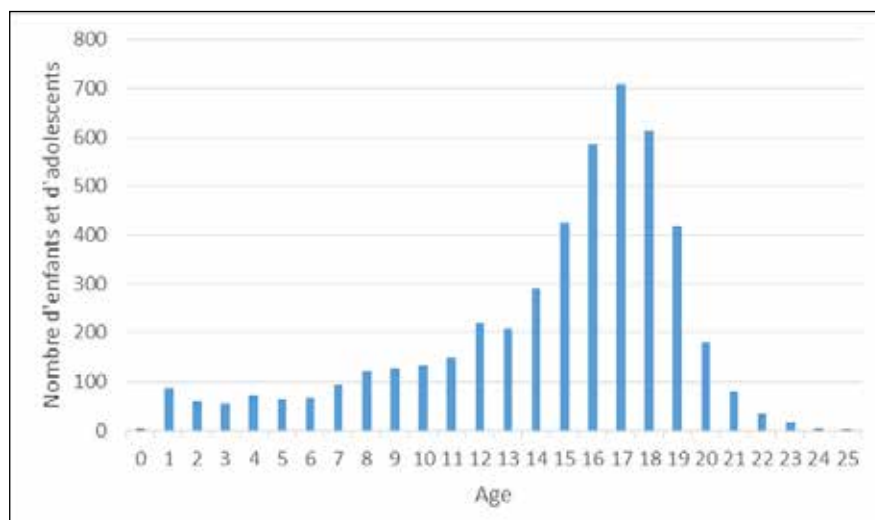
Répartition par âge

Casadata permet également de procéder à une recherche par classe d'âge. On peut ainsi connaître le nombre d'enfants placés ou la durée des placements pour une classe d'âge donnée. Il est ici intéressant de constater que les placements sont extrêmement nombreux chez les 14–17 ans. Il est cependant surprenant de voir que nombre de jeunes âgés de 18 ou 19 ans sont également toujours concernés par cette mesure ; la transition vers l'indépendance est donc une problématique qui mérite une attention particulière.

Un rapport comportant également une analyse de la répartition par sexe, des motifs de placement, des mouvements au sein des cantons et entre les cantons ainsi que du taux d'occupation des établissements pour les années 2016 et 2017 sera présenté en 2018.

« La protection des données figure au premier plan sur Casadata. »

Nombre d'enfants et d'adolescents placés dans les établissements recensés par âge



L'examen des conditions de reconnaissance des établissements d'éducation va être optimisé

Enseignements tirés des observations faites jusqu'à présent et de l'analyse de deux évaluations

A l'avenir, on s'attachera notamment à clarifier la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons lors de l'examen des conditions de reconnaissance des établissements pour mineurs et jeunes adultes. La nouvelle procédure offrira une plus grande marge de manœuvre, qui permettra de s'adapter aux besoins spécifiques de chaque canton et institution.

L'Office fédéral de la justice (OFJ) a reçu pour mandat légal de développer des exigences minimales uniformes pour les établissements d'éducation en internat et de promouvoir la planification au niveau de la Suisse. Les critères quantitatifs et qualitatifs régissant l'octroi des subventions d'exploitation visent à gommer les différences qui pourraient résulter de la structure fédéraliste de la Suisse. Les conditions de reconnaissance élaborées par l'OFJ se fondent sur l'idée que le cadre de l'éducation institutionnelle peut avoir une influence positive sur le développement des mineurs et des jeunes adultes qui y sont placés et accroître les chances de réaliser les objectifs visés, tels que la réinsertion sociale ou la non-récidive.

Les établissements reconnus par l'OFJ accueillent des enfants et des adolescents qui sont gravement menacés dans leur développement et qui ont besoin d'un traitement institutionnel intensif. Ces jeunes ne peuvent plus vivre dans leur milieu d'origine en raison de problèmes psychosociaux. La complexité de leurs problèmes demande une intervention plus importante qu'un traitement ambulatoire ou semi-institutionnel. Ils sont par conséquent placés dans le cadre d'une mesure de droit civil ou pénal ou avec l'accord de leur parent.

Entre 2005 et 2017, l'OFJ est allé, à trois reprises, inspecter sur place les 175 établissements reconnus. Les observations faites durant cette période et l'analyse de deux rapports d'évaluation ont permis d'identifier des potentiels d'amélioration concernant la clarification de la responsabilité des instances fédérales et cantonales, la planification et l'analyse des besoins ainsi que l'échange d'informations et la gestion des connaissances.

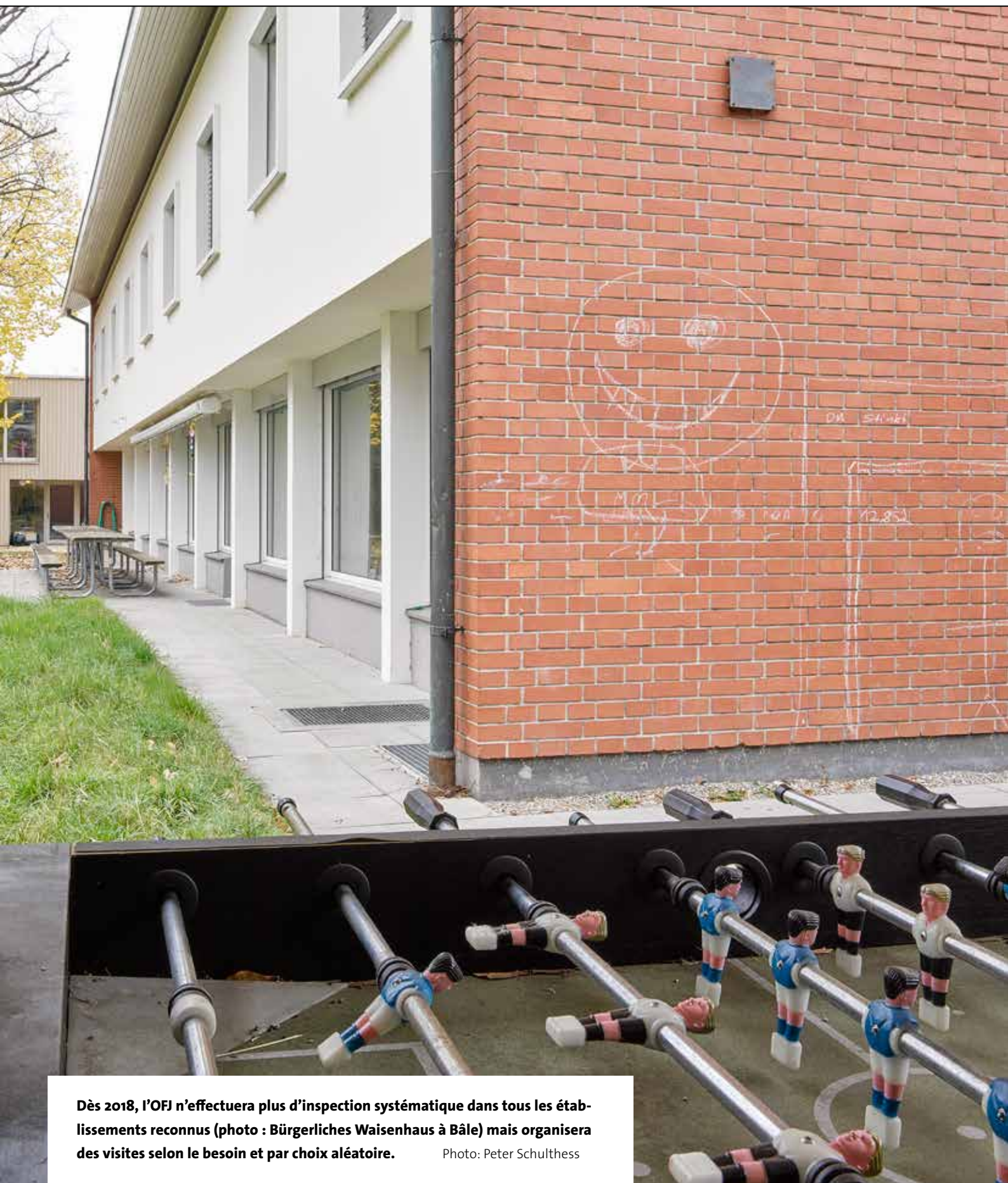
Éviter les doublons

Afin d'éviter les doublons, l'accent sera mis, au cours du prochain cycle d'inspections (2018-2021), sur la cla-

rification de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Dès 2018, l'OFJ n'effectuera plus d'inspection systématique dans tous les établissements reconnus mais organisera des visites selon le besoin et par choix aléatoire. Le besoin pourra être évoqué par la Confédération, le canton ou l'institution. L'OFJ effectuera entre 10 et 12 inspections par an seulement, contre 45 jusqu'à présent.

L'OFJ vérifiera les conditions de reconnaissance sur la base des données transmises par l'institution. Il enverra – comme c'était le cas jusqu'à présent – un questionnaire qui sera d'abord rempli par l'institution, puis contrôlé par l'office cantonal de liaison. Dans ce questionnaire, l'institution et le canton auront la possibilité d'ajouter des commentaires sous forme de texte libre pour faire part d'éventuelles problématiques, de bonnes pratiques ou de la volonté d'organiser une visite de l'OFJ. Les institutions seront par ailleurs invitées à envoyer à l'OFJ un rapport sur les objectifs convenus. Sur la base de ces informations, l'OFJ et le canton concerné discuteront en début d'année de la situation de chaque institution, de la planification cantonale et du système de surveillance propre à chaque canton. Ils décideront ensuite quelles institutions seront inspectées.

La mise en ligne de Casadata, la plate-forme pour le placement en établissement d'éducation et le placement familial en Suisse (voir p. 4), permet d'apporter des améliorations dans les deux autres domaines susmentionnés. Alors qu'on ne disposait jusqu'à présent d'aucune donnée fiable pour planifier les besoins, ces derniers pourront être mieux identifiés et analysés grâce aux données enregistrées dans Casadata. Par ailleurs, si les informations étaient auparavant communiquées de manière ponctuelle et plutôt aléatoire aux cantons et aux institutions, elles peuvent désormais leur être transmises de manière systématique grâce à cette plateforme. (gal)



Dès 2018, l'OFJ n'effectuera plus d'inspection systématique dans tous les établissements reconnus (photo : Bürgerliches Waisenhaus à Bâle) mais organisera des visites selon le besoin et par choix aléatoire.

Photo: Peter Schulthess

Quand un enfant ne peut plus rester chez lui

Une nouvelle plate-forme doit permettre d'améliorer la qualité des placements extrafamiliaux

En Suisse, des milliers d'enfants et d'adolescents vivent en institution ou en famille d'accueil. Il existe autant de raisons à ces placements que de services qui les ordonnent et les exécutent. La nouvelle plate-forme WiF.swiss doit permettre d'améliorer les échanges entre les praticiens et les chercheurs, l'objectif étant que chaque enfant fasse l'objet du meilleur placement possible.

Christine Brand

« L'idéal serait qu'aucun enfant ne soit placé, mais la réalité est malheureusement parfois loin de cet idéal. »

Fabian est né au sein d'une famille où il ne fait pas vraiment bon vivre. Son père est dépressif et suit un traitement psychiatrique. Quant à sa mère, elle passe ses journées à boire et vit avec son nouveau compagnon dans une autre ville. Par ailleurs, le logement dans lequel il vit ne ressemble pas vraiment à une maison : des affaires traînent partout et les conditions d'hygiène sont déplorables. Son père ne lui fixe aucune limite. On a parfois l'impression que les rôles sont inversés entre le père et le fils de 11 ans.

Fabian rencontre des difficultés à l'école et dans la vie. Il ne respecte pas les règles. Qui plus est, il tape constamment, s'en prenant la plupart du temps à des enfants plus petits que lui. Les mesures ordonnées – des thérapies individuelles pour le père et le fils et une thérapie commune – n'ont pas permis d'améliorer la situation. Les autorités ont donc convenu avec la famille de Fabian que ce dernier ne pouvait plus rester chez lui : il a été placé en famille d'accueil.

Fabian fait partie de ces milliers d'enfants et adolescents qui, en Suisse, ne grandissent pas au sein de leur famille. Ils sont placés dans des institutions, des logements collectifs accompagnés ou, plus rarement, des centres d'exécution des mesures pour mineurs. Il n'existe aucune statistique nationale sur le nombre d'enfants placés ainsi que sur les lieux et les types de placement, ce qui a de quoi surprendre dans un pays comme la Suisse, où chaque vache est enregistrée et qui a un lourd passé en matière de placements extrafamiliaux. L'action « Enfants de la grand-route », dans le cadre de laquelle des parents yéniches se sont vu retirer leurs enfants, ainsi que

les drames vécus par de nombreux enfants placés de force sont toujours présents dans les esprits.

Le placement comme solution de dernier recours

Contrairement à ce qui était le cas auparavant, un placement n'est aujourd'hui ordonné qu'en dernier recours : un enfant n'est retiré à sa famille que lorsqu'on n'a plus d'autre choix, autrement dit, lorsqu'on estime que c'est la meilleure solution pour lui. « L'idéal serait qu'aucun enfant ne soit placé, mais la réalité est malheureusement parfois loin de cet idéal », explique Laura Valero, la responsable de la communication d'Integras, l'association professionnelle pour l'éducation sociale et la pédagogie spécialisée. Elle cite toutes sortes de raisons pouvant expliquer qu'un enfant ne puisse plus rester dans sa famille. Parfois, ce sont les parents qui sont en cause, parfois c'est l'enfant, mais la plupart du temps c'est simplement leur impossibilité à vivre sous le même toit qui justifie un placement. C'est le cas par exemple lorsqu'une mère toxicomane est incapable d'élever ses enfants, qu'un père célibataire ne s'en sort pas avec son fils adolescent ou que la violence est devenue omniprésente au quotidien. « Nous n'avons pas toujours affaire à des enfants difficiles ou à des parents dépassés », souligne Laura Valero. « Il s'agit parfois d'enfants maltraités, de parents souffrant de troubles psychiques ou de problèmes de dépendance ou encore d'une combinaison de plusieurs facteurs ; dans de nombreux cas, une cause sociale est à l'origine du problème. »

En fonction de la situation, les placements sont ordonnés par des services différents. Près des deux tiers d'entre eux sont des placements volontaires, c'est-à-dire des placements effectués avec le consentement des parents. En pareils cas, l'initiative émane généralement de l'école, du service social communal ou des parents eux-mêmes. Environ 30 % des placements sont décidés par les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) car le bien de l'enfant est menacé. Un peu moins de 3 % d'entre eux sont ordonnés dans le cadre d'une décision pénale : une mesure est prononcée par le procureur des mineurs ou le tribunal des mineurs lorsqu'un jeune commet une infraction.

A ce jour, des normes communes font défaut

Un placement constitue une atteinte importante à la vie et aux droits d'un enfant et de ses parents, mais c'est aussi une tâche difficile à accomplir pour les professionnels impliqués. Il n'existe pourtant à ce jour aucune norme commune. Les placements sont en effet organisés de manière différente selon l'endroit. « Nous sommes constamment confrontés au défi du fédéralisme dans notre travail », explique Laura Valero. Certes la professionnalisation des APEA a constitué une avancée. « Cependant, l'organisation des placements incombe aux cantons, mais parfois aussi aux communes, et la manière de procéder diffère d'un endroit à l'autre. » Il est difficile de s'y retrouver. « C'est comme si nous travaillions dans 26 laboratoires différents ; c'est parfois désespérant. »

Favoriser le dialogue entre les praticiens et les chercheurs

L'association Integras s'est donc fixée comme objectif de faire connaître les meilleures pratiques utilisées dans les différents cantons aux autres acteurs : l'expertise acquise aux quatre coins du pays ne doit pas être perdue mais partagée. C'est la raison pour laquelle Integras s'est rapprochée de la ZHAW Travail social et a lancé, avec l'aide de la Gerbert Ruff Stiftung, le projet « Wissenlandschaft Fremdplatzierung » (panorama scientifique placement extra-familial) ou WiF : le but est ici de créer une plateforme visant à favoriser le dialogue entre praticiens et scientifiques et donc à améliorer la qualité du travail accompli lors des placements. Mme Valero explique qu'« il s'agit par exemple de répondre à des questions telles que : Qu'est-ce qui pose particulièrement problème lors d'un placement ? Comment faire en sorte qu'un placement se déroule au mieux ? A quoi doit-on particulièrement faire attention en tant que professionnel ? ».

Les spécialistes issus de la pratique, tout comme ceux issus de la recherche, ont conscience de la nécessité d'un échange. Le projet WiF a pour but de les

rapprocher afin d'améliorer le dialogue entre eux. « C'est la raison pour laquelle nous avons organisé, au début du projet, des ateliers qui ont permis de réunir des professionnels de différentes institutions », explique Stefan Eberitzsch. « Dans le cadre de ces ateliers, nous avons discuté de plusieurs thèmes importants en lien avec le placement en nous basant sur les connaissances scientifiques actuelles ». Stefan Eberitzsch est le responsable du projet WiF et travaille, comme le responsable adjoint, Samuel Keller, à l'Institut de l'enfance, de la jeunesse et de la famille de la ZHAW Travail social. « En Suisse, un grand nombre de scientifiques et de praticiens s'attachent, à l'heure actuelle, essentiellement à développer des méthodes d'évaluation de l'intérêt supérieur de l'enfant », déclare M. Eberitzsch. « Le rôle joué par les professionnels pendant le processus de placement et la prise en charge est, quant à lui, relégué au second plan et n'est guère développé sur le plan scientifique ». Le projet WiF vise à combler cette lacune progressivement. Pour ce faire, les connaissances existant en matière de placement sont actualisées et mises à la disposition de tous sur le site Internet www.WiF.swiss. « Concrètement, il s'agit de mettre en relation les résultats de nos études avec la pratique », explique Samuel Keller. « Nous avons pour ce faire créé une plate-forme sur laquelle les praticiens peuvent s'informer sur nos connaissances scientifiques et y réfléchir à la lumière de leur expérience pratique. »

Ces connaissances scientifiques ont, pour certaines, considérablement évolué au cours des dernières années. Avant, on plaçait l'enfant le plus loin possible de chez lui afin de le tenir à distance de son environnement habituel. On sait aujourd'hui qu'il est important que l'enfant puisse rester dans cet environnement. Il y a 40 ans, on interdisait par ailleurs aux parents tout contact avec leur enfant lorsque celui-ci était placé. Aujourd'hui, on veille à ce que le lien entre eux soit, si possible, maintenu et renforcé. Un placement a de plus grandes chances de réussir lorsque les parents sont impliqués et consentants.

www.WiF.swiss – un guide en ligne destiné aux professionnels

Mais les connaissances spécialisées que les scientifiques et les praticiens ont acquises peuvent-elles être systématiquement utilisées compte tenu de l'extrême diversité des situations ? Pour Samuel Keller, « il est évident que chaque cas est unique et qu'il n'existe pas de processus-type ». Il existe toutefois des typologies, selon lui. Personne ne peut prétendre que lorsque la situation A se présente, c'est la solution B qu'il faut appliquer. « Des suggestions peuvent toutefois être formulées. » La question sui-



Laura Valero : « Ne pas perdre l'expertise acquise mais la partager. »



Stefan Eberitzsch : « Comblant une lacune grâce au projet WiF. »



Samuel Keller : « Des suggestions peuvent être formulées. »

La collaboration des professionnels impliqués est déterminante dans la réussite du processus de placement. Il convient de prendre également particulièrement en compte le point de vue du jeune et son intérêt supérieur.
Photo : Keystone



vante figure toujours au centre des préoccupations : « Comment faire pour évaluer une situation très difficile et trouver le meilleur placement possible ? » Grâce au site www.WiF.swiss, les professionnels disposent d'un outil, une sorte de guide en ligne, auquel ils peuvent apporter leur contribution en intégrant des commentaires et des remarques.

La demande est importante. Mais la nécessité de prendre des mesures dans d'autres domaines du placement l'est tout autant. En effet, même lorsqu'on a déterminé avec soin l'endroit le plus adéquat pour placer un enfant, il est fréquent qu'aucune chambre n'y soit disponible. Par ailleurs, il n'est pas rare que des considérations financières entrent en ligne de compte dans une décision. « Chaque canton dispose de son propre modèle de financement », explique Laura Valero, la responsable de la communication d'Integras. En fonction du type de placement, du service qui s'en charge et du lieu de placement, les coûts sont pris en charge par le canton, par la commune, par les deux ou par un fonds. Il peut alors arriver qu'un dossier soit briguebalé d'une instance à l'autre et qu'un placement prenne énormément de temps, ce qui peut parfois avoir des conséquences désastreuses pour l'intéressé. La dernière phase de transition à traverser après un placement est, elle aussi, problématique : les jeunes qui quittent une institution se retrouvent souvent seuls, sans aucun soutien. La fondation Zürcher Kinder- und Jugendheim (ZKJ) entend combler cette lacune grâce au

projet pilote « Nachbetreuung – Nachhaltigkeit von Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen » (Suivi – Durabilité des mesures éducatives et pédagogiques) : elle propose un coaching gratuit aux jeunes concernés, prenant ainsi le relais lorsque les mesures d'aide à la jeunesse prennent fin (voir article p. 28).

Une situation qui s'améliore en règle générale

En règle générale toutefois, la situation des jeunes placés en institution ou en famille d'accueil s'améliore. C'est à cette conclusion que parvient une étude réalisée par les cliniques psychiatriques universitaires pour enfants et adolescents de Bâle et d'Ulm, financée par l'Office fédéral de la justice. Dans le cadre de cette étude qui a duré quatre ans, 64 institutions et près de 600 enfants ont été interrogés. On y apprend que trois enfants placés sur quatre souffrent de troubles du comportement social, de dépression ou d'autres maladies psychiques et que leurs problèmes diminuent au fur et à mesure des années passées dans l'institution, ce qui signifie qu'ils vont mieux. Un peu plus de 80 % des enfants placés atteignent dans l'année les objectifs qu'ils se sont fixés avec leur éducateur.

C'est le cas de Fabian, cet enfant de 11 ans qui ne vit plus chez son père dépressif mais en famille d'accueil. Dans ce nouvel endroit, il s'est apaisé. Ses résultats scolaires se sont améliorés. Et surtout, il a arrêté de taper les autres enfants.

« Concrètement, il s'agit de mettre en relation les résultats de nos études avec la pratique. »

Faire participer l'enfant tout au long de la procédure

Etude du CSDH sur l'audition de l'enfant

Avant d'être placés, les enfants de six ans ou plus sont en principe entendus par les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) tandis que les enfants plus jeunes le sont par les services de protection. Une étude réalisée par le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH) considère qu'il est possible d'améliorer, notamment, la façon d'interroger les enfants et de les associer à la procédure.

En vertu de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant et des lignes directrices du Conseil de l'Europe sur une justice adaptée aux enfants, l'enfant doit avoir la possibilité d'être entendu dans toute procédure le concernant. Ses opinions doivent être prises en considération eu égard à son âge et à son degré de maturité. Nicole Hitz Quenon et Fanny Matthey ont analysé, dans une étude publiée fin août par le CSDH, la pratique de l'audition dans le cas d'un placement en institution ou en famille d'accueil relevant du droit civil et dans celui du renvoi d'un parent en vertu du droit des étrangers.

Les enquêtes et sondages qu'elles ont effectués sur les placements dans les cantons de Berne, Neuchâtel et Fribourg révèlent que les enfants sont en principe entendus, à partir de six ans, par les APEA, comme le veut la jurisprudence du Tribunal fédéral. Les enfants plus jeunes sont, quant à eux, entendus par les services de protection, qui font part de leur point de vue aux APEA dans leur rapport d'enquête sociale.

Priorité à l'intérêt supérieur de l'enfant

L'intérêt supérieur de l'enfant est considéré comme primordial lors d'un placement en institution ou en famille d'accueil. Les responsables prennent en compte différents éléments pour s'assurer qu'il soit respecté, notamment le développement harmonieux et adéquat de l'enfant au niveau physique et psychique, sa sécurité, sa reconnaissance comme un être humain à part entière, le respect et la promotion de ses particularités et sa participation adéquate au sein de sa famille comme dans son entourage. Le maintien du lien avec les parents et l'objectif d'une future réintégration dans la famille d'origine sont

d'autres éléments qui entrent en ligne de compte, comme cela a été souligné à plusieurs reprises lors des différents sondages effectués.

Il ressort de l'étude que les APEA ont des compréhensions différentes en ce qui concerne la participation de l'enfant à la procédure de placement, allant de l'audition formelle à une participation plus dynamique de l'enfant. Certaines APEA et services de protection se servent d'un canevas ou d'un fil rouge pour les entretiens. Ces derniers sont, par ailleurs, menés dans des endroits très variés, comme les salles ou les bureaux de l'autorité ou du service, l'école, la maison, l'institution. D'après les auteurs de l'étude, une réflexion sur les avantages et inconvénients propres à chacun de ces endroits serait nécessaire afin de déterminer lesquels sont inadéquats et devraient donc être évités.

Des auditions menées à différents moments

L'enfant est entendu par les APEA à des moments très différents de la procédure, la plupart du temps après les parents. Les avantages et inconvénients propres à chaque manière de procéder ont été nommés par les responsables. Ils ont par exemple invoqué le fait qu'il était avantageux pour l'enfant de n'être auditionné qu'à la fin de la procédure car la durée de cette dernière s'en trouvait pour lui raccourcie. Il peut également se révéler important d'entendre d'abord les parents afin d'évaluer leur capacité à s'occuper, à ce moment-là, de leur enfant et de pouvoir travailler dans le sens de leur réhabilitation. A l'inverse, certains estiment qu'il est préférable d'entendre en premier lieu l'enfant afin de connaître son ressenti et son point de vue avant de rencontrer ses parents.

A relever toutefois qu'indépendamment du moment de la participation, « le plus important

« Il est important que l'avis de l'enfant ait une influence intacte. »

« L'enfant devrait être informé au plus tôt sur ses droits dans la procédure. »

est que l'avis de l'enfant ait une influence intacte et que sa participation ne devienne pas un alibi ». L'information étant, selon l'étude, un des éléments cardinaux d'une audition réussie, « l'enfant devrait être informé au plus tôt, dès l'ouverture de la procédure, sur ses droits dans la procédure et notamment son audition et le poids de celle-ci ».

S'exprimer sans être influencé par ses proches

L'impact de la parole de l'enfant est associé à la maturité de l'enfant, qui est, elle, en lien avec sa capacité de discernement. Les responsables interrogés jugent important que l'enfant puisse s'exprimer sans être influencé par ses parents ou ses proches et que la priorité soit donnée à la protection de l'enfant. Ils se sont cependant très clairement prononcés contre une trop grande responsabilisation de l'enfant par rapport à l'issue de la procédure et ont souligné qu'il fallait être très transparent avec lui par rapport à qui prend la décision.

Expliquer la décision à l'enfant

L'importance que l'enfant soit informé de la décision a été reconnue de manière générale. La compréhension des raisons du placement contribue à une meilleure intégration dans le lieu de placement. Toutefois, les avis divergent sur la question de savoir si l'explication de la décision incomberait mieux à un membre de l'APEA, au service d'enquête, au curateur, au représentant juridique ou aux parents. Les auteures de l'étude considèrent qu'il serait intéressant d'analyser de plus près les avantages et les

inconvenients propres à chaque manière de procéder. Elles ont par ailleurs « l'impression que l'enfant capable de discernement n'est pas systématiquement informé de la décision, ce qui serait cependant la condition pour pouvoir exercer son droit de recourir contre la décision ».

Recommandations

Les auteures de l'étude voient d'un bon œil et trouvent utile que les cantons aient développé ou prévoient de développer divers instruments qui accordent une place importante à la participation de l'enfant lors de son placement. Elles espèrent que « cette démarche positive et encourageante » permettra une certaine harmonisation des pratiques. Elles estiment toutefois que des mesures devraient être prises et formulent, à ce titre, des recommandations destinées aux professionnels du domaine et aux chercheurs. En particulier, il faudrait faire participer l'enfant tout au long de la procédure et ne pas l'entendre qu'une fois de manière formelle. Par ailleurs, ses droits devraient lui être régulièrement expliqués pendant la procédure (notamment son droit à l'audition et, pour l'enfant capable de discernement, son droit de mandater une représentation juridique et de recourir contre la décision). De surcroît, l'enfant devrait systématiquement être informé de toute décision instaurant, modifiant ou mettant fin à la mesure de placement.

De plus, il faudrait favoriser l'échange et la collaboration entre les acteurs à l'intérieur d'un canton ainsi que l'harmonisation de la pratique au niveau cantonal (par exemple en utilisant des outils et des standards communs). Les auteures de l'étude estiment en outre qu'il serait important de mettre en place une formation sur les techniques d'audition adaptées aux enfants mais aussi d'élaborer des lignes directrices communes pour évaluer la situation de chaque enfant et déterminer son intérêt supérieur.

L'étude s'intéresse également à la pratique en matière de renvoi d'un parent prononcé en vertu du droit des étrangers. Il ressort d'un sondage effectué auprès de tous les offices cantonaux de migration que l'enfant est entendu dans un peu moins de la moitié des cantons. Les autorités partent généralement du principe que, dans le cadre d'une telle procédure, l'intérêt de l'enfant est identique à celui des parents. Selon l'étude, « un travail de sensibilisation et de formation quant aux droits de l'enfant se révèle donc indispensable ». (gal)

Lien : L'étude « Une justice adaptée aux enfants - L'audition de l'enfant lors d'un placement en droit civil et lors du renvoi d'un parent en droit des étrangers » peut être téléchargée sur le site Internet du Centre suisse de compétence pour les droits humains (www.skmr.ch).

Les auteures de l'étude recommandent la mise en place d'une formation sur les techniques d'audition adaptées aux enfants.
Illustration: © UNICEF/Kati Rickenbach



Les parents restent impliqués dans l'éducation de leurs enfants

Visite de l'établissement d'Heizenholz à Zurich

Situé dans la banlieue de Zurich, le Wohn- und Tageszentrum Heizenholz (centre résidentiel et d'accueil de jour) est un établissement ouvert, au profil bien défini, qui propose une offre très variée. Le travail avec les parents, qui se voient dès le départ confier la responsabilité de l'évolution de leur enfant, constitue un élément central de l'approche pédagogique utilisée. Mais les services de placement sont, eux aussi, mis à contribution. Un effort considérable est demandé à toutes les personnes associées au processus.

Charlotte Spindler

En regardant Heizenholz, on reconnaît encore clairement l'architecture du début des années 70. Situé au pied du Höggerberg, dans la banlieue verdoyante de Zurich, il apparaît comme une construction imposante, formée de plusieurs blocs de béton immenses. Il se compose de trois petites maisons de deux étages, qui sont d'anciennes maisons individuelles, et d'un bâtiment de plusieurs étages au crépi clair ; un bâtiment de couleur ocre, d'où s'élève une tour gigantesque, constitue l'élément architectural central. Au fond, se dresse également un bâtiment volumineux avec des terrasses communes ouvertes. Durant les premières années d'existence d'Heizenholz, des jeunes vivaient ici dans des logements avec assistance ; après sa réorganisation, l'édifice a été cédé en droit de superficie à la coopérative de construction et d'habitation Kraftwerk1, puis a été agrandi et est, depuis 2012, un projet multigénérationnel respecté, comprenant de grands logements et des appartements familiaux.

Antoinette Haug, directrice générale d'Heizenholz depuis 2003, apprécie la proximité de la coopérative et la cohabitation avec ses habitants. Les nombreux enfants vont et viennent en toute liberté sur le site. Par ailleurs, la grande aire de jeux située en lisière de forêt, qui a vu le jour avec la participation des enfants d'Heizenholz et qui est aujourd'hui publique, est fréquentée par tous les enfants et adolescents du quartier. A son ouverture en 1972, le



foyer pour enfants d'Heizenholz, qui appartenait à la ville, faisait œuvre de pionnier. « Il était doté de structures de direction peu importantes, les sections étant gérées sur une base démocratique », explique Felix Ochsner, directeur du service Pédagogie et projets et membre de l'équipe de direction. « Ce fonctionnement correspondait à l'esprit du temps et c'est aussi la représentation que l'on se faisait de l'institution à l'extérieur. Aujourd'hui, l'implication et la prise de responsabilités sont essentielles pour nous et nos collaborateurs. Nous faisons preuve de modernité dans la mise en œuvre du modèle de gestion, ce qui correspond à notre vision globale du système. »

A Heizenholz, les parents se voient, dès le départ, confier la responsabilité de l'évolution de leur enfant. « Comme le démontre notre expérience, la plupart des parents sont prêts à coopérer », expliquent Antoinette Haug et Felix Ochsner.

Photo: © Heizenholz/Felix Ochsner

« Les parents sont très présents et prennent part aux activités quotidiennes. »

La gestion d'Heizenholz a été confiée en 2000 à la fondation Zürcher Kinder und Jugendheime (ZKJ) (voir encadré). Ses structures de direction ont été adaptées, ses prestations ont été revues – certaines ayant été supprimées, d'autres délocalisées dans d'autres quartiers – et de nouvelles responsabilités ont été créées, permettant à l'établissement de remplir les conditions fixées par la fondation pour que la rénovation des bâtiments, qui étaient devenus vétustes, soit entreprise. Un centre flambant neuf a pu voir le jour en 2009, après deux années de travaux.

Une organisation apprenante

La création de structures avec des sections externes bénéficiant d'un encadrement ainsi que le déménagement de la section mère et enfant dans une autre institution gérée par la fondation ZKJ font partie de la nouvelle orientation donnée à Heizenholz. Cette dernière, qui est conforme à la stratégie 2022 définie par la ZKJ, s'inscrit dans un processus de longue haleine. Heizenholz se veut être une organisation apprenante, ouverte et qui s'intéresse aux nouveaux développements. Le travail avec les parents constitue un élément central de cette nouvelle approche. Il ne s'agit cependant pas là d'une nouveauté mais d'un projet mûri depuis plusieurs années, comme le soulignent Antoinette Haug et Felix Ochsner. Les parents sont très présents et prennent part aux activités quotidiennes. Un père va, par exemple, chercher ses enfants à l'école tous les midis, les aide à faire leurs devoirs l'après-midi et mange sur place le soir. Les parents ont, si nécessaire, la possibilité de rester dormir dans l'établissement, cette prestation n'étant toutefois pas comprise dans le forfait journalier.

Des changements durables ne sont possibles qu'en impliquant les parents

Cette étroite collaboration avec les parents requiert des structures et des objectifs clairs. « Comme le démontre notre expérience, la plupart des parents sont prêts à coopérer », expliquent Mme Haug et M. Ochsner, avant d'ajouter qu'il faut impliquer tous les parents, y compris ceux qui sont au départ considérés comme sceptiques. « Nous devons toujours considérer la sphère familiale dans son ensemble car les changements ne peuvent s'opérer qu'en famille. Cela suppose cependant d'associer les parents au processus pédagogique. Ceux-ci ne peuvent pas simplement se « débarrasser » de leurs enfants et se décharger de leur responsabilité, mais ils doivent rester impliqués dans leur éducation. »

La forte implication des parents pose des exigences très élevées aux collaborateurs travaillant dans les différentes sections et leur demande beaucoup d'empathie et de prise de conscience. Les parents participent ainsi aux devoirs, s'occupent de la santé de leurs enfants (y compris en semaine), restent en contact avec l'école et prennent part aux activités de la vie quotidienne en cuisinant ou en faisant le ménage avec leurs enfants. Selon Felix Ochsner, les enfants auront ainsi par la suite plus de facilité à couper le cordon. « Mais on ne peut couper le cordon que s'il y a quelqu'un avec qui le couper ! ». Les enfants doivent maintenir le lien avec leur famille car il est fréquent qu'ils retournent chez eux après avoir passé entre une à trois années à Heizenholz. Les placements de longue durée sont plutôt rares dans cette institution, mis à part pour les enfants de réfugiés et les mineurs non accompagnés.

Structures et transparence

Antoinette Haug et Felix Ochsner en sont convaincus : « On ne peut obtenir un résultat durable qu'en impliquant la famille ». Dans certains cas, les enfants vivent trois jours dans leur famille et le reste du temps à Heizenholz. Des règles flexibles s'appliquent également aux week-ends. Ces derniers sont toutefois préparés rigoureusement : des collaborateurs sont présents dans les sections 365 jours par an, et un service de piquet est toujours prévu. Les parents et les enfants peuvent par conséquent demander de l'aide en cas de difficultés. La gestion des cas incombe aux responsables d'équipe. « Il y a une faible rotation du personnel au sein des équipes en charge des sections, ce qui contribue à une certaine stabilité ; la situation est plus facile à gérer pour les enfants lorsqu'il y a moins de changements », expliquent Antoinette Haug et Felix Ochsner.

Heizenholz : faits et chiffres

A son ouverture à l'automne 1972, le foyer pour jeunes d'Heizenholz était le 17^e établissement pour mineurs de la ville à voir le jour. En 2000, la gestion des foyers a été confiée à la fondation Zürcher Kinder- und Jugendheime (ZKJ). Le conseil de cette fondation est entre autres composé de membres des autorités cantonales et communales, de parlementaires et de particuliers. La ZKJ gère aujourd'hui 21 institutions d'une capacité totale de 560 places environ, trois crèches, une section mère et enfant ainsi qu'une unité de travail socio-pédagogique avec les familles.

Ouvert 365 jours par an, Heizenholz accueille des enfants et des adolescents normalement doués. Il dispose de logements avec assistance destinés à accueillir 62 enfants et adolescents, aussi bien des filles que des garçons, âgés de 3 à 18 ans, trois sections externes avec assistance ainsi que des logements avec prise en charge partielle pouvant accueillir 28 jeunes au total et une section mère et enfant d'une capacité de 6 places ; ces logements se trouvent également à l'extérieur du centre. Sur le site d'Heizenholz, on trouve également une crèche disposant de 45 places, accueillant des bébés et des enfants du quartier ainsi que des communes environnantes. Les enfants et les adolescents pris en charge dans l'établissement fréquentent les écoles du quartier. Des cours de soutien sont par ailleurs proposés en interne à ceux qui rencontrent des difficultés scolaires.



« On ne peut obtenir un résultat durable qu'en impliquant la famille. »

Heizenholz se veut être une organisation apprenante, qui s'intéresse aux nouveaux développements.

Photo: © Heizenholz/Felix Ochsner

Travailler avec des contenus

Comme d'autres institutions, Heizenholz utilise également des procédures standard, notamment pour l'accueil, les bilans et le départ. « Cependant, plutôt que de suivre les procédures étape par étape, nous préférons traiter des contenus sur lesquels nous appuyons et dont nous discutons », expliquent les deux responsables. « C'est un processus permanent. Lorsque les parents sont réfractaires, nous essayons de clarifier la situation et de voir avec eux à quels changements ils sont prêts pour le bien de leur enfant. » Le même procédé est utilisé avec les parents souffrant d'un problème de dépendance ou de troubles psychiques. Cette transparence est importante pour l'enfant, qui ne doit pas se sentir responsable de l'état de ses parents. Ce n'est qu'en procédant de cette manière qu'un travail avec ces derniers est possible.

Avoir une telle approche avec les parents représente souvent un défi pour les éducateurs car, selon Antoinette Haug, cela ne s'apprend généralement pas encore dans les ateliers de formation. A Heizenholz, les collaborateurs travaillent selon le modèle SIT, développé par l'Institut für systemische Interaktionstherapie und Beratung. Tous les éducateurs reçoivent une formation spéciale. Les cours sur le conseil en interaction systémique sont dispensés à différents endroits en Suisse et en Allemagne. Le modèle SIT repose essentiellement sur la participation active des parents. Il requiert de la part des éducateurs qu'ils revoient leur façon de penser et qu'ils adoptent une nouvelle attitude vis-à-vis des familles d'origine.

La collaboration avec les familles migrantes repose, elle aussi, sur ces conditions fondamentales. Dans ce type de familles, le placement d'un enfant est souvent vécu comme un échec, voire une honte, et la responsabilité est souvent attribuée à la mère. Des inquiétudes surgissent, la famille se demandant ce qu'il va advenir de l'enfant s'il est arraché à son environnement familial. « Nous traitons cette question avec la plus grande prudence et remettons nos propres attitudes en question afin de ne pas tomber dans les clichés », déclarent Antoinette Haug et Felix Ochsner.

« Nous voulons de la transparence et de la clarté »

Et quel rôle les services de placement jouent-ils lorsqu'une telle mesure est prise ? Antoinette Haug et Felix Ochsner l'expliquent : « Les services de placement, c'est-à-dire notamment les services sociaux, les collaborateurs des autorités de protection de l'enfant et de l'adulte ainsi que le Ministère public des mineurs, savent à quoi nous attachons de l'importance dans notre travail. Inviter deux fois par an les services de placement à participer à un entretien destiné à faire le point n'est pas suffisant, raison pour laquelle nous les associons directement au processus lorsque c'est possible, les tenons continuellement informés des sujets et des processus sur lesquels nous travaillons et échangeons constamment avec eux. Nous correspondons par e-mail, ce qui signifie que les services de placement peuvent lire nos messages et y répondre. Nous voulons de la transparence et de la clarté, ce qui demande beaucoup de travail. »

« On ne peut couper le cordon que s'il y a quelqu'un avec qui le couper. »

Une institution adaptée à chaque enfant

Entretien avec Jean-Marie Villat, Directeur de la Fondation Borel

La Fondation Borel à Dombresson accueille des enfants et adolescents des deux sexes, rencontrant des difficultés dans leur milieu familial et/ou présentant des troubles du comportement. Ils sont âgés de six à quinze ans à l'admission, et peuvent être suivis parfois jusqu'à leur majorité voire au-delà. Ils proviennent essentiellement de Neuchâtel, mais aussi d'autres cantons. Le Centre pédagogique et thérapeutique offre 45 places en internat et une possibilité de scolarité interne dans des classes à effectifs réduits. Grâce aux prises en charge extérieures (PCE) et aux prises en charges extérieures intensives (PCI), la Fondation soutient en permanence quelque 60 enfants.

Nathalie Buthey

En 1991, feu le Dr. Raymond Traube, médecin de l'institution et Jean-Marie Villat, nouveau directeur intéressé par la systémique, partageaient cette vision : « la place d'un enfant est d'abord dans sa famille ». Chaque famille peut offrir des possibilités d'accueil différentes à ses enfants. Celles-ci évoluent selon l'autonomie de l'enfant ou selon son âge. Dès lors, la Fondation Borel a décidé d'adapter son institution à chaque enfant plutôt que d'adapter chaque enfant à son institution. La notion de placement individualisé s'est donc imposée naturellement.

Un concept centré sur le placement individualisé

Au fil du temps, l'évolution de notre société, la convention des droits de l'enfant, les placements abusifs et le développement de standards tels que Quality4Children (Q4C) ont renforcé le sens de cette démarche. Une action pluridisciplinaire permanente a permis à l'ensemble de l'institution de construire un modèle de travail centré sur le placement individualisé. Cette action a régulièrement été affinée par des commissions internes pluridisciplinaires (vio-

lence, sexualité, conduites à risque, dépendances, etc.), des concepts pédagogiques, puis des concepts pédagogiques et thérapeutiques rediscutés tous les 5 ans avec l'ensemble des collaborateurs. A ce jour, la Fondation Borel ne connaît ni statut obligatoire, ni durée minimale de placement. Chaque cas est une exception car chaque enfant est exceptionnel et l'exception devient la règle. Ce « chantier » est permanent et plusieurs projets en lien avec l'individualisation sont en cours actuellement (classe interne externalisée, prise en charge bas seuil, etc.).

Une recherche de solutions permanente et commune

Dès le début de la démarche de placement, la volonté de prendre les décisions avec la famille est affichée. Une première rencontre avec elle permet de comprendre ce qui conduit les parents à formuler une demande de placement à la Fondation Borel, fût-elle contrainte. Avant de décider du placement,

un stage est organisé afin de ne pas précipiter les choses. Toutes les décisions importantes relatives à l'enfant se prennent en réseau, incluant outre l'institution et l'assistant/e social/e, les parents et l'enfant. A chaque réseau, on s'interroge sur le sens de poursuivre le placement. Le but est de trouver un équilibre qui corresponde à l'enfant et à sa famille. Le questionnement en réseau sur la forme et le sens du placement implique activement l'enfant et sa famille dans les choix.

A chaque rencontre (toutes les 6 à 8 semaines environ), le sens du placement peut être remis en discussion par les parents, l'institution, les services placeurs ou l'enfant. Les demandes sont traitées en tenant compte des réalités respectives de chacun, parfois très divergentes. Chaque individu est différent et mérite une réponse différente. Dès lors, la réflexion sur la prise en charge de chaque enfant est permanente. L'institution applique si possible un principe de non exclusion et de recherche consen-

« La place d'un enfant est d'abord dans sa famille. »



La Fondation Borel a décidé d'adapter son institution à chaque enfant plutôt que d'adapter chaque enfant à son institution. Photo: Peter Schulthess



La Fondation Borel offre une possibilité de scolarité interne dans des classes à effectifs réduits. Photo: Peter Schulthess

suelle de solutions avec le service placeur. Cette démarche est possible dans un cadre rigoureux mais non rigide. Si l'avis des partenaires diverge de celui de l'institution, le problème doit être posé. Dans un souci de bientraitance ou d'éthique, l'institution peut se retirer si les parents ou le juge l'estiment préférable.

Une atmosphère intimiste

Toutes les formes de prises en charge constituent des réponses respectueuses de l'enfant et de sa famille à des demandes de placement émanant d'autorités. Ce respect amorce une spirale vertueuse. En favorisant le retour de l'enfant dans sa famille, on diminue le nombre d'enfants présents certains soirs. Cette atmosphère intimiste, propice à une relation plus individualisée entre l'éducateur et l'enfant restant, favorise le travail avec l'enfant, l'institution et la famille. Parfois cette dynamique stimule et rend envisageable le retour à domicile, accompagné généralement de prestations complémentaires familiales (PCF). La prestation étant souple, elle peut aller en tout temps dans le sens d'une augmentation ou d'une diminution de la présence à l'institution, de la présence à domicile ou parfois d'une autre alternative. Rien n'est statique.

Pour l'enfant, cette prise en charge offre surtout des avantages. Elle lui permet de parler de sa réalité familiale, de donner du sens à son placement ou à la forme de placement choisie par le réseau, incluant ses parents. M. Villat, estime que cette prise en charge individualisée ne crée pas de jalousies car elle permet d'aborder avec l'enfant le sens de ce qui est mis en place pour lui. Même si le placement est parfaitement compréhensible et explicable, il est souvent vécu comme une injustice par l'enfant. Afin d'évaluer comment l'action est perçue par les enfants, l'institution a récemment instauré un travail par Q4C et Prisma. Ce programme d'analyse par les enfants est prévu durant quatre ans. De plus, la Fondation Borel a mis sur pieds un Forum des jeunes où ils se réunissent sur une base démocratique pour formuler des propositions et des idées.

Souplesse, innovation et vision positive

La gestion des placements individualisés est certes compliquée. Les collaborateurs doivent adhérer au concept et en accepter les avantages et les inconvénients. La capacité des collaborateurs à l'innovation, leur vision positive de l'enfant et leur souplesse sont primordiales. Toutefois la souplesse s'adresse aussi aux collaborateurs dans le cadre du management. Par exemple, chaque année les collaborateurs sont consultés sur le taux d'activité qu'ils souhaitent exercer. Les collaborateurs ont une vie privée qu'il importe de respecter et la recherche du meilleur compromis possible pour permettre les statuts particuliers est permanente et commune.

Dans les institutions romandes, on constate une réelle évolution des prises en charge. Les principes éducatifs véhiculés par la Fondation Borel correspondent à l'ambiance actuelle en matière d'éducation et une synergie émerge. Toutefois, entre la volonté d'individualiser et la réalité, il y a un long chemin. En tant que président de la commission latine d'éducation sociale (CLES), M. Villat a l'opportunité de transmettre ces valeurs auxquelles il croit. Dans les cantons latins, on perçoit une évolution allant dans cette direction.

« La recherche des moyens pour permettre les statuts particuliers est permanente et commune. »

Jean-Marie Villat

Après des études de commerce, une formation d'infirmier en psychiatrie puis d'éducateur social, Jean-Marie Villat obtient un certificat universitaire en psychologie et sciences de l'éducation. Il effectue en parallèle diverses formations dans le champ de la systémique, auxquelles s'ajoute une pratique de plusieurs milliers d'heures en interventions systémico-familiales. Il complète son cursus, au plan du management, par un brevet fédéral pour la direction d'institutions sociales. Il accompagne, supervise et forme également des équipes de cadres, des directeurs d'institutions pour enfants et adolescents et/ou des équipes d'encadrement, des services de protection de l'enfance et/ou socio-éducatifs grâce à son activité de consultant.



Jean-Marie Villat, Directeur de la Fondation Borel à Dombresson

La continuité relationnelle, pierre angulaire de l'engagement

La Fondation Amilcare accueille et accompagne les jeunes vivant des situations à haut risque

La Fondation Amilcare a pour mission la réinsertion dans le tissu social d'adolescents traversant des moments difficiles. Elle gère trois foyers résidentiels, un centre de jour et une équipe active sur le terrain. Pour de nombreux jeunes, la fondation représente une nouvelle opportunité pour trouver la confiance en soi, l'espoir d'un avenir meilleur, la possibilité concrète de bâtir un projet de vie.



Raffaele Mattei et Gian Paolo Conelli

Comment être aux côtés des jeunes et les accompagner durant leur passage à la vie adulte lorsqu'ils vivent dans des contextes familiaux marqués par de grandes souffrances, par des situations de crise, voire de violence, et qu'ils sont confiés à des centres éducatifs pour mineurs?

Le rapport éducatif qui s'instaure entre la plupart de ces adolescents et les éducateurs permet de leur offrir un soutien perçu comme utile et précieux. Toutefois, dans bien des cas, les adolescents qu'accueille notre Fondation se trouvent à un moment de leur existence où ils n'ont pas de questions, ni de projet, ni la motivation pour en construire un. Opérer avec des jeunes qui ne demandent pas de soutien est donc un défi supplémentaire parfois synonyme de frustration dans le travail éducatif. En effet, l'éducateur court le risque de s'égarer dans les méandres d'une réciprocité non reconnue et, de ce fait, d'en retirer un sentiment d'impuissance, d'insatisfaction et de souffrance.

Face à cette réalité, qui a mis à rude épreuve nos équipes, nos éducateurs, mais aussi l'ensemble du réseau professionnel du canton du Tessin, notre Fondation a élaboré un modèle d'accueil et de prise en charge qui permet d'agir plus efficacement avec ces adolescents.

La Fondation Amilcare

La Fondation, dirigée depuis 1999 par Raffaele Mattei, veille à pérenniser les enseignements du Dr méd. Amilcare Tonella, qui s'est attaché tout au long de son existence à promouvoir les droits fondamentaux des enfants et à favoriser une culture axée sur l'enfance et sur la famille, en s'engageant à offrir assistance et protection aux mineurs victimes de maltraitements de tout genre.

Nous avons pour mission l'accueil et la réinsertion dans le tissu social d'adolescents qui, pour différentes raisons, traversent des moments difficiles, en offrant notre soutien également à leurs familles. La Fondation Amilcare représente, pour de nombreux jeunes et leurs proches, une nouvelle opportunité qui leur permettra de retrouver confiance en soi, de croire en des jours meilleurs, mais aussi la possibilité concrète de construire leur propre projet de vie.

La Fondation s'occupe d'environ 80 garçons et filles, gérant différentes institutions intégrées dans le dispositif cantonal de protection des mineurs destiné aux adolescents:

- 3 foyers: foyer Verbanella à Locarno, foyer Calprino à Massagno, foyer Vignola à Lugano. Les foyers accueillent 9 jeunes dès 15 ans, pour chacun desquels un projet individuel est établi. L'adolescent a la possibilité, en cours de route, d'expérimenter un chemin de vie autonome tout en gardant une chambre dans le foyer.



Raffaele Mattei, directeur de la Fondation Amilcare (en haut)
Gian Paolo Conelli, directeur adjoint



- ADOC – placement de jeunes dans un appartement indépendant. Dès l'âge de 16 ans, les jeunes pourront renoncer à avoir une chambre dans un foyer et être placés dans un appartement de leur choix. Ils y seront suivis par deux éducateurs, la principale condition étant que l'adolescent soit toujours joignable par téléphone; de même, les éducateurs doivent être joignables à toute heure.
- Le centre de jour Spazio Ado à Lugano Besso – Établissement diurne accueillant 9 adolescents qui ne sont pas inclus dans un projet de formation ni un emploi, où se réalisent des activités de travail, culturelles et récréatives afin de promouvoir le bien-être et d'encourager l'estime de soi.
- Le service ADOMANI – Adomani offre la possibilité aux jeunes de travailler.
- Le service de conseil pour les familles propose un soutien aux adolescents placés (ainsi qu'à leurs proches) dans le but d'améliorer les relations familiales.

Au moment où ils sont signalés par les services, ces adolescents, souvent exclus de divers milieux (leur famille, l'école ou le travail, leurs pairs, le logement), n'ont pas de sentiment d'appartenance ni même, dans certains cas, d'identité administrative.

Sur le plan relationnel et familial, la majeure partie de ces adolescents n'ont pas pu compter sur la présence constante de personnes de référence au cours de leur enfance, vivant des ruptures de relations importantes qui leur ont fait perdre confiance dans le monde des adultes, mais aussi en eux-mêmes. En outre, certains d'entre eux ont subi des maltraitements psychiques ou physiques, ont été délaissés ou ont été victimes d'abus.

Points de référence

Afin de réaliser les objectifs, nos collaborateurs se réfèrent à certains textes, que nous considérons comme fondamentaux dans l'optique de notre démarche, soit comme lois de référence, soit comme concepts théoriques qui deviennent autant d'instruments à utiliser dans notre pratique quotidienne. La Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant, les définitions de l'Organisation mondiale de la santé (OMS) de la maltraitance et toutes les lois et règlements d'application qui s'ensuivent sont les principaux textes de référence qui sous-tendent chacune de nos actions; plus précisément les normes de qualité européennes de Quality4Children, dont le but est de prévenir les maltraitements dans les dispositifs de protection des mineurs et de promouvoir un accueil respectant des droits de l'enfant.

La Fondation Amilcare offre aux jeunes la possibilité de peindre des fresques murales pour exprimer leurs sentiments, leurs souhaits et leurs visions (pages 23, 24, et 27).
Photos : © Fondation Amilcare

Nos équipes se réfèrent à des concepts tels que la communication efficace selon Carl Rogers, l'écoute active et l'intelligence émotionnelle de Thomas Gordon, la pédagogie non punitive et non excluante de Roland Coenen et de Janusz Korczak, la reconnaissance des compétences de l'enfant selon Jesper Juul, ainsi que la vision sociologique des liens liquides et de l'appartenance selon Zygmunt Bauman.

Principes d'éducation

L'éducation d'un adolescent a quelque chose de paradoxal, puisque l'équipe éducative a pour tâche d'accompagner et de «protéger» un mineur (et, de ce fait, de le contrôler dans ses comportements et ses projets), mais aussi de le «conduire hors de» et de l'accompagner vers l'âge adulte en respectant sa parole et sa volonté, en reconnaissant son autonomie.

Dans ce rôle paradoxal qui nous est attribué, l'équilibre entre les deux dynamiques est essentiel et, souvent, fragile. Tirailé entre les exigences, d'une part, du réseau de professionnels et, de l'autre, de la famille, l'adolescent se retrouve mis sous une pression difficile à supporter. Par conséquent, l'édu-

cateur est parfois amené à défendre les droits des jeunes (y compris le droit à la transgression) face à un contexte général de plus en plus normatif, voire, par moments, coercitif. Cette tendance manifestée par le réseau porte certains éducateurs à des interventions maltraitantes pratiquées au nom du contrôle et, encore une fois, au nom du bien-être de l'adolescent. Nous avons donc axé notre réflexion sur huit points de référence opérationnels.

1. L'accueil de l'adolescent et de sa famille

«Il est important pour l'adolescent accueilli de savoir que quelqu'un pense aussi à sa famille et s'en occupe». Par définition, le parcours de placement d'un adolescent n'est pas un parcours individuel. Les éducateurs et les conseillères familiales tiennent compte de chacun des membres de la famille et des personnes clés, et agissent pour faciliter les relations entre eux.

Nous pensons que si nous accueillons le jeune en laissant les membres de la famille jouer un rôle actif, en les écoutant, en respectant leur vécu sans jugements ni préjugés, et en mettant en valeur leurs ressources, nous posons les jalons pour une



connaissance et une compréhension réciproques, ouvrant ainsi la voie à l'émergence de nouvelles modalités relationnelles.

2. L'adolescent est au centre de nos efforts

«Ce n'est pas le professionnel qui impose les objectifs au jeune, c'est le projet qui est défini en fonction des besoins du jeune. L'équipe s'organise de façon à garantir un accueil individualisé au jeune et à sa famille». Souvent axé sur le contrôle en mettant l'accent sur les aspects normatifs, le modèle éducatif classique est inefficace face à des adolescents qui ont perdu confiance dans le monde des adultes et qui, parfois, posent des problèmes pour le réseau de protection des mineurs en n'adhérant à aucun projet. La Fondation Amilcare change le paradigme de l'accueil: ce ne sont plus l'institution et son fonctionnement qui imposent des objectifs et des règles qui s'appliquent à tous, et auxquels l'adolescent doit s'adapter et se conformer, mais plutôt l'équipe qui, dans la mesure du possible, adapte son fonctionnement aux besoins de chaque adolescent en élaborant avec lui un projet individualisé.

De cette façon, nous maintenons notre responsabilité d'adultes envers le jeune et la relation construite ensemble, sans le culpabiliser si le projet devait échouer. Le projet démarre par la connaissance mutuelle et par la définition des besoins de l'adolescent. L'équipe élabore, avec l'intéressé et si possible avec sa famille, un projet individualisé. Ce projet est formulé et construit en collaboration avec le réseau.

3. L'adolescent et sa famille prennent part aux décisions

«L'adolescent est la personne qui connaît le mieux sa situation et son malaise».

Selon les standards de Quality4Children, «les moyens sont donnés à l'enfant de participer activement aux décisions qui affectent directement sa vie. L'enfant est reconnu comme "expert" de sa propre vie. L'enfant est informé, écouté et pris au sérieux, et sa résilience est reconnue comme un important potentiel. On encourage l'enfant à exprimer ses sentiments et ses expériences».

Pour accompagner un adolescent vers son autonomie en le rendant acteur de son projet de vie, il est, selon nous, fondamental de commencer dès le début à le considérer et le respecter comme on le ferait pour un adulte, en le reconnaissant comme «expert de sa propre vie».

En partant de ce principe d'action, les éducateurs conviennent des différentes étapes du placement avec l'adolescent, sa famille et avec le réseau des opérateurs.

Dans les limites de ses compétences et dans les limites des standards qualitatifs européens Qua-

lity4Children, la Fondation Amilcare s'engage afin qu'il ne soit pas nécessaire de proposer des mesures coercitives, même au nom de la protection.

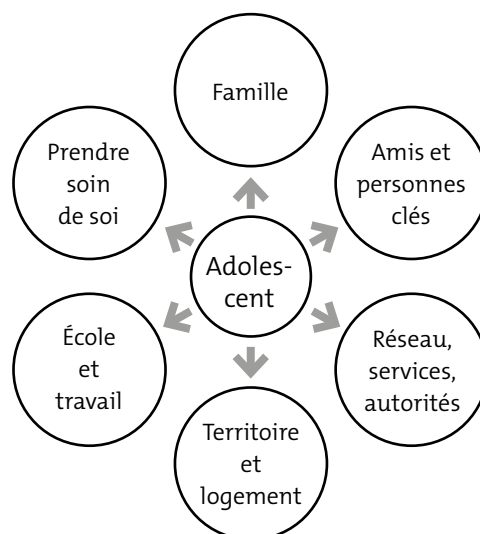
L'équipe éducative informe l'adolescent, sa famille et les différents opérateurs du réseau de professionnels sur ses modalités de communication transparente. Les documents officiels doivent être rédigés afin qu'ils puissent être partagés avec l'intéressé, sa famille et le réseau.

4. La reconnexion avec les différents composants du tissu social

«C'est le réseau de relations qui protège, prévient et réduit les situations à risque. Ce ne sont pas les murs de l'institution qui protègent l'adolescent, mais plutôt ses relations».

La Fondation Amilcare soutient les jeunes dans leur évolution vers leur bien-être personnel et social, jetant ainsi les bases pour la réalisation d'un projet de vie réaliste et réalisable. La reconnexion avec le tissu social permet de donner à l'adolescent une identité et une place dans notre société. Les éducateurs de la Fondation Amilcare ont pour tâche d'accompagner l'adolescent lors de son parcours de réinsertion dans le tissu social, en tenant compte des différents contextes dans leur quotidien, et en prenant conscience de leurs propres jugements et préjugés envers des personnes et services afin d'agir adéquatement.

Maintenir une vision systémique même lorsque l'on se trouve dans une impasse ou dans une situation de risque permet de repérer le contexte relationnel sur lequel travailler. Les six domaines de réinsertion représentent le contexte écologique et social dans lequel est intégré l'adolescent, et ne doivent jamais être perdus de vue:



«La Fondation Amilcare s'engage afin qu'il ne soit pas nécessaire de proposer des mesures coercitives, même au nom de la protection.»

«Nous entendons offrir une continuité relationnelle qui met l'adolescent sur la bonne voie pour reconstruire sa confiance dans le monde des adultes.»

«Les comportements agressifs sont souvent l'expression et la manifestation d'un état d'âme ou d'une souffrance.»

5. La communication et le partage de la responsabilité

«L'adolescent, sa famille, les opérateurs du réseau et l'équipe de la Fondation communiquent en permanence à propos de l'évolution du placement».

En fournissant en permanence des informations sur l'évolution du placement, l'équipe éducative permet à tous les membres du réseau de se définir par rapport au parcours de l'adolescent et aux choix éducatifs de la Fondation. Un réseau actualisé est un réseau de professionnels qui partagent les responsabilités, chacun en fonction de ses compétences. La Fondation estime indispensable une communication fluide et transparente entre ceux qui s'occupent du placement, l'équipe éducative, la conseillère familiale, l'adolescent et sa famille, ainsi que, le cas échéant, d'autres intervenants du réseau. Le courrier électronique est, selon nous, le meilleur outil pour faire circuler les informations de façon claire, synthétique et formelle.

En plus des réunions de synthèse, les séances, les appels téléphoniques, les différentes modalités de communication, le courriel de mise à jour devient donc un instrument de travail quotidien pour l'éducateur qui, de concert avec l'adolescent et avec son accord, informe le réseau sur les derniers événements. L'adolescent et chaque membre du réseau sont invités à utiliser ce mode de communication.

6. Nous ne te laissons pas tomber: la pédagogie non punitive

«L'éducateur agit selon le principe de la continuité relationnelle avec le jeune et sa famille, sans recourir à la menace de l'expulsion».

La démarche de la fondation Amilcare ne prévoit pas l'exclusion ni la menace d'expulsion de l'adolescent comme instrument d'éducation ou de sanction. La continuité relationnelle est un instrument qui sous-tend l'engagement éthique d'accompagnement de l'adolescent dans chacune des étapes du programme, de l'admission aux changements des objectifs jusqu'à la fin du projet commun.

Notre travail se base sur l'accueil inconditionnel, sur l'écoute et sur la stabilité du rapport éducatif que nous pouvons construire. Étroitement liée au succès du projet, à la réalisation des objectifs ou au respect des règles, la présence des éducateurs entend cependant signifier une prise de responsabilité de l'adulte envers le jeune. Nous cherchons à offrir une continuité relationnelle vouée à mettre l'adolescent sur la bonne voie pour reconstruire sa confiance dans le monde des adultes. La relation avec l'adolescent est maintenue après la fin du placement.

7. Gestion des règles et des transgressions

«La gestion des règles ne doit pas se transformer en barrière dans la communication entre l'éducateur et le jeune».

C'est à travers le travail éducatif que nous nous efforçons de transmettre le sens des règles. Le rôle de l'éducateur est, par définition, d'éduquer et, partant, de poser des limites claires à l'adolescent en lui offrant ainsi la possibilité de grandir, de faire face et de structurer, tout en assurant le suivi et la continuité de la relation. L'équipe éducative accueille aussi des jeunes qui ne sont pas en mesure de respecter un cadre de vie organisé selon des règles et des sanctions. L'éducateur élabore donc la règle avec l'adolescent en veillant à jeter les bases relationnelles qui permettent à ce dernier d'en saisir le sens et de l'intégrer.

L'éducateur, indépendamment du comportement de l'adolescent, s'efforce de maintenir l'attitude d'accueil inconditionné, en prêtant attention aux inévitables jugements, préjugés et réactions que peut avoir l'adulte face à certaines transgressions. Nous considérons en fait que les comportements agressifs, lorsqu'ils apparaissent, sont souvent l'expression et la manifestation d'un état d'âme ou d'une souffrance. Nous pensons que les épreuves de force éducatives bloquent la relation et se transforment en barrière dans l'écoute et la communication.

8. Gestion de situations à risque et de danger

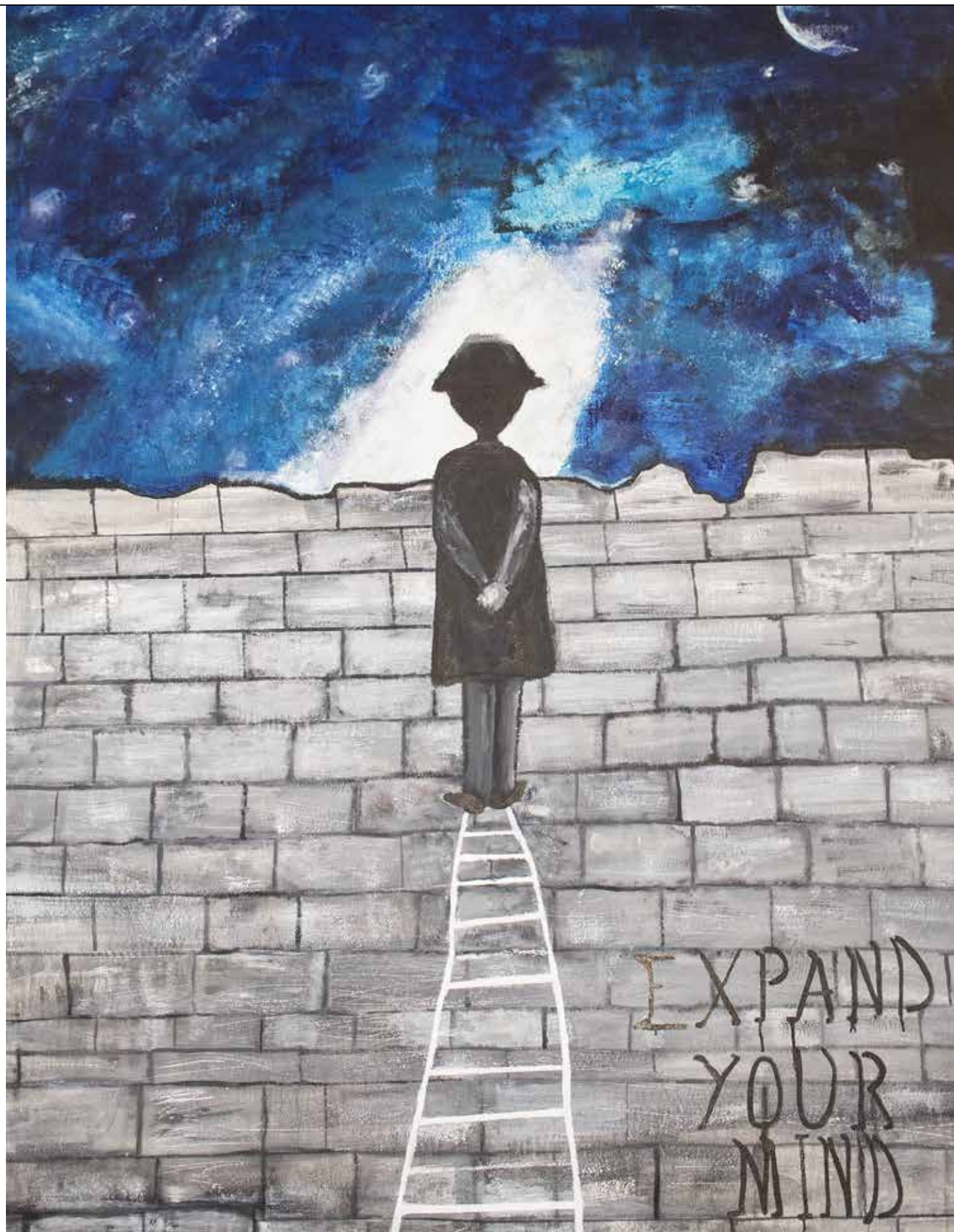
«Lorsqu'il s'agit d'affronter une situation risquée, l'éducateur maintient la relation avec l'adolescent, qui doit toujours être mise au premier plan».

Les faits qui engendrent des situations à risque sont communiqués en continu à la famille et aux opérateurs du réseau afin que l'évolution de la situation soit connue de tous et que chaque adulte puisse prendre ses responsabilités inhérentes à son rôle et à sa fonction dans le but de trouver une réponse commune.

Conclusion

Assumer la responsabilité de la relation envers les adolescents qui nous sont confiés en respectant scrupuleusement leurs droits est le seul moyen qui nous permet d'éviter la maltraitance et ses conséquences dramatiques. Il faut éviter, comme le disait Franco Basaglia en 1970 dans son ouvrage *L'institution en négation*, que l'individu passe du statut de «personne à comprendre» à celui de «problème à gérer», donc simplement «parquée» et non plus soignée.

L'articolo originale in italiano è reperibile in forma elettronica su www.prison-info.ch.



Les care leavers ont besoin d'offres adaptées à leurs besoins

Environ 80 jeunes ont jusqu'à présent bénéficié d'un soutien dans le cadre du projet « Nachbetreuung »

Les « care leavers » ces jeunes qui sortent d'une institution socio-éducative ou d'une famille d'accueil, doivent bénéficier d'une attention particulière dans leur parcours vers l'indépendance. Environ 80 d'entre eux ont jusqu'à présent pu bénéficier de conseils, d'un coaching et d'une aide financière dans le cadre du projet « Nachbetreuung », mis en place par la fondation Zürcher Kinder- und Jugendheime (ZKJ).



Beatrice Knecht Krüger et Gomera Gérard



Beatrice Knecht Krüger (en haut) et Gomera Gérard sont respectivement responsable et responsable adjointe du projet « Nachbetreuung – Nachhaltigkeit von Erziehungs- und Bildungsmassnahmen » (Suivi – Durabilité des mesures éducatives et pédagogiques), qui a été mis sur pied par la fondation Zürcher Kinder- und Jugendheime.

Les jeunes placés en institution ou en famille d'accueil se retrouvent souvent, du jour au lendemain, contraints de voler de leurs propres ailes, les mesures de protection de la jeunesse prenant fin à l'âge de 18 ans dans la plupart des cantons. Compte tenu d'une durée de formation plus longue et de processus de recherche d'identité plus complexes, le passage à l'âge adulte n'intervient toutefois parfois pas avant la fin de la trentaine. En Suisse, cette évolution est encore peu prise en compte sur les plans politique et légal. Le suivi des jeunes qui doivent devenir indépendants après avoir fait l'objet d'un placement s'effectue principalement de manière aléatoire et n'est pas systématique.

Plusieurs institutions socio-éducatives ont mis sur pied une offre de prise en charge dégressive, permettant aux jeunes qui vivent dans leur enceinte d'acquérir de plus en plus d'autonomie. Certaines proposent un suivi, financé par les autorités de placement, aux jeunes qui s'en vont. Il arrive par ailleurs que ces care leavers continuent de recevoir un soutien informel de l'éducateur qui s'occupait d'eux. Le chemin à parcourir pour que le suivi devienne systématique et bénéficie d'un ancrage institutionnel sera toutefois encore long. Afin que l'accompagnement offert durant cette phase de transition soit plus uniforme et puisse être proposé à tous les care leavers, il faut que les chercheurs, les professionnels du domaine et les politiciens s'intéressent davantage à cette problématique.

Un projet pionnier

En lançant en 2013 le projet « Nachbetreuung – Nachhaltigkeit von Erziehungs- und Bildungsmassnahmen » (Suivi – Durabilité des mesures éducatives et pédagogiques), la ZKJ a mis sur pied une offre de soutien sans précédent pour les care leavers. Les jeunes qui quittent une institution socio-éducative peuvent ainsi bénéficier de conseils et d'un coaching pour gérer leur quotidien mais aussi pour leur formation et leur insertion professionnelle. Ils peuvent également obtenir une aide financière visant à couvrir les dépenses liées à une formation ou à une activité professionnelle. D'une durée de cinq ans, ce projet est principalement financé par les fondations Drosos et Mercator Schweiz.

Pendant leur placement en institution, les jeunes réalisent des progrès dans différents domaines, comme le développement personnel, la formation, les compétences sociales et l'autogestion. Ils bénéficient du meilleur soutien possible et d'un accompagnement total. Cette prise en charge basée sur un rapport de confiance prend brutalement fin à leur départ. Même si les care leavers sont bien préparés à leur sortie et à la suite, ils peuvent, durant cette phase de transition, être confrontés à des difficultés qui peuvent les déstabiliser et mettre à mal les progrès réalisés : par exemple, dans le cadre de leur formation et sur leur lieu de travail, lors de leur recherche d'emploi et de logement, pour gérer leur



Dans le cadre du projet « Nachbetreuung », les care leavers peuvent bénéficier d'un coaching pour leur formation ou leur intégration professionnelle. Photo: © Stiftung ZKJ/Bernd Grundmann

argent et leurs denrées d'agrément et pour maintenir les contacts sociaux.

Pour une meilleure intégration à long terme

Le projet « Nachbetreuung » vise à garantir la pérennité des progrès réalisés sur le plan pédagogique et à empêcher que les care leavers retombent dans leurs vieux travers. Grâce au soutien d'un coach, ces jeunes doivent en outre développer leurs compétences pour arriver à faire face aux exigences de la vie quotidienne, d'une formation ou du monde professionnel. Dans un souci de prévention, il est primordial qu'ils soient aidés avant que les petits problèmes qu'ils rencontrent ne se transforment en grosses crises. Lorsque les difficultés sont identifiées suffisamment tôt, de brèves interventions peuvent permettre de prévenir une éventuelle évolution défavorable. Le suivi permet de soulager et de soutenir les care leavers à des moments critiques de leur processus d'acquisition de l'indépendance, le but étant qu'ils soient socialement et profession-

nellement mieux intégrés à long terme mais aussi qu'ils puissent, à l'avenir, mener leur vie de façon autonome et responsable.

Possibilité d'un soutien immédiat ou ultérieur

Un suivi est proposé à tous les adolescents et jeunes adultes qui ont été placés au moins six mois dans l'un des quatorze établissements membres de la ZKJ et qui ont achevé leur scolarité obligatoire. Il faut par ailleurs qu'ils aient trouvé une formation ou un emploi, qu'ils participent à une offre de formation transitoire ou qu'ils soient à la recherche d'une formation ou d'une activité professionnelle. Peu de temps avant leur départ de l'institution, tous les jeunes concernés sont informés de l'existence de cette offre de suivi gratuite et basée sur le volontariat. En cas de besoin de soutien immédiat, la prestation de conseil et le coaching peuvent être proposés dès la sortie.

Pour déceler un éventuel besoin de soutien qui apparaîtrait ultérieurement, les éducateurs contactent à plusieurs reprises les jeunes dont ils

« Le suivi des jeunes qui ont fait l'objet d'un placement s'effectue principalement de manière aléatoire et n'est pas systématique. »

« Les care leavers doivent être aidés avant que les petits problèmes qu'ils rencontrent ne se transforment en grosses crises. »

« Le fait de savoir qu'ils peuvent, en cas de difficultés, s'adresser à une personne de confiance leur procure un sentiment de sécurité. »

s'occupaient après leur départ et les interrogent sur leurs conditions de vie. Dans de nombreux cas, ils sont en mesure de répondre à leurs questions et de résoudre leurs petits problèmes directement par téléphone mais aussi de leur fournir des conseils, des informations et des adresses utiles. Si un besoin de soutien plus important se fait sentir, un coaching peut être mis en place. La relation avec l'ancien éducateur référent est déterminante car elle contribue à instaurer un climat de confiance, propice à la prise de contacts et à la mise en place éventuelle d'un suivi. Les jeunes peuvent également se manifester d'eux-mêmes auprès des responsables du projet et demander très facilement à bénéficier d'une aide.

Un bilan intermédiaire positif

Depuis le lancement du projet, plus de 500 adolescents et jeunes adultes ont intégré le projet. La plupart se trouvent encore dans une phase de transition, que ce soit sur le plan professionnel, financier ou du logement, ce qui peut les amener à être confrontés à diverses difficultés et incertitudes. Cependant, tous ne sont pas intéressés par un suivi ou n'en ressentent pas le besoin. De nombreux care leavers veulent essayer de s'en sortir seuls après avoir quitté l'endroit où ils étaient placés. Ils se réjouissent toutefois de l'existence de cette offre et apprécient cette possibilité qui leur est donnée de demander de l'aide en cas de besoin. Le fait de

savoir qu'ils peuvent s'adresser à une personne de confiance en cas de questions ou de difficultés leur procure un sentiment de sécurité.

Environ 80 jeunes ont jusqu'à présent pu bénéficier de plus de 550 entretiens de conseil et de coaching. Le soutien est adapté aux besoins de chacun. Quelques entretiens téléphoniques suffisent dans certains cas, lorsqu'il s'agit de régler des questions administratives ou de fournir des conseils sur des préoccupations concrètes telles que « Comment puis-je trouver un logement à un prix abordable ? », « Mon certificat de travail convient-il ? », « Comment puis-je subvenir à mes besoins avec mon salaire d'apprenti ? ». Certains souhaitent être accompagnés lors d'un entretien difficile avec leur supérieur ou d'une démarche administrative complexe. D'autres ont besoin d'un accompagnement plus important avec un coaching régulier afin de changer d'orientation professionnelle, de trouver un apprentissage ou de gérer des différends familiaux. Le fait d'être suivis par une personne de confiance non seulement les motive, mais leur donne aussi des repères et leur apporte une stabilité émotionnelle.

Les avis sur l'offre de soutien à bas seuil et flexible proposée par la fondation ZKJ sont positifs : 95 % des jeunes qui ont régulièrement bénéficié de prestations de suivi en ont été dans une large mesure satisfaits, voire très satisfaits. Comme le confirme l'expérience acquise jusqu'à présent, l'accompagnement proposé durant la phase de transition est important pour garantir l'égalité des chances de ces jeunes ainsi que leur intégration sociale et professionnelle à long terme. Ce modèle de pratique constitue une innovation, mais des efforts supplémentaires doivent être fournis aux niveaux juridique et politique pour attirer l'attention sur les care leavers et mettre sur pied des offres qui soient adaptées à leurs besoins spécifiques.

Les care leavers exposés à certains risques

Comme le montre la recherche internationale, les care leavers sont exposés à certains risques par rapport aux jeunes qui grandissent dans leur environnement familial. Ils ont la plupart du temps dû être placés après avoir rencontré des difficultés dans leur parcours : système familial défaillant, troubles psychiques, toxicodépendance ou délinquance. Ils sont par ailleurs socialement plus vulnérables : ils vivent dans des environnements privés moins stables et sont plus souvent confrontés à des ruptures relationnelles. Les care leavers sont par ailleurs économiquement moins bien lotis : ils disposent de ressources matérielles plus restreintes et bénéficient d'un soutien moins important de leur famille ; il n'est pas rare qu'ils vivent dans des conditions précaires, voire qu'ils soient exposés au risque de devenir sans-abri. Par rapport aux jeunes de leur âge, ils possèdent en outre un niveau de formation inférieur et sont davantage touchés par le chômage. D'une manière générale, les care leavers ont plus de risque d'être exclus socialement.

Rares sont les jeunes qui connaissent un parcours vers l'indépendance linéaire. On observe souvent un effet yo-yo avec des interruptions, des recommencements et des détours. Les transitions sont réversibles (ce qui signifie qu'on peut, si nécessaire, revenir en arrière) et ne sont la plupart du temps pas entamées simultanément dans tous les domaines. Dans le cas des care leavers, cependant, les transitions sont irréversibles. En cas de crise, ils n'ont en effet pas la possibilité de retourner dans l'institution où ils étaient placés ou dans leur famille d'accueil. Souvent, ils doivent entamer plusieurs processus de transition parallèlement (logement, travail et relations sociales), ce qui représente un défi de taille, parfois impossible à relever. Ils sont donc nettement désavantagés par rapport aux jeunes de leur âge qui sont soutenus par leur famille d'origine dans leur processus d'émancipation personnelle et professionnelle et qui peuvent, s'ils en ressentent le besoin, rentrer chez eux.

Réfléchir aux zones d'ombre de l'éducation institutionnelle

Retour sur 100 ans d'éducation en foyer

On y voit petit à petit plus clair dans les sombres histoires qui nous viennent des établissements d'éducation pour mineurs suisses. Ces dernières années, ce sujet a en effet fait l'objet d'un grand nombre de travaux de recherche et d'ouvrages. J'ai essayé, au travers de l'histoire des « Niemandskinder » (enfants de personne) – surnom donné par le créateur de la fondation grisonne Gott hilft aux enfants et adolescents accueillis dans les nombreux foyers gérés par cette dernière –, de pointer du doigt les zones d'ombre de l'éducation institutionnelle de ces 100 dernières années. Ces zones d'ombre méritent encore aujourd'hui réflexion.

Christine Luchsinger

Je souhaiterais me pencher ici sur quatre zones d'ombre. Elles concernent les stratégies de survie développées par les enfants placés en institution et l'impasse dans laquelle les pédagogues se sont retrouvés lorsqu'ils ont commencé à considérer les enfants comme des victimes. On ne s'est par ailleurs pas rendu compte que le fait de considérer la famille comme le modèle éducatif par excellence, y compris en milieu institutionnel, avait causé des dégâts. Enfin, je me suis permise un regard provocateur sur une pratique aujourd'hui très intellectualisée.

Stratégies de survie

Karli a été placé en foyer parce qu'il était livré à lui-même toute la journée et qu'on le retrouvait

« souvent tard le soir dans la rue ». Dora se trouvait, quant à elle, « dans un état de négligence totale ; c'[était] une véritable enfant des rues, grossière et violente, qui n'[était] absolument pas habituée à travailler ». Voilà comment un directeur d'établissement décrit deux nouveaux pensionnaires dans les années 1920. Aujourd'hui, on ne porterait plus ce type de jugement.

Karli et Dora ne sont pourtant pas si différents des enfants et des adolescents d'aujourd'hui issus de milieux défavorisés : on ne leur a guère inculqué de règles si bien qu'ils sont devenus autonomes très tôt. Ils se sont débrouillés comme ils ont pu (en ayant parfois recours à la violence), ont appris à ruser et à assurer leur survie.



Titulaire d'un doctorat en histoire, Christine Luchsinger a été, de 2001 à 2014, cheffe suppléante de l'office pour la jeunesse et l'orientation professionnelle du canton de Zurich, où elle a notamment été en charge des établissements d'éducation pour mineurs. Son livre « Niemandskinder », Erziehung in den Heimen der Stiftung Gott hilft 1916 – 2016 est paru en 2016.



Enfants du foyer de Zizers de retour du travail ; tous n'ont pas le sourire (photo datant de 1930 environ).

Ces stratégies de survie ne sont bien entendu pas compatibles avec les règles imposées par les éducateurs dans les foyers, et elles ne l'étaient déjà pas à l'époque. Les éducateurs se retrouvent par conséquent confrontés à une tâche délicate, devant à la fois se montrer compréhensifs à l'égard des enfants et leur fixer des limites. Pour arriver à leurs fins, ils doivent traiter les enfants avec respect. Il s'agit en effet d'êtres humains qui essay(ai)ent de tirer le meilleur parti d'une situation désespérée en usant de ruses et en faisant preuve d'adaptation ou de résistance.

D'enfants autonomes à victimes

Dans les rapports éducatifs datant des débuts de la fondation, il est parfois question d'un véritable « combat » dans l'éducation tel qu'on peut se l'imaginer. Les éducateurs, qui étaient pourtant en position de force, se tenaient parfois sur leurs gardes. Certains n'étaient pas à la hauteur des stratégies mises au point par les enfants. Les éducateurs n'étaient à cette époque pas formés ; on considérait que l'éducation des enfants, lorsqu'elle n'était pas du ressort de l'école, était une compétence innée, plus particulièrement développée par les femmes. Il y a cependant toujours eu des éducateurs doués d'empathie, qui considéraient les jeunes d'égal à égal, mais c'était un coup de chance de tomber sur eux.

A partir des années 70, on a assisté à une psychologisation des méthodes d'éducation ; les enfants ont, à partir de ce moment-là, été considérés en premier lieu comme des victimes. Ils étaient victimes d'un trouble psychique ou neurologique, victimes d'une éducation jusque-là ratée, ou en étaient arrivés là à cause de la société. On attendait de la part des pédagogues sociaux, qui suivaient désormais des formations de plusieurs années, qu'ils se montrent très compréhensifs envers les enfants, mais aussi de plus en plus envers les parents. Mais cela comportait le risque d'une confusion entre éducation et thérapie, ce qui a bien évidemment conduit à des situations de surmenage. Aujourd'hui encore, c'est un défi pour les éducateurs d'arriver à trouver un juste milieu entre éducation et thérapie. La pédagogie du traumatisme, qui leur pose des exigences élevées, en est un exemple.

Il est d'autant plus important de trouver des moyens pour mettre sur pied une éducation fondée sur une relation d'égal à égal que nombre de ces enfants ont été et sont des victimes. En effet, leur éducation ne saurait se révéler efficace tant qu'on les réduit à ce statut.

Comme une famille ?

L'éducation, lorsqu'elle est assurée par des professionnels – on parle également d'« éducation spécialisée » – va aujourd'hui plus loin que l'éducation

familiale en matière de respect des droits de l'enfant. Et pourtant, la famille continue d'être considérée comme le modèle éducatif par excellence par certaines institutions. Comment l'expliquer ?

Les foyers d'accueil gérés par la fondation Gott hilft ont – à l'instar d'autres institutions – adopté à partir des années 1930 une approche fondée sur une éducation à caractère familial. Les garçons et les filles étaient, pour ce faire, répartis dans des groupes mixtes multi-âges de 12 enfants maximum, au sein desquels ils vivaient jusqu'à leur douzième année environ.

Cette approche a requis davantage de personnel, ce qui a eu un effet positif sur l'encadrement des enfants. Mais elle constituait surtout un progrès parce qu'elle permettait de transposer l'idéal bourgeois et chrétien de la famille du XIXe siècle dans les institutions : ces dernières devaient se substituer à la famille d'origine. Les directrices d'établissement étaient priées de faire en sorte que les enfants se sentent « comme à la maison ». La plupart des établissements gérés par la fondation Gott hilft étaient dirigés par des « femmes au foyer », que les enfants devaient appeler « mère ». Quant aux collaborateurs, ils devaient être appelés « oncle » ou « tante ».

Pendant tout le XXe siècle, le cliché de la famille en tant qu'unité chargée de l'éducation, également dans le cadre d'une prise en charge en foyer, était le plus répandu dans le paysage institutionnel. Beaucoup ont encore aujourd'hui du mal à dissocier l'éducation de la famille. C'est toutefois uniquement le cas chez les adultes. Les enfants et les adolescents placés ont, eux, toujours très bien su faire la part des choses entre leur famille et le personnel de l'institution dans laquelle ils se trouvaient. Leur famille d'origine est restée, à leurs yeux, leur seule famille, et ce même si elle dysfonctionnait. Il y a bien évidemment eu des exceptions. C'est le cas des enfants qui ne voulaient plus entendre parler de leurs parents ou de ceux qui n'étaient que des nourrissons à leur arrivée et qui ne connaissaient pas leur famille. Ces derniers étaient pour la plupart des enfants dits illégitimes, qui avaient été retirés à leur mère célibataire.

Les anciens enfants placés en foyer sont pourtant nombreux à avoir fait part du sentiment d'effroi qu'ils éprouvaient lorsqu'ils devaient appeler la directrice « mère » alors qu'elle n'était pour eux qu'une étrangère. Lors des entretiens, ils expliquaient clairement que la relation qu'ils entretenaient avec leurs parents était différente de celle qu'ils avaient avec leurs éducateurs. Si ces relations pouvaient être étroites ou marquantes, elles n'étaient en aucun cas identiques et étaient rarement comparables.

Contrairement aux adultes, les jeunes faisaient la différence entre les divers contextes éducatifs

« Il y a toujours eu des éducateurs doués d'empathie, qui considéraient les jeunes d'égal à égal, mais c'était un coup de chance de tomber sur eux. »

« Il est d'autant plus important de trouver des moyens pour mettre sur pied une éducation fondée sur une relation d'égal à égal que nombre de ces enfants ont été et sont des victimes. »



Enfants de foyer en pleine récolte de pommes de terre (photo datant de 1920 environ)



« Famille » du foyer de Zizers (photo datant de 1955 environ)

dans lesquels ils grandissaient. Les adultes étaient les seuls à considérer que la famille était l'unique modèle « valable ». Par ailleurs, ils avaient, pour la plupart, une représentation très idéalisée de la famille.

Avec du recul, il apparaît évident que cette volonté de reproduire le schéma familial dans les institutions a causé énormément de dégâts. Les enfants et les adolescents placés ont en effet été, durant de nombreuses décennies, confrontés à un conflit de loyauté impossible à résoudre, tiraillés entre leurs parents biologiques et leurs éducateurs. Ils étaient ainsi souvent contraints de cacher aux uns la sympathie qu'ils éprouvaient pour les autres. Quant aux éducateurs, ils se sont retrouvés dans des situations de rivalité avec les familles parfois difficiles à vivre, ce qui leur a non seulement coûté beaucoup d'énergie mais a également été préjudiciable au soutien qu'ils devaient apporter aux enfants.

Education « intellectualisée » ou « fondée sur une relation d'égal à égal » ?

Aujourd'hui, les jeunes placés en foyer apprennent à se poser des questions sur eux-mêmes. Ils sont généralement capables de porter un regard plus nuancé sur leurs forces et leurs faiblesses que les jeunes de leur âge qui grandissent au sein de leur famille. Leur éducation passe par une participation active à la définition d'objectifs principaux et intermédiaires ainsi que par une évaluation des objectifs atteints. Dans le cas de Dora – dont nous avons parlé au début de cet article –, un pédagogue conviendrait aujourd'hui avec elle d'un signal qu'il ferait pour qu'elle s'excuse à chaque fois qu'elle parle grossièrement. Le nombre de fois où elle s'excuserait pour ses dérapages verbaux et celui où elle ne le ferait pas seraient ensuite comptabilisés et évalués. Ceux qui n'ont pas connu le placement en foyer découvrent généralement pour la première fois comment définir des objectifs en y travaillant !

La professionnalisation récente qu'a connue le domaine a permis d'accroître la transparence et donc de rendre l'éducation institutionnelle moins arbitraire, le but étant que les jeunes soient considérés d'égal à égal par les éducateurs. Le revers de la médaille, c'est toutefois une intellectualisation de la pratique qui est difficile à supporter pour certains enfants et qui n'est pas adaptée à leurs besoins.

D'un point de vue historique, cette intellectualisation s'explique également par l'importance croissante de l'école et celle décroissante des travaux en commun dans les champs ou en forêt. Les enfants de paysans et les enfants placés pouvaient, grâce aux travaux physiques, faire la démonstration de leur force, ce qui leur valait parfois des remerciements de la part des membres de la famille ou du per-



Enfants de foyer en tenue de fête
(photo non datée)

sonnel de l'établissement. Ils faisaient partie d'une communauté dont les membres devaient assurer leur survie ensemble. Il ne faut bien entendu pas romancer les faits ; les coups, le surmenage et l'ingratitude faisaient partie de leur quotidien. Cependant, lorsqu'après la Seconde Guerre mondiale, le travail physique a commencé à jouer un rôle insignifiant et que c'est à l'école qu'il est revenu d'accoutumer les enfants à la discipline, il a manqué quelque chose à certains d'entre eux, l'école ne leur permettant pas de s'affirmer ; la plupart étaient des élèves médiocres dont la force et l'habileté physiques n'étaient désormais plus guère reconnues.

La nouvelle manière d'appréhender les contacts physiques contribue également à cette intellectualisation de la pratique. Suite aux débats publics concernant des cas d'abus dans des établissements d'éducation, les contacts physiques entre les éducateurs et les enfants ont été réduits au minimum, voire sont devenus inexistantes. Si cette mesure paraît aujourd'hui aisément compréhensible et appropriée au vu des abus commis, elle appellera probablement une discussion au cours des prochaines années. Ce tabou qui règne en milieu institutionnel autour du corps devrait être difficile à vivre pour les enfants et les adolescents.

Afin de prévenir tout jugement moral et toute discrimination, le jargon ayant trait au domaine du

placement a également beaucoup évolué, et ce de plus en plus rapidement : d'enfants « menteurs » ou « perturbés », on est passé à enfants « avec des stratégies de résolution non adaptées à la société » ou « avec des troubles du comportement », puis à enfants « difficiles ».

A trop vouloir parler correctement, on finit toutefois par s'exprimer de façon pompeuse. Une approche éducative fondée sur un traitement d'égal à égal pose des exigences plus élevées ; elle requiert de partir du stade où en est l'enfant et non du stade que l'éducateur veut lui faire atteindre, ce qui peut amener l'adulte à revoir sa manière de faire pour permettre à l'enfant ou à l'adolescent de sortir de l'impasse dans laquelle il se trouve. Cela ne signifie pas pour autant que la personne en charge de l'éducation doit céder, mais qu'elle doit faire preuve d'empathie et d'une grande résistance. Chapeau bas si elle arrive à ses fins !

Pour conclure, je dirais que les établissements d'éducation pour mineurs d'aujourd'hui ne peuvent plus être comparés avec ceux d'il y a 100 ans. Ou bien si ? Même si (presque) tout a changé, une rétrospective n'a d'intérêt que pour identifier les zones d'ombre.

« Cette volonté de reproduire le schéma familial dans les institutions a entraîné les enfants et les adolescents placés dans des conflits de loyauté impossibles à résoudre, ceux-ci s'étant retrouvés tiraillés entre leurs parents biologiques et leurs éducateurs. »



Cinq questions à Patrick Cotti

« Nous travaillons sans relâche et avec plaisir à l'élaboration d'une plate-forme professionnelle visant à faciliter la collaboration. »

Depuis le 1^{er} août 2017, Patrick Cotti dirige le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales. Il a auparavant exercé différentes professions, ayant notamment été journaliste, responsable d'interventions en matière d'addictions et de programmes de qualification pour adultes, directeur de la prison de Zoug, conseiller d'Etat et directeur du centre de carrière de la ville de Zurich.



#prison-info : Qu'est-ce qui vous a poussé à poser votre candidature au poste de directeur du Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) et quelles sont, parmi les expériences que vous avez accumulées au cours de votre riche carrière, celles qui vous aident plus particulièrement à accomplir votre nouvelle tâche ?

Patrick Cotti: Après la redéfinition des offres du centre de carrière et la réorganisation de ce dernier, j'étais prêt au bout de cinq ans à relever un autre défi avec une nouvelle équipe composée de professionnels de différents domaines. C'est une chance énorme pour moi d'arriver dans un environnement qui m'est familier. En effet, je connais les joies et les difficultés du domaine de l'exécution des sanctions pénales que ce soit au travers de la planification et de l'ouverture d'un nouvel établissement, des questions qui se posent lors de la mise en place de processus efficaces et de la collaboration interdisciplinaire avec des collaborateurs et des intervenants externes, des doutes relatifs à la mise en œuvre de normes de sécurité dans les bâtiments, de la vie quotidienne qui doit garantir des conditions dignes aussi bien pour les collaborateurs que pour les détenus. J'aime diriger des équipes mixtes, notamment lorsque des scientifiques et des praticiens sont réunis et qu'il faut exécuter des tâches relevant de la puissance publique, qui soulèvent des questions auxquelles on ne peut apporter de réponses simples. Je connais également très bien le milieu politique pour avoir siégé au sein du pouvoir législatif et dirigé l'instruction publique dans un contexte de collabora-

tion concordataire et de partage de compétences entre la Confédération et les cantons.

Le CSCSP a pour but d'accélérer la professionnalisation et l'harmonisation du domaine de l'exécution des sanctions pénales en Suisse. Pouvez-vous nous en dire plus ?

Parmi les futurs domaines de prestations du Centre, il en existe plusieurs qui concernent le personnel travaillant dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales ainsi que les offices, services et groupes professionnels impliqués, à savoir : la sécurité, la formation de base et continue, la collaboration interdisciplinaire, la planification de l'offre de places et la mise en œuvre conjointe des exigences de prise en charge dans différentes formes de détention, etc. Ces questions relatives à la collaboration intercantonale doivent être clarifiées et réglées de manière collégiale. La volonté induite par le fédéralisme de professionnaliser ce domaine, sans intervention de la Confédération, figure au centre des préoccupations, tout comme le respect des dispositions légales et d'une éthique professionnelle pratiquée de différentes manières dans une Suisse très diversifiée sur le plan culturel. Par ailleurs, la santé et la formation des détenus requièrent des normes suprarégionales.

Comment sera-t-il possible, compte tenu des disparités existant entre les cantons et les régions linguistiques, de trouver des solutions communes et de collaborer plus étroitement ?

Nous travaillons sans relâche et avec plaisir à l'élaboration d'une plate-forme d'échange sur laquelle seront traités des sujets défi-

nis conjointement et qui permettra de faire avancer les choses selon des processus interdisciplinaires. Notre objectif est ici de formuler des normes minimales qui faciliteront la collaboration et la professionnalisation dans tous les domaines de prestations.

Comment les travaux de mise en place du CSCSP avancent-ils et quand seront-ils terminés ?

Le Conseil de fondation CSCSP a approuvé le cadre du projet de mise en œuvre avec douze sous-projets. Nous déterminons actuellement les tâches qui doivent être effectuées dans le cadre de ces derniers. Le nouveau Centre de compétences ouvrira ses portes le 1^{er} août 2018, conformément à ce qui est prévu. Le domaine de prestations Fep (programme de formation destiné aux détenus) ne devrait, quant à lui, être intégré au CSCSP qu'en 2020.

L'exécution des peines et des mesures est une tâche conjointe des cantons et de la Confédération. Dans quelle mesure cette dernière participe-t-elle à la mise sur pied du Centre de compétences ?

Conformément à la législation fédérale, la Confédération participe à hauteur de 1,4 million de francs à la mise sur pied du nouveau Centre de compétences. Pour le reste, elle a fondé ce dernier avec les cantons et est représentée au sein du Conseil de fondation.

La Prison de Champ-Dollon, Quarante ans d'histoire

Vision d'une prison qui est parvenue à trouver un équilibre malgré toutes les polémiques

Champ-Dollon, joue, depuis quarante ans, son rôle de punir, de protéger la société d'individus n'en respectant pas les règles, mais aussi de garantir le futur de ces derniers. Cet ultime aspect de l'institution reste méconnu. Un nouvel ouvrage permet de développer un pan important du monde carcéral, celui de la probation.

Christophe Vuilleumier

«Champ-Dollon est apparu comme une intention posant la question de la condition humaine.»



Christophe Vuilleumier est le président de la Société d'histoire de la Suisse romande et l'auteur d'une série d'ouvrages. En 2017 est paru «Champ-Dollon, les Quarantièmes rugissants».

L'histoire des établissements pénitentiaires en Suisse intéresse les chercheurs depuis quelques années. Robert Roth, *Pratiques pénitentiaires et théorie sociale* (1981), et Claudia Curti, *Die Strafanstalt des Kantons Zürich im 19. Jahrhundert* (1988), avaient ouvert la voie à cette thématique avec leur livre respectif sur les prisons genevoise et zurichoise, suivis par des ouvrages portant sur des établissements spécifiques tel le livre d'Henri Anselmier, *Les prisons vaudoises* (1993), ou, plus récemment, les travaux de Geneviève Heller, *La Maison d'éducation de Vennes* (2012), de Markus Brühlmeier et Verena Rothenbühler, *Im Tobel der Busse* (2014) et du statisticien Daniel Fink, *Strafrecht, Freiheitsentzug, Gefängnis* (2015).

Un aspect méconnu

Champ-Dollon, les Quarantièmes rugissants, paru aux éditions Slatkine cette année, revient sur une histoire, celle de la plus grande prison préventive helvétique, aux confins du pays. Cet ouvrage complète une première étude menée il y a dix ans (Christophe Vuilleumier, *La prison de Champ-Dollon, 1977–2007, 30 ans d'histoire*, 2007), en insistant sur les questions religieuses de plus en plus aiguës depuis quelques années ainsi que sur la dimension socio-éducative développée au sein de l'établissement. Cet aspect de l'institution, celui de la probation dont la mission est d'apporter une assistance sociale pendant la procédure pénale et l'exécution de la peine, mais également de proposer des possibilités de formation aux personnes détenues reste méconnu, alors même qu'il s'agit là d'un pari positif, héritage de la culture juridique des Lumières, notamment de la pensée de Cesare Beccaria dont le principe cardinal pour la prévention des délits est le perfectionnement de l'éducation.

Le récipiendaire d'un héritage

Construite en 1977, Champ-Dollon apparaît comme le récipiendaire d'un héritage, d'une expérience et d'une réflexion qui s'est développée au cours du XX^e siècle, marqué par la Seconde Guerre mondiale et la prise de conscience des problématiques d'enfermement, ainsi que par les années Foucault et la mouvance philosophique interrogeant l'homme et son avenir. Les promoteurs du nouvel établissement, faute d'une conception pénitentiaire helvétique faisant référence, n'avaient en l'occurrence pas rechigné à explorer les multiples expressions architecturales dédiées à l'enfermement, portant rapidement leur attention sur le modèle scandinave que l'on considérait alors à la pointe d'un humanisme appliqué à la question carcérale.

La nouvelle prison, une fois édifiée, allait donc reléguer la vétuste Saint-Antoine au rang des souvenirs, effaçant au fil du temps les problèmes sanitaires et sécuritaires du vieux bâtiment qui faisaient jadis débat à Genève. D'autres sont apparus depuis lors : la surpopulation, la multiplication des cas psychiatriques, ou la coexistence dans des espaces confinés d'ethnies rivales, plaçant l'établissement très fréquemment sous les feux de l'actualité !

Un reflet de la société

La prison est un reflet de la société, société, si l'on se rappelle de la phrase d'Albert Camus, qui se juge à l'état de ses prisons. Contrairement à la prison préventive du Bois-Mermet, créée en 1905 pour enfermer de petits malfrats, ou de grands criminels attendant de comparaître devant le tribunal fédéral, et dont l'architecture présentant un plan panoptique est le témoignage figé d'une époque, (Christophe Vuilleumier, *Ombres*



La sécurité repose essentiellement sur les épaules des gardiens. La configuration des bâtiments et leurs équipements (photo: annexe Cento Rapido) ne sont qu'accessoires et ne résolvent pas tous les problèmes à la surveillance d'une prison. Photo: Victor Fatio



Le gardien est le modérateur, l'élément indispensable qui régule la situation. Il connaît les détenus, les dangers qu'ils représentent et leur état de santé.

Photo: Victor Fatio

et lumières du Bois-Mermet, 2014), Champ-Dollon est apparu comme une intention posant la question de la condition humaine. Car en plus d'être un lieu de détention, la prison est un lieu de vie, d'expériences bonnes ou mauvaises, ressenties génération après génération avec violence. Un lieu de vie non seulement pour les individus prévenus ou condamnés mais également pour le personnel appelé à y poursuivre une carrière. Dès lors, l'univers des détenus, des agents de détention et de l'ensemble des intervenants qui évoluent « dedans », entre des murs créés pour obliger et protéger, revêt une dimension éminemment symbolique pour chaque personne intéressée par la gouvernance politique et judiciaire, mais également pour le simple citoyen.

Mettre en lumière ce passé permet donc au spécialiste ou au quidam de mesurer le chemin parcouru, de distinguer les questionnements qui se sont posés à chaque époque, tant il est vrai que connaître son histoire permet de savoir où l'on en est, de mesurer les réalités contemporaines. Des réalités qui se déclinent évidemment sous l'angle de l'évolution de la criminalité mais aussi des mutations institutionnelles, éthiques et morales. Distinction également entre la réalité helvétique et celles, multiformes, des pays européens.

Une équation dont les résultats divergent

Car la politique appliquée en matière de justice et de répression force à la hausse ou à

la baisse le nombre de condamnations ainsi que le climat des prisons et, par effets successifs, les possibilités de réinsertion des détenus, autant que les finances publiques. Une équation dont les résultats divergent dans les pays européens en fonction des choix opérés par les gouvernements respectifs. Les exemples de la Hollande et de la Suède sont bien connus avec les chutes spectaculaires de leurs populations carcérales, rendues possibles par la mise en place de mesures alternatives à la peine d'enfermement, comme les bracelets électroniques, des injonctions de soins ou les peines d'intérêts généraux, et par les faibles taux de récidive.

Des résultats qui sont expliqués en partie par les politiques sociales optées par ces pays qui ont développé des thérapies de « décriminalisation ».

nalisation» en misant prioritairement sur la réhabilitation, mais également – pour ne pas dire surtout – par une baisse générale de la criminalité ordinaire. Une diminution dont les causes restent très disputées et qui est expliquée tantôt par des actions soutenues de la police et le développement des systèmes de surveillance, plus rarement par le vieillissement de la population ou l'éducation. Des résultats dépendant donc d'un faisceau de raisons qui ne sont pas toutes objectivables et qui ne prennent pas forcément en compte toutes les facettes d'une problématique s'étendant au-delà du seul condamné et des institutions, comme les

attentes légitimes du besoin de justice des victimes et de leurs familles.

Lutte contre la surpopulation

Genève, à l'instar de la France, s'est basée sur un principe de réalité mathématique et a opté pour un scénario de croissance de ses infrastructures carcérales pour lutter contre la surpopulation de la prison, une surpopulation qui contribue à un « ensauvagement » de la détention et des personnes détenues autant qu'à des crispations au sein du personnel pénitentiaire. Champ-Dollon a concentré les effets de cette politique avec ses développements multiples et ses annexes

qui sont venues l'entourer. Mais s'en tenir à ce constat serait partial puisque le système de probation créé à Genève depuis bientôt deux siècles s'axe dans le même sens que les modèles de réinsertion utilisés dans le Nord de l'Europe, avec des « sas » de sortie, des encadrements évolutifs dépendant du statut de la personne détenue puis libérée, et un travail de réseaux important. En 2017, Champ-Dollon oscillant entre surpeuplement endémique et mesures socio-éducatives, offre la vision d'une prison qui est parvenue à trouver un équilibre malgré toutes les polémiques.

En direct du Parlement

L'évasion des prisons ne sera pas réprimée

Lors de la session d'été 2017, le Conseil national a rejeté la motion « Réprimer l'évasion des prisons » (15.3753) du Conseiller national Lukas Reimann, qui demandait l'introduction d'un nouvel article intitulé « Evasion » dans le code pénal.

Le Conseil national s'est ainsi rallié au point de vue du Conseil fédéral, qui estime qu'il n'y a pas nécessité de légiférer. Dans son avis, le Conseil fédéral rappelle le principe fondamental selon lequel l'autofavorisation n'est pas punissable. Le fait que l'évasion d'un détenu n'est aujourd'hui pas punissable en tant que telle ne signifie cependant pas qu'elle est sans conséquences et ne peut être réprimée. La conseillère fédérale Simonetta Sommaruga l'a souligné devant le Conseil national : « Un détenu qui s'évade de prison ne s'en tire pas à bon compte ». Il risque en effet de perdre les allègements qui lui ont été accordés dans l'exécution et de ne pas être libéré conditionnellement. Il peut également s'attendre à des sanctions disciplinaires. Il se rend en outre punissable s'il blesse ou contraint une personne ou cause des dommages. Dans ces cas, il peut être puni pour mutinerie, dommages à la propriété, lésions corporelles ou contrainte. En outre, l'incitation à faire évader est, elle aussi, punissable.



Depuis 2010, l'Office fédéral de la statistique recense également les évasions dans le cadre de son enquête sur la privation de liberté. Il a ainsi dénombré quelque 20 évasions d'un établissement fermé ou de la division fermée d'un établissement ouvert par année. Même si elle n'est pas punissable en tant que telle, une évasion a toujours des conséquences négatives pour son auteur. Photo : Evasion de la prison centrale à Fribourg ©LA LIBERTÉ

La primauté de la peine pécuniaire sur la peine privative de liberté maintenue

Vue d'ensemble du nouveau régime des sanctions

Le nouveau régime des sanctions, qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2018, rétablit les courtes peines privatives de liberté. Il ne remet toutefois pas en cause la primauté des peines pécuniaires sur les peines privatives de liberté, ni leur exécution avec sursis.

Après la révision totale du 13 décembre 2002 et les améliorations du 24 mars 2006, le régime des sanctions a subi, avec la révision adoptée le 19 juin 2015, sa troisième modification importante en peu de temps. En raison des critiques persistantes dont il avait fait l'objet, la dernière révision prévoyait initialement de supprimer la peine pécuniaire avec sursis, de rétablir les courtes peines privatives de liberté et de mettre fin à la primauté de la peine pécuniaire sur la peine privative de liberté. Toutefois, le Parlement a finalement décidé, après deux années de délibérations, de ne pas supprimer la peine pécuniaire avec sursis et de maintenir la primauté de la peine pécuniaire sur la peine privative de liberté. Voici, ci-dessous, un aperçu du nouveau régime des sanctions qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2018 :

La peine pécuniaire avec sursis conservée

Plusieurs points, tels que la peine pécuniaire avec sursis, le nombre minimal et maximal de jours-amende et le montant minimal du jour-amende, ont été sujets à controverse lors de la révision. Contrairement à ce que proposait le Conseil fédéral, la peine pécuniaire pourra à l'avenir toujours être assortie d'un sursis. Elle sera plafonnée non plus à 360, mais à 180 jours-amende, tandis que le nombre minimal est désormais fixé à 3. Le montant maximal du jour-amende reste de 3000 francs, mais un minimum de 30 francs est instauré ; il pourra être réduit à 10 francs à titre exceptionnel. Des nouveautés sont également introduites en ce qui concerne l'exécution de la peine pécuniaire. Le délai de paiement est ainsi ramené de 12 à 6 mois. Par ailleurs,

la personne condamnée ne pourra plus, à l'avenir, demander un allongement du délai de paiement à 24 mois ou une réduction du montant du jour-amende dans les cas où sa situation se sera, sans sa faute, notablement détériorée.

Courtes peines privatives de liberté

À l'avenir, il sera à nouveau possible de prononcer de courtes peines privatives de liberté allant de trois jours à six mois, sans toutefois que la primauté de la peine pécuniaire ne soit remise en cause : un juge ne pourra prononcer une peine privative de liberté que si une telle peine paraît justifiée pour détourner l'auteur d'autres infractions ou s'il y a lieu de craindre qu'une peine pécuniaire ne puisse pas être exécutée. La loi soumet l'exécution avec sursis de ces deux sanctions aux mêmes conditions : une peine pécuniaire ou une peine privative de liberté de deux ans au plus peuvent être assorties d'un sursis lorsqu'une peine ferme ne paraît pas nécessaire pour détourner l'auteur d'autres crimes ou délits.

Nouvelles formes d'exécution des peines

S'il n'y a pas lieu de craindre que le condamné s'enfuit ou commette d'autres infractions, une courte peine privative de liberté ferme peut, à la demande de celui-ci, être exécutée sous la forme d'un travail d'intérêt général, de la semi-détention ou d'une surveillance électronique.

- Les peines privatives de liberté de six mois au plus pourront, comme c'était le cas jusqu'à présent, être exécutées sous la forme d'un travail d'intérêt général. Ce dernier pourra également être exécuté en lieu et place d'une peine pécuniaire ou d'une amende. Le travail d'intérêt général ne sera plus ordonné par les tribunaux mais par les autorités d'exécution des peines car il ne sera plus une peine en soi mais une forme d'exécution.
- La réglementation relative à la semi-détention n'a quasiment pas été modifiée :

une peine privative de liberté de 12 mois au plus ou un solde de peine de 6 mois au plus après imputation de la détention subie avant le jugement peuvent être exécutés sous la forme de la semi-détention. Le détenu continue son travail, sa formation ou son activité à l'extérieur de l'établissement de détention et passe ses heures de repos et de loisirs dans l'établissement.

- La surveillance électronique à l'extérieur de l'établissement pénitentiaire (electronic monitoring), qui était jusque-là à l'essai dans sept cantons, sera inscrite dans la loi en tant que nouvelle forme d'exécution pour les peines privatives de liberté de 20 jours à 12 mois. Cette forme d'exécution pourra aussi être ordonnée, pour 3 à 12 mois, en tant que dernière phase d'une longue peine privative de liberté, à la place d'une phase de travail externe ou de travail et logement externes. Il faudra pour ce faire que le condamné dispose d'un logement fixe, qu'il exerce une activité régulière, qu'il s'agisse d'un travail, d'une formation ou d'une occupation, et que les personnes faisant ménage commun avec lui y consentent.

Nouvelle expulsion prévue par le droit pénal

Le projet de réforme du droit des sanctions prévoyait le rétablissement de l'expulsion judiciaire facultative. La mise en œuvre de l'initiative sur le renvoi a toutefois rendu caduque la réglementation en question. Conformément aux dispositions qui sont entrées en vigueur le 1^{er} octobre 2016, le juge prononce une expulsion obligatoire de Suisse lorsqu'un étranger est condamné à une peine pour avoir commis certains types de délits clairement définis. Il peut exceptionnellement y renoncer si cette expulsion met l'étranger dans une situation personnelle grave. Pour les autres crimes et délits, il peut prononcer une expulsion non obligatoire. (gal)



A l'avenir, les juges pourront à nouveau prononcer de courtes peines privatives de liberté de 3 jours à 6 mois (photo : Prison régionale de Berne). De nouvelles formes d'exécution des peines pourront être ordonnées telles que le travail d'intérêt général, la semi-détention et la surveillance électronique, qui sera désormais utilisée dans toute la Suisse.

Photo: Peter Schulthess

Comblant les lacunes dans la délégation de l'exécution des décisions pénales

Amendement au Protocole additionnel à la Convention sur le transfèrement des personnes condamnées

A l'avenir, les étrangers qui font l'objet d'une procédure pénale ou qui ont été jugés en Suisse ne pourront plus se soustraire à l'exécution de leur peine en retournant légalement dans leur pays d'origine. Un amendement au Protocole additionnel à la Convention sur le transfèrement des personnes condamnées prévoit que l'Etat de condamnation puisse dans ces circonstances adresser à l'Etat de nationalité une requête tendant à ce que celui-ci se charge de l'exécution de la condamnation. La Suisse a signé le protocole portant amendement à ce protocole le 22 novembre 2017.

La Convention du Conseil de l'Europe sur le transfèrement des personnes condamnées permet à celles qui en expriment le souhait d'être remises à leur Etat de nationalité pour y subir la peine qui leur a été infligée. Son but est de favoriser leur réinsertion sociale. Le Protocole additionnel à la Convention autorise l'Etat de condamnation à adresser à l'Etat de nationalité une requête tendant à ce que celui-ci se charge de l'exécution de la condamnation contre l'avis de la personne condamnée ou sans son consentement dans deux cas : si cette dernière s'évade de son Etat de condamnation pour rejoindre son Etat de nationalité ou si elle est frappée d'une mesure d'expulsion ou de renvoi de l'Etat de condamnation et ne pourrait en aucun cas y rester. Ces deux possibilités existent en Suisse depuis, respectivement, 1988 et 2004.

Critiques des praticiens

Les critiques des praticiens ont amené les Etats membres du Conseil de l'Europe à compléter le Protocole additionnel et à étendre le dispositif visant à faire exécuter les peines. A l'avenir, l'Etat de condamnation pourra requérir la délégation de l'exécution pénale même si une personne condamnée retourne dans son Etat de nationalité en toute légalité. Il pourra aussi requérir le transfèrement auprès de l'Etat de nationalité si la personne



Le cas de Laurent Ségalat, condamné en 2014 pour meurtre par le Tribunal fédéral à une peine privative de liberté de 14 ans, montre l'importance de cet amendement. Ce ressortissant français était retourné légalement dans son pays d'origine pendant la procédure d'appel, raison pour laquelle la France n'avait pu donner suite à la requête de délégation de l'exécution pénale adressée par la Suisse. Photo: Keystone

condamnée fait l'objet d'une mesure d'expulsion ou de renvoi, et ce même si elle refuse de donner son avis quant à son transfèrement. Comme c'était déjà le cas auparavant, la Convention et le Protocole additionnel n'obligent en rien les Etats Parties à accepter une requête de transfèrement ou de délégation de l'exécution pénale mais prévoient uniquement la possibilité d'une coopération.

Application provisoire

Le protocole portant amendement au Protocole additionnel a été ouvert à la signature à Strasbourg le 22 novembre 2017. Il entrera en vigueur dès que toutes les Parties au Protocole additionnel auront exprimé leur consentement à y être liées. Une Partie au Protocole additionnel peut, au moment de son approbation, ou à tout moment ultérieur, déclarer que les nouvelles dispositions lui seront

applicables à titre provisoire. Dans ce cas, les dispositions ne s'appliqueront qu'aux Parties ayant fait une déclaration similaire à cet effet.

Le protocole portant amendement au Protocole additionnel est compatible avec le droit suisse et ne requiert aucune adaptation législative. En vertu de la loi fédérale sur l'entraide judiciaire en matière pénale, la Suisse peut d'ores et déjà recevoir des demandes étrangères de délégations de l'exécution pénale et en adresser aux autorités étrangères, et ce que l'intéressé ait rejoint son Etat de nationalité en s'évadant de son Etat de condamnation ou de manière légale. L'amendement au Protocole additionnel permettra de nombreux autres Etats de disposer des bases légales requises pour ce faire, ce qui est dans l'intérêt de la Suisse. (gal)

Formation des cadres dans le domaine de l'exécution des peines

Séminaire annuel du Réseau européen des centres de formation du personnel pénitentiaire en Suisse

Les membres du Réseau européen des centres de formation du personnel pénitentiaire (European Penitentiary Training Network ou EPTA) se sont cette année réunis à Morat du 19 au 22 septembre. 47 spécialistes de 23 pays ont débattu de sujets en lien avec la formation des personnes exerçant ou appelées à exercer des fonctions de cadre dans le domaine de l'exécution des peines.

Laura von Mandach

Les participants ont discuté des stratégies à mettre en place pour développer les offres, de méthodes d'enseignement novatrices et de la gestion des crises. C'est Nadja Kuenzle, la responsable de la formation de cadres au Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire (CSFPP), qui a proposé ces thèmes. La formation de cadres proposée par le CSFPP est actuellement soumise à une révision ; un nouveau profil de qualification a été élaboré et le nouveau cursus, défini en étroite collaboration avec les cadres du domaine de l'exécution des peines, sera proposé dès 2019.

Lors de ce séminaire, des représentants de grands centres de formation du personnel pénitentiaire bien établis, tels que les centres norvégien (University College of Norwegian Correctional) et français (Ecole Nationale d'Administration Pénitentiaire), mais aussi de centres plus récents et plus petits, comme l'estonien (Estonian Academy of Security Sciences) et le croate (Prison System Directorate), ont évoqué de façon saisissante la difficulté à faire évoluer avec son temps la formation des cadres dans le domaine de l'exécution des peines. Il est apparu au fil des discussions animées que l'apprentissage perpétuel, l'évaluation et l'optimisation permanentes de l'offre ainsi que la nécessité de transmettre des connaissances pertinentes pour la pratique faisaient partie des principes sur lesquels se fondent la plupart des centres de formation.

Des approches novatrices

Les participants ont présenté des approches novatrices, telles que par exemple une offre

de coaching comprise dans la formation de cadres ou un stage dans le secteur privé faisant également partie intégrante de la formation. En Norvège, où l'exécution des peines est organisée au niveau national, le développement du personnel et la formation des cadres sont étroitement liés. L'autorité chargée de recruter le personnel est la même que celle qui le forme et l'emploie. Au KRUS, le centre norvégien de formation du personnel pénitentiaire, la formation démarre le jour même où le futur surveillant ou agent pénitentiaire est recruté. Après une formation de deux ans, qui est sanctionnée par un titre équivalant à un bachelors d'une haute école et pendant laquelle les apprentis passent progressivement à la pratique, l'école propose des formations continues adaptées aux besoins. Le personnel et les enseignants occupent régulièrement, selon un système de rotation, des fonctions de cadre dans des institutions de privation de liberté (voir également l'interview avec le responsable du KRUS p. 47).

European Penitentiary Training Network EPTA

Créé il y a neuf ans, l'EPTA compte actuellement 21 membres, auxquels devraient venir s'ajouter trois de plus l'an prochain. Il se réunit chaque année à l'occasion d'un séminaire, qui aura lieu en 2018 en France, à Agen. Patrick Cotti, directeur du Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP), assure la présidence du comité de l'EPTA jusque fin 2017. Lien : <http://epta.euopris.org>



Cette année, le séminaire de l'EPTA a été organisé par le CSFPP à Morat. Outre l'accueil qui leur a été réservé et la bonne ambiance qui régnait, les participants ont notamment salué la méthodologie du séminaire, basée sur de brèves présentations et des échanges, ainsi que la visite enrichissante et originale de l'établissement pénitentiaire de Witzwil. Photo: Adrian Ademay

Un recrutement difficile

Au cours du séminaire, les participants ont évoqué à plusieurs reprises la difficulté actuelle à recruter du personnel pénitentiaire. En France, par exemple, les personnes aspirant à une carrière dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures se font de plus en plus rares. En Suède, on manque également de personnel spécialisé ; on a notamment du mal à trouver du personnel pour les services de santé. Le Swedish Prison and Probation Service, le centre de formation suédois, a recours à des méthodes non conventionnelles pour remédier à cette situation. Cette année, des collaborateurs du domaine de l'exécution des peines se sont ainsi rendus, dans le cadre d'une action de

relations publiques, avec des cellules de prison mobiles sur des places animées de plusieurs villes pour promouvoir leur activité. De plus, pour prévenir la pénurie de cadres, a été lancé dans le pays le projet « Potentiel », qui vise à identifier les personnes aptes à exercer ces fonctions et à les inciter à donner un coup d'accélérateur à leur carrière.

Des collaborateurs avec un emploi du temps chargé

Un autre défi auquel sont confrontés les spécialistes de la formation est l'emploi du temps chargé du personnel, quel que soit son niveau hiérarchique. Il est fréquent qu'aucun praticien ne soit disponible pour dispenser des formations de base ou continues

de plusieurs jours dans les centres de formation. Les centres irlandais (Irish Prison Service College) et catalan (Center of Law Offices and Specialized Formation) ont fait preuve d'inventivité pour remédier à ce problème. Ils vont vers le « client » et proposent des interventions sur mesure aux différents établissements de privation de liberté. L'ensemble de l'équipe, y compris les supérieurs hiérarchiques, est mis à contribution. Parallèlement, on identifie les autres besoins en matière de formation. Les formateurs évaluent par la suite si les connaissances transmises sont jugées utiles et si elles sont bien mises en pratique au quotidien.

« Notre travail est un investissement dans la société »

Interview avec Hans-Jørgen Brucker

La prison de Halden est représentative du système d'exécution des peines empreint d'humanité de la Norvège et est une source d'inspiration à l'étranger. Ce modèle visionnaire est certes onéreux mais il est efficace, comme en témoigne le taux de récidive et d'incarcération peu élevé. « Nous considérons notre travail comme un investissement dans la société », souligne Hans-Jørgen Brucker, le directeur du KRUS, le centre norvégien de formation du personnel pénitentiaire.

#prison-info: La prison de Halden est devenue célèbre car elle est considérée comme la prison la « plus humaine du monde » : s'agit-il d'un projet pionnier ou cet établissement est-il représentatif du système norvégien d'exécution des peines ?

Hans-Jørgen Brucker: La prison de Halden est représentative du système d'exécution des peines empreint d'humanité de la Norvège. Mis à part le fait que le bâtiment et l'institution sont récents et modernes, Halden ne diffère en rien des autres établissements pénitentiaires du pays. Dans toutes les prisons norvégiennes, on utilise la même méthode de travail et on traite les prisonniers avec humanité.

Halden serait une « prison cinq étoiles » selon certains de ses détracteurs. Que répondez-vous à ces critiques ?

A Halden, les prisonniers sont enfermés et traités comme dans n'importe quelle autre prison norvégienne. Certes, l'établissement paraît différent. Il est aménagé de manière agréable, est neuf et moderne et entouré d'arbres. Mais mis à part cet environnement plaisant, les détenus sont logés à la même enseigne que dans les autres établissements de privation de liberté.

On dit également que Halden est un « lieu de villégiature »...

De nombreux détenus peuvent préparer eux-mêmes leurs repas à Halden, ce qui leur permet d'avoir une vie mieux structurée. Ceux qui se permettent de dire que cet établissement ressemble à un lieu de villégiature n'ont vraisemblablement jamais mis les pieds dans une prison. Des personnes qui sont enfermées pendant des heures, qui passent des journées, des mois et des années dans leur cellule, auxquelles on dit constamment quoi faire et qui n'ont aucun contact avec leur

famille ni avec leurs amis n'ont pas le sentiment d'être en vacances. Il est possible qu'en Norvège on mange mieux en prison qu'en maison de retraite, mais le fait d'être incarcéré implique de nombreuses contraintes. Et si les repas servis dans les maisons de retraite ne sont pas bons, il faut remédier à la situation.

Quel bilan peut-on tirer sept ans après l'ouverture de Halden ? Quel est le taux de récidive ?

20 % des personnes qui sortent de Halden commettent une nouvelle infraction dans les deux années qui suivent leur sortie. Ce taux est comparable à celui enregistré dans les autres établissements norvégiens. Une société privée a publié d'autres chiffres ; elle n'a cependant pris en compte que les détenus qui sortaient directement de Halden. Or la plupart des détenus ne sont libérés des établissements ouverts qu'après plusieurs phases de progression. Si l'on prend cet élément en considération, on obtient le même taux de récidive que dans les autres prisons.

Le concept de « sécurité dynamique », qui repose sur le fait que le changement des détenus passe par le dialogue, est important pour les responsables. Quelle attitude adoptez-vous face à une personne condamnée qui refuse de changer et qui n'est pas prête à dialoguer ?

La sécurité dynamique est un élément fondamental de l'exécution des sanctions pénales en Norvège. Lorsqu'un détenu refuse le dialogue, nous traitons chaque situation au cas par cas. Dans certains cas, nous laissons du temps à la personne avant de faire une nouvelle tentative, dans d'autres, nous essayons par tous les moyens de la convaincre de s'ouvrir. Un des principaux objectifs de l'exécution des peines en Norvège est de trouver une atti-



Hans-Jørgen Brucker : « En fin de compte, nous sauvons des vies. »

tivité d'occupation adéquate aux détenus. C'est pendant leur formation ou leur travail que le personnel pénitentiaire invite ces derniers au dialogue. Y arriver avec tous constitue un véritable défi.

A Halden, on compte quasiment autant de détenus que de surveillants et d'agents pénitentiaire : combien coûte ce modèle ?

Nous avons conscience que le taux d'encadrement est supérieur à celui que connaissent de nombreux autres pays. De plus, nos collaborateurs sont très bien formés. Tout cela a un coût. Nous pensons cependant que nous récupérons une partie de la somme investie. Nous avons en effet un taux d'incarcération relativement bas avec seulement 75 détenus pour 100 000 habitants. Nous considérons

notre travail comme un investissement dans la société. Le fait que le taux de récidive soit de 20 % est le résultat de cette politique. Au final, avoir un taux d'incarcération élevé est plus onéreux. Une hausse du taux de criminalité entraîne également des coûts considérables. Cela crée de la souffrance, aussi bien chez les victimes que chez les auteurs. En fin de compte, nous sauvons des vies, et ça, ça n'a – comme nous le savons tous – pas de prix.

Pour les responsables, Halden est un modèle visionnaire qu'ils aimeraient « exporter ». D'autres prisons s'en inspirent-elles déjà ?

Nous misons beaucoup sur la collaboration. Nous allons dans d'autres pays et participons à plusieurs projets de coopération, le réseau européen des centres de formation

du personnel pénitentiaire (EPTA) n'étant qu'un exemple parmi d'autres. Les prisons norvégiennes reçoivent énormément de visiteurs chaque année. Je suis persuadé que de nombreux établissements étrangers sont inspirés des modèles norvégiens de Halden et de Bastøy. (LvM)



La diffusion du film «Bessere Nachbarn» de Tomas Lindh et John Stark a permis de faire découvrir la prison de Halden à un plus large public en Suisse. Photo : Salle de musique de la prison © Media Relations SRF.

Brèves

Risque de récidive des mineurs condamnés

25 % des mineurs condamnés récidivent et connaissent entre 18 et 23 ans une nouvelle condamnation prononcée par un tribunal pour adultes. Être un homme, posséder de nombreux antécédents en tant que délinquant juvénile, avoir commis des infractions graves pendant l'enfance et l'adolescence sont des facteurs qui font augmenter le risque d'être à nouveau condamné à l'âge adulte, selon une analyse de l'Office fédéral de la statistique (OFS).

Les hommes sont non seulement sur-représentés parmi les mineurs condamnés (73 % de garçons et 27 % de filles), mais ils poursuivent également plus souvent leur trajectoire délinquante une fois leur majorité atteinte. En effet, les garçons condamnés en tant que mineurs ont presque quatre fois plus de risque d'être condamnés par un tribunal pour adultes.

Plus il y a de jugements rendus par un tribunal pour mineurs, plus souvent il y a condamnation à l'âge adulte. Le taux de récidive à l'âge adulte s'élève à 20 %, 34 %, 49 % et 64 % parmi les délinquants juvéniles qui ont respectivement été jugés une fois, deux fois, trois fois et quatre fois ou plus par un tribunal pour mineurs.

La récidive à l'âge adulte semble en partie dépendre de la gravité des infractions perpétrées en tant que mineur. Effectivement, le taux de recondamnation à l'âge adulte s'élève à 17 % chez les mineurs n'ayant commis que des contraventions, contre 29 % chez les mineurs ayant commis des délits ou des crimes.

Lien : www.bfs.admin.ch

Stabilité du nombre de condamnations

Avec 12 090 condamnations de mineurs et 109 116 condamnations d'adultes, les chiffres sont restés globalement stables en 2016, selon les statistiques de l'OFS.

La hausse des condamnations pour infraction au code pénal (notamment des infractions de violence et des infractions contre le patrimoine) recensées dans la statistique des jugements pénaux des mineurs est compensée par une baisse de celles pour infraction à la loi sur la circulation routière, à la loi sur les stupéfiants et à la loi sur les étrangers.

Aucun changement notable n'a pu être constaté dans les sanctions prononcées. Les condamnés de moins de 15 ans ont été 66 % à être astreints à fournir une prestation personnelle (cours ou travaux d'intérêt général) et 34 % à être sanctionnés par une réprimande (rappel formel à l'ordre). Comme les privations de liberté et les amendes peuvent aussi entrer en ligne de compte comme sanctions chez les jeunes de 15 ans révolus, la part des prestations personnelles tombe alors à 47 % et celle des réprimandes à 26 %. La part des peines privatives de liberté se monte ici à 6 % et celle des amendes à 26 %. 3 % des jugements comportent aussi une mesure comme sanction. Cette mesure est ambulatoire dans 94 % des cas.

En ce qui concerne les condamnations d'adultes, les chiffres restent stables mais à un niveau élevé. La statistique des condamnations pénales fait certes état d'un recul, mais les jugements de l'année 2016 ne sont pas encore tous entrés en force, et ceux qui ne le sont pas ne peuvent donc pas être pris en compte dans la statistique. La peine pécuniaire reste la sanction la plus fréquemment prononcée (86 %). Dans la grande majorité des cas, elle est assortie d'un sursis (82 %). Les peines privatives de liberté représentent chez les adultes 11 % de l'ensemble des sanctions principales mais sont majoritairement prononcées sans sursis (74 %).

Lien : www.bfs.admin.ch

Améliorer la protection des victimes de violence domestique et de harcèlement

Le Conseil fédéral veut améliorer la protection des victimes de violence domestique et de harcèlement obsessionnel. Il a adopté à cet effet, lors de sa séance du 11 octobre 2017, un message portant sur diverses modifications du droit civil et du droit pénal. Le projet prévoit notamment la possibilité de surveiller électroniquement le respect d'une interdiction géographique ou d'une interdiction de contact ; il soulage par ailleurs la victime, puisque la décision de suspendre ou de classer la procédure pénale ne relèvera plus de sa seule responsabilité.

Conformément à l'art. 28b du code civil, un juge peut déjà, en cas de violence, de menaces ou de harcèlement, prononcer une interdiction géographique ou une interdiction de contact. Afin de mieux faire respecter cette interdiction, il aura en outre la possibilité à l'avenir d'ordonner que l'auteur potentiel de violence soit muni d'un bracelet électronique. Ce dispositif de surveillance électronique suivra et enregistrera ses déplacements en permanence. En plus de jouer un rôle préventif, il aura aussi une fonction de preuve. Les enregistrements pourront également être utilisés dans d'autres procédures. Ces mesures n'engendreront aucun coût pour la victime.



Photo: Peter Schulthess

Lien: <http://www.ofj.admin.ch>

Manifestations

Le canton de Berne a supprimé la watchlist

L'Office de l'exécution judiciaire (OEJ) du canton de Berne a introduit un nouveau système de gestion des risques pour l'évaluation des allègements de peine. Après que la Cour suprême a admis par décisions du 10 novembre 2017 deux recours de détenus, l'OEJ a supprimé la watchlist avec effet immédiat.

Sur cette liste introduite en 2013 figuraient le nom de personnes internées ou considérées à risque car l'infraction commise avait, au moment même de sa perpétration, au cours de la procédure judiciaire ou du fait d'incidents dans le cadre de l'exécution, suscité un intérêt médiatique particulier. La Cour suprême a estimé que le critère de l'intérêt médiatique était inadéquat et non pertinent pour évaluer la dangerosité d'une personne. Par ailleurs, dans la mesure où cette liste ne contenait pas le nom de toutes les personnes considérées à risque, elle considère que c'est un outil inapproprié pour protéger la collectivité. Elle a ajouté que si la watchlist était absolument nécessaire pour accomplir certaines tâches d'exécution prévues par la loi, d'autres cantons auraient également introduit ce type de liste, ce qui n'est, à sa connaissance, pas le cas.

Indépendamment des deux décisions de la Cour suprême, l'OEJ préparait depuis longtemps la suppression de cette liste et a élaboré un nouveau système de gestion des risques. Celui-ci repose sur les principes de l'exécution des sanctions axée sur les risques (ROS) et sera introduit au 1^{er} janvier 2018.

(Dis-)Continuités dans le placement

Le prochain colloque plateforme de placement extrafamilial propose d'aborder un des aspects les plus paradoxaux du placement : la question de la continuité. Toute mesure de placement implique en effet, et en elle-même, une rupture, en premier lieu avec le milieu familial, mais aussi avec l'environnement proche, le voisinage, parfois l'école. Puis, durant le placement, il s'agira d'offrir à l'enfant les moyens d'identifier des ressources et de se construire d'autres liens qui lui permettront de poursuivre son évolution. Or, pour ce faire, une continuité dans sa prise en charge est essentielle, qu'il s'agisse des personnes de référence ou du cadre institutionnel. La tension entre rupture et continuité est évidente ; reste à savoir comment en tenir compte au mieux afin de (re)construire avec l'enfant un fonctionnement harmonieux qui puisse rétablir un équilibre de vie.

La Plateforme de placement extrafamilial se présente sous forme d'une série de manifestations informatives sur les différentes phases du placement extrafamilial d'enfants et d'adolescents.

Organisation

Commission éducation sociale Integras

Date

23 janvier 2018

Lieu

Hotel Bern, Berne

Langues

français et allemand (avec traduction simultanée)

Informations complémentaires

www.integras.ch

Criminalité, justice pénale et fédéralisme

Bon nombre de citoyens savent peu de choses de la complexité du fédéralisme et des obstacles à une bonne coopération entre la Confédération, les cantons et les communes. Entre interfaces problématiques, conflits de compétences et procédures de décision très différentes d'un endroit à l'autre, la coopération peut être très difficile et l'efficacité du système peut en pâtir. Dans le domaine de la police, de la justice et de l'exécution des sanctions, le fédéralisme peut engendrer une inégalité de traitement et mener à des politiques criminelles incohérentes.

Le Groupe suisse de criminologie a décidé de porter son attention sur des phénomènes criminels internationaux et sur les mesures qui sont prises à un niveau cantonal en Suisse pour y faire face. Une place particulière sera faite aux répartitions de compétences dans les différents domaines d'action et aux conflits potentiels entre les différents acteurs du système. Finalement, nous tenterons de développer quelques pistes de réflexion pour l'avenir dans les domaines de la police, justice et des prisons et d'évaluer la faisabilité politique de certaines réformes.

Organisation

Groupe suisse de criminologie

Date

7 – 9 mars 2018

Lieu

Congress Centre Kursaal Interlaken AG

Langues

français et allemand (avec traduction simultanée)

Informations complémentaires

www.kriminologie.ch

Nouveautés



Peter Aebersold

Schweizerisches Jugendstrafrecht

309 Seiten – CHF 118.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-1640-4



Martino Mona | Franz Riklin
(éditeurs)

Contraire à la loi? La détention provisoire sous la loupe

92 pages – CHF 46.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-8999-6



Société d'histoire de l'art en Suisse
(éditrice)

Gefängnisbauten – Prisons – Carceri

Revue Art + Architecture en
Suisse 3/2017

80 Seiten – CHF 25.00
ISBN 978-3-03797-300-4
ISSN 1421-086X
La revue peut aussi être commandée
en ligne (www.gsk.ch).



La revue offre une bonne vue d'ensemble des établissements pénitentiaires suisses.
Photo: Intérieur de l'établissement pénitentiaire de Witzwil (BE) (photo: Peter Schulthess)

« Permettre aux détenus et aux victimes de se parler »

Une association œuvre à la mise en place d'un programme de médiation carcérale

Depuis plus de trois ans, l'Association pour la Justice Restaurative en Suisse (AJURES) travaille à permettre aux victimes et aux auteurs d'infraction de se parler et de se comprendre – même lorsque l'auteur est un détenu. Camille Perrier Depeursinge, avocate et auteure d'une thèse sur la médiation pénale en Suisse, préside cette association, qui œuvre à la mise en place d'un programme de médiation carcérale dans les prisons romandes.

Camille Perrier Depeursinge



Camille Perrier Depeursinge, avocate, présidente de l'Association pour la Justice Restaurative en Suisse (AJURES).

La justice restaurative voit l'infraction pénale d'abord comme un événement qui crée toutes sortes de dommages : lésions corporelles, dommages matériels, mais aussi ruptures sociales, traumatismes, honte, etc. Le but de cette forme de justice est de réparer autant que possible tous les dommages, en donnant la parole et un rôle actif aux personnes directement touchées par l'infraction : la victime et l'auteur. Concrètement, la justice restaurative fait appel à des processus tels que la médiation pénale, connue en Europe, mais aussi à des pratiques utilisées essentiellement hors de Suisse, comme les conférences de groupe (soit une forme de médiation en une seule rencontre avec également la famille des parties) ou les « projets Sycomore » (rencontres entre des détenus et des victimes qui ne se connaissent pas mais dont l'infraction est similaire, avec pour but d'échanger sur les conséquences de l'infraction et sa signification). La justice restaurative ne remet pas en question la justice pénale. Elle peut en alléger la tâche et offrir aux justiciables autre chose que la sanction après une infraction dont elle traite des aspects différents.

Des résultats très positifs

De fait, la justice restaurative a des résultats très positifs : les victimes et les auteurs qui y prennent part sont toujours très majoritairement satisfaits des processus de justice restaurative, qu'ils perçoivent comme

justes. Même - voire surtout - en cas de crimes graves, les victimes expriment un sentiment de libération et ne regrettent pas leur participation. Elles disent avoir eu l'occasion de comprendre les circonstances du crime et d'obtenir une reconnaissance de leurs souffrances. De leur côté, les auteurs d'infraction souhaitent participer à un processus de justice restaurative pour, d'une part, exprimer leurs regrets et s'excuser auprès de leur victime et l'aider dans son processus de guérison et, d'autre part, pour favoriser leur propre réhabilitation et expliquer les circonstances de l'acte et leur parcours de vie. En outre et surtout, d'après les - nombreuses - recherches scientifiques, la participation à un processus de justice restaurative semble réduire, faiblement mais néanmoins significativement, le risque de récidive que présente l'auteur.

Malgré cela, la Suisse accuse un retard important en matière de justice restaurative. La médiation pénale est prévue dans la procédure pénale applicable aux mineurs et est appliquée avec succès dans plusieurs cantons, mais pas pour les délinquants adultes – et donc pas non plus pour les victimes des infractions qu'ils commettent.

Sur l'impulsion de médiateurs et d'aumôniers de prison, l'Association pour la Justice Restaurative en Suisse (AJURES) a été fondée pour promouvoir la justice restaurative et ses valeurs et pour, concrètement, développer des programmes tels que la médiation pénale.

Depuis plusieurs années, l'AJURES met en place une offre de médiation carcérale dans les établissements pénitentiaires romands. Il s'agit d'une forme de médiation qui intervient après le jugement de l'auteur de l'infraction, en exécution de peine. Elle n'a pas d'incidence directe sur la peine privative de liberté ou son régime d'exécution. Le but est uniquement de proposer à l'auteur et à la victime, des mois voire des années après les événements, d'avoir un échange par l'intermédiaire d'un médiateur ou même de se rencontrer pour entamer un processus de dialogue. Dans d'autres Etats européens, notamment en Belgique, de tels programmes sont en place depuis le milieu des années 90, et pour des infractions parfois très graves : homicides, agressions sexuelles ou vols avec violence.

Un protocole en trois étapes

L'AJURES suit un protocole en trois étapes : (1) évaluation, (2) préparation et (3) mise en œuvre. Dans la phase d'évaluation, l'AJURES commence par contacter la direction ainsi que les travailleurs sociaux de l'établissement pénitentiaire, afin d'identifier les personnes susceptibles à leurs yeux de participer de façon constructive à une médiation. Le service médical est également consulté. La démarche est ensuite proposée à ces détenus, tout en précisant que, quel que soit le résultat obtenu, celui-ci n'aurait pas de conséquence sur la peine ou le régime d'exé-

cution de celle-ci. Si des détenus donnent leur accord, la phase de préparation commence.

Deux médiateurs rencontrent alors chaque détenu intéressé pour s'assurer de l'opportunité de la démarche dans son cas. Ils précisent avec lui ce qu'il attend du processus, tout en insistant sur l'absence de conséquence « légale ». Ils déterminent ensemble si la personne est prête à entamer une médiation. L'AJURES adresse ensuite un courrier à la victime, en principe d'abord à son avocat, pour proposer une rencontre avec un médiateur qui lui explique à son tour la démarche. Comme pour le détenu, le médiateur détermine avec la victime ce qu'elle attend et peut attendre de la médiation. Il passe en revue les risques que pourrait présenter pour elle la médiation et évalue ses ressources (émotionnelles, intellectuelles...) pour prévenir ces risques.

Pour autant que la victime et le détenu y consentent, la mise en œuvre de la médiation peut avoir lieu. Selon leur souhait, la médiation peut se faire seulement de manière indirecte, c'est-à-dire par l'intermédiaire du médiateur, ou alors par une rencontre encadrée, au sein de l'établissement pénitentiaire.

Le programme a commencé dans une prison romande, où les débuts ont été très encourageants. Un détenu qui travaillait à l'atelier menuiserie a voulu construire une crèche en bois pour les entreprises qu'il avait cambriolées. Deux autres détenus, l'un

condamné pour brigandages et l'autre pour tentative de meurtre, ont souhaité exprimer des regrets à leurs victimes, spécialement au vu de leur libération prochaine et, pour l'un deux, du risque de croiser à nouveau sa victime. Malheureusement, des raisons politiques ont conduit à l'interruption du processus dans ce canton. A Genève en revanche, tous les acteurs concernés y sont favorables, de sorte que le projet est en place.

Retrouver confiance en l'humain

Le milieu carcéral est particulier et nécessite que des précautions soient prises, ce que fait l'AJURES en collaboration avec les professionnels des établissements pénitentiaires. La procédure suivie est stricte : les détenus sont présélectionnés par ces professionnels et les parties informées à chaque étape de leur possibilité de renoncer. Pourtant, dans certains cantons, permettre à des détenus et à des victimes de se parler suppose encore un important travail d'information et de sensibilisation, tant des autorités politiques que des acteurs du milieu pénitentiaire. Le risque – minime – de la démarche doit être mis en relation avec les bénéfices importants qu'elle apporte aux personnes directement touchées par une infraction. Il est temps de retrouver confiance en l'humain et de lui donner au moins une chance de tenter de restaurer les liens et de réparer les dommages.

«Le risque, en ne laissant pas les imams pénétrer dans les prisons, est qu'un détenu s'autoproclame imam et radicalise ses codétenus. »

André Duvillard, délégué du Réseau national de sécurité
(Neue Zürcher Zeitung, 29 septembre 2017)

Impressum

Editeur: Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, Ronald Gramigna, ronald.gramigna@bj.admin.ch

Rédaction:

Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Nathalie Buthey (nathalie.buthey@bj.admin.ch),
Charlotte Spindler (charlotte.spindler@bluewin.ch), Christine Brand (brandschreibe@gmail.com)

Traduction: Raffaella Marra

Administration et logistique: Andrea Stämpfli (andrea.staempfli@bj.admin.ch)

Mise en page, impression et distribution: OFCL – Centre média de la Confédération, Berne

Commandes, questions et changements d'adresse sur papier: Office fédéral de la justice
Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne, +41 58 462 41 28, andrea.staempfli@bj.admin.ch

Version Internet: www.prison-info.ch

Copyright / Reproduction:

© Office fédéral de la justice, Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.

Photo de couverture: Foyer d'éducation d'Aarburg. Photo: Peter Schulthess



Même si l'enfant appartient à un groupe, les établissements d'éducation peuvent tout à fait répondre à ses besoins spécifiques. Un enfant n'a plus besoin d'être présent tous les jours dans l'établissement. Il peut passer certaines nuits dans sa famille. Ses parents ont également la possibilité de venir sur place lui raconter l'histoire du soir... Photo: Peter Schulthess

#prison-info

Dernière page

Regard sur le passé. Après avoir connu bien des vicissitudes, la forteresse d'Aarburg est devenue, en 1893, une « maison de correction pour jeunes délinquants et vauriens ». Lothar Jeck (1898–1983), photographe spécialisé dans le reportage et le sport, connu au-delà des frontières nationales, a pu prendre en 1931 les premières photographies des lieux, qui seront publiées la même année dans « Schweizer Illustrierte ». Depuis sa rénovation complète et sa transformation en 1988, la forteresse abrite le foyer d'éducation d'Aarburg, qui répond aux exigences d'une exécution des mesures moderne. Photo sur la page de couverture : Regard sur un groupe de vie. Photo : Peter Schulthess.

